

Sebastian Koch

Kommunale Netzpolitik



Die Möglichkeiten
des Internet lokal nutzen

Crashkurs Kommune 8

Crashkurs Kommune 8
Sebastian Koch
Kommunale Netzpolitik

Sebastian Koch ist gelernter Mediengestalter, hat einige Jahre Techniksoziologie studiert und arbeitete von 2009 bis 2012 als wissenschaftlicher Mitarbeiter zum Thema Netzpolitik und Öffentlichkeitsarbeit für die Bundestagsabgeordnete Halina Wawzyniak. Er ist Bürgerdeputierter (sachverständiger Bürger) für die Linksfraktion im Ausschuss Bürgerbeteiligung und Transparenz, Verwaltungsmodernisierung und IT, Geschäftsordnung in der Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg in Berlin. Netzpolitisch engagiert er sich als Mitglied des Digitale Gesellschaft e.V. und als Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Netzpolitik in der Partei DIE LINKE.

Sebastian Koch

Kommunale Netzpolitik

Die Möglichkeiten des Internet lokal nutzen

Crashkurs Kommune 8

Herausgegeben von Katharina Weise

In Kooperation mit der Kommunalakademie
der Rosa-Luxemburg-Stiftung

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

www.rosalux.de

www.kommunalakademie.rosalux.de

Kontakt:

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Kommunalpolitische Bildung – Kommunalakademie

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Katharina Weise (Referentin Kommunalpolitische Bildung)

weise@rosalux.de; Telefon 030/44 31 04 70

Geschlechtergerechte Sprache: In diesem Buch wird der Unterstrich bzw. »Gap« zugunsten einer geschlechtergerechten Sprache benutzt (zum Beispiel Kommunalpolitiker_innen). Dies soll auf den Zusammenhang von Sprache, Geschlecht und Repräsentation hinweisen und der normativen Zweigeschlechtlichkeit, die nur Frauen und Männer umfasst, entgegenwirken. Sich als transsexuell, transgender und queer begreifende Menschen werden mittels dieser Sprachpraxis ebenso benannt.

Der Pfeil vor einem Begriff (→) verweist auf das Glossar, S. 96.



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2013, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Titelfoto: Katharina Weise

Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg

ISBN 978-3-89965-507-0

Inhalt

Kapitel 1

Internet für alle?

Ein wenig Geschichte – Digitale Spaltung – Technische Grundlagen 7

- 1.1 Vorläufer und Infrastruktur des Internets 7
- 1.2 Digitale Spaltung in Deutschland 15
- 1.3 Schnelle Internetversorgung in alle Regionen! 16
- 1.4 Technologien 18
 - V.90 – Internet über die analoge Telefonleitung 19 | ISDN 19 |
 - (A)DSL 19 | VDSL 19 | Glasfaseranbindung (FTTH) 20 | Internet über
 - das Fernseekabel 20 | Internet über Mobilfunknetze 20 | Probleme/
 - Nachteile des Mobilfunks 22
- 1.5 Linke Netzpolitik setzt auf Netz für alle! 23

Kapitel 2

Aus digitaler Verwaltung wird E-Government 25

- 2.1 E-Government 25
 - Bürger_innen und Staat 26 | Entlastung öffentlicher Haushalte &
 - mehr Service für Bürger_innen 26
- 2.2 Kommunales E-Government Portal im Internet 27
 - Barrierefreiheit 28
- 2.3 Datenschutz 28
 - Datenschutz konkret 31 | Datenschutz in der eigenen kommunalen
 - Arbeit 32
- 2.4 Sichere Authentifizierung: Die elektronische Signatur 34
- 2.5 Web 2.0 in der öffentlichen Verwaltung 35
 - Blogs 36 | Soziale Netzwerke 36 | Medienplattformen 37
- 2.6 Freie Software 37
- 2.7 Cloud-Computing 41
 - Infrastructure as a Service (IaaS) 41 | Plattform as a Service (PaaS) 41
 - Software as a Service (SaaS) 41

Kapitel 3

Transparenz und Bürger_innenbeteiligung – Kommunale Politik im Internet darstellen	43
3.1 Ratsinformationssysteme für Transparenz: bürgerfreundlich und behindertengerecht	43
3.2 Offene Daten (Open Data) für informierte Bürger_innen	46
3.3 Kommunale Bürger_innenbeteiligung ausbauen	50
Am Anfang steht die Information 51 Möglichkeiten und Grenzen darstellen 51 Technischen Zugang und Kompetenzen ermöglichen 52 Nicht von geringen Beteiligungsquoten demotivieren lassen 53	
3.4 Online-Petitionen	56
3.5 Livestreaming der Kommunalparlamente	57
Technische Voraussetzungen 58 Achtung Persönlichkeitsrechte! 59	

Kapitel 4

Dialog mit den Bürger_innen und Öffentlichkeitsarbeit	62
4.1 Moderne Online-Kommunikation: Von der Information zum Dialog ..	63
4.2 Präsenz in den sozialen Netzwerken	65
Facebook 65 Twitter 68	
4.3 Das Netz für die eigene politische (Zusammen-)Arbeit nutzen	71
Etherpad – gemeinsames Erstellen von Texten 72 Mailinglisten 74 Wikis 75	
4.4 Rechtliche Aspekte der Online-Kommunikation	76
Urheberrecht 76 Datenschutz 77	
4.5 Bewusst und mutig kommunizieren	77

Kapitel 5

Linke Alternativen – Netz für alle!	79
5.1 Breitbandausbau aktiv gestalten	79
5.2 Internet in öffentlichen Gebäuden und Räumen	82
5.3 Lokale Freifunk-Initiativen unterstützen	87
5.4 Transparente und offene Politik	89
5.5 Gegenöffentlichkeiten erzeugen	89
5.6 Zivilgesellschaft einbeziehen	90
5.7 Medienbildung unterstützen	91
5.8 Netzpolitik auf allen Ebenen entwickeln	92

Anhang

Glossar 96 | Literatur 99 | Links 100

Kapitel 1

Internet für alle?

Ein wenig Geschichte – Digitale Spaltung – Technische Grundlagen

Das Internet ist aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Wir kaufen im Internet ein, buchen unseren Urlaub dort, bleiben mit Freunden in sozialen Netzwerken in Kontakt, nutzen das Internet zur Jobsuche, informieren uns über die Erreichbarkeiten und Angebote der kommunalen Verwaltung, geben unsere Steuererklärung online ab und vieles mehr. Natürlich gibt es immer noch eine große Zahl von Menschen, die auch ohne Internetnutzung leben. Die Annehmlichkeiten und Verbesserungen für unser Arbeits-, Privat- und Familienleben wollen aber immer mehr Menschen nicht mehr missen. Wenn man sich die Verbreitung des Internets und dessen Entwicklung anschaut, wird es in Zukunft immer schwieriger werden, ohne Internet auszukommen oder sich der Nutzung sogar zu entziehen.

Deshalb werden sich zukünftig auch Kommunalpolitiker_innen, insbesondere aus dem linken Spektrum, mit Aspekten des Internets auseinandersetzen müssen. Zugangsgerechtigkeit, politische und gesellschaftliche Teilhabe, Datenschutz, Urheberrecht oder → Netzneutralität sind nur einige wenige Stichworte, die die Debatten rund um das Netz dominieren.

1.1 Vorläufer und Infrastruktur des Internets

Der Vorläufer des Internets entstand Ende der 1960er Jahre in den USA als ARPANET genanntes Computernetzwerk, das vom US-Verteidigungsministerium gefördert wurde. Das Netzwerk sollte Universitäten, die auch militärisch forschten, miteinander vernetzen und so die Rechenkapazität der einzelnen Standorte verbinden. In der Folge wurden immer mehr Universitäten verbunden, erst in den USA, schließlich auf der ganzen Welt. Der militärische Bezug verschwand dabei zusehends. Zu Beginn der 1980er Jahre wurde das TCP/IP-Protokoll entwickelt, mit dem unterschiedliche kleinere Netzwerke (z.B. in Universitäten oder Rechenzentren) zuverlässig miteinander verbunden werden konnten.

Der Durchbruch des kommerziellen Internets, das wir heute fast alle nutzen, kam schließlich mit dem Dienst WWW (World Wide Web) und dem ersten In-

ternetbrowser (→ Browser) »Mosaic« in den frühen 1990er Jahren, der in der Lage war, grafische Inhalte anzuzeigen. Damit konnten Internetseiten entstehen und betrachtet werden, die sich aus Texten und Bildern zusammensetzten. Natürlich waren die Internetseiten in den 1990er Jahren im Vergleich zu den heutigen Möglichkeiten nur rudimentär ausgestaltet. Die Seitenbeschreibungssprache → HTML (Hypertext-Markup-Language) und zusätzliche Webtechnologien haben sich in den letzten 20 Jahren immer weiter entwickelt. Heute sind Programmierer in der Lage, ganze Programme, Spiele und komplexe Anwendungen im Webbrowser auf Internetseiten zu realisieren.

Eine Grundidee des World Wide Web ist bis heute erhalten geblieben: Hypertext. Hypertext bedeutet, dass Texte mit Querverweisen auf andere Inhalte verweisen. Diese Verweise, die so genannten → Hyperlinks, heute bekannt als Links, verbinden unterschiedliche Internetseiten miteinander. Bei jeder Recherche in einer Suchmaschine bekommen wir Hyperlinks als Ergebnisse präsentiert, die uns die Inhalte des Netzes verfügbar machen.

Das Internet ist allerdings nicht nur eine technische Entwicklung von vielen. Es ist viel mehr: Oft ist zu hören, dass mit der Einführung des Internets gesellschaftliche Veränderungen in einem Ausmaß folgten, die sogar die Entwicklung des Buchdrucks in den Schatten stellen. Im Vergleich zum Buchdruck beeindruckt dabei vor allem die Schnelligkeit, mit der sich die Welt durch das Internet verändert hat. Innerhalb von zehn bis 15 Jahren seit der Öffnung des Netzes für private und kommerzielle Nutzer_innen, hat sich der globale Kapitalismus, die Medien- und Informationswelt, unser aller privates Leben und vieles mehr grundlegend gewandelt. Jungen Menschen, die heute mit dem Internet aufwachsen, ist es nahezu unverständlich, wie ihre Eltern und Großeltern ohne das Netz gelebt haben. Für sie ist es das Normalste der Welt, dass sie darin für Schulvorträge recherchieren, sich online mit ihren Freunden in sozialen Netzwerken austauschen, Fotos teilen oder Filme und Musik finden und herunterladen können.

Die lange vorherrschende Unterscheidung in eine »echte« und eine »virtuelle« Welt ist nicht berechtigt: Das Internet, die Inhalte, die Kommunikationen und Transaktionen, über die es stattfinden, sind Teil der »echten« Welt. Wenn wir online ein Buch bestellen, dann zahlen wir mit echtem Geld für ein echtes Buch. Wenn wir uns in Diskussionsforen streiten, dann tun wir dies mit echten Menschen über echte Themen. Und wenn wir Nachrichten im Internet lesen, dann sind dies echte Nachrichten aus einer echten Welt. Mit dem Internet hat sich der gesellschaftliche und kulturelle Raum massiv und über Ländergrenzen hinweg erweitert.

Das Internet erweitert in diesem Sinne sogar die »echte« Welt, indem es ganz neue Möglichkeiten schafft, sich auszutauschen, das Wissen und die Informa-

tionen der Welt aufzunehmen und mit anderen zu teilen. Es entwickelt sich zunehmend zu einem Kulturraum, dessen Fundament und Anker selbstverständlich die so genannte echte Welt ist.

Wie »echt« das ist, was im Internet passiert, ist zuletzt durch den arabischen Frühling machtvoll zum Ausdruck gekommen. Die Aufstände, die in Ägypten, Libyen und anderen Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens losbrachen und teilweise in revolutionären Umstürzen endeten, sind nicht durch das Internet entstanden, aber es wirkte durchaus als ein Katalysator. Erstmals nutzten die Menschen etwa soziale Netzwerke, um sich zu organisieren, um zu Demonstrationen aufzurufen und über staatliche Verbrechen und Übergriffe von Sicherheitsbehörden schnell zu informieren.

Nicht ohne Grund kontrollieren Staaten wie Iran, China oder Nordkorea in ihrem Einflussbereich massiv die Datenströme des Internets. Unliebsame Informationen werden gelöscht, Suchmaschinen müssen bestimmte Ergebnisse zensurieren, im Iran soll sogar die gesamte iranische Bevölkerung komplett vom Internet abgeschnitten werden und nur noch Zugriff auf ein eigenes staatlich kontrolliertes Netz bekommen.

Die Technologie des Internets bedroht das Konzept des Herrschaftswissens. Wenn Menschen überall auf der Welt mit wenigen Klicks selbstständig Informationen, Bilder, Texte und Videos in → Weblogs, sozialen Netzwerken oder Internetforen veröffentlichen können, entsteht eine neue Form der Öffentlichkeit. Nachrichten können sich ungefiltert über die ganze Welt verbreiten. Es bedarf keiner Nachrichtenagenturen, Zeitungen oder Fernsehen mehr, um die Welt über wichtige Ereignisse in Kenntnis zu setzen. Wir erleben das Erwachen einer Gegenöffentlichkeit, die von den Nutzer_innen selbst mit Informationen erschaffen wird. Sie sind nicht mehr nur Konsument_innen, sondern werden selbst zu Produzent_innen von Wissen, Informationen und Kulturgütern.

So sehr diese Entwicklungen Aufklärung und Gegenwissen befördern können, sollte die Problematik sorgfältiger Recherche, Auswahl und Aufbereitung von Inhalten nicht unterschlagen werden. Denn die Einordnung und Gewichtung von Informationen gewinnt gerade in einer sich durch Internet und soziale Netzwerke verändernden Medienlandschaft an Bedeutung.

In Deutschland ist eine Politik rund um das Internet erst in den letzten Jahren in die öffentliche Wahrnehmung gelangt. Unter den Schlagworten Vorratsdatenspeicherung, Internetsperren oder Staatstrojaner hat sich ein ganz neues Feld herausgebildet: die Netzpolitik. Im Jahr 2010 hat auch der Deutsche Bundestag eine Enquete-Kommission mit dem Namen »Internet und digitale Gesellschaft« eingesetzt, um die Umwälzungen der Gesellschaft zu analysieren und Handlungsempfehlungen für die Politik der nächsten Jahre zu erarbeiten (www.internetenquete.de).

Netzpolitik umfasst alle gesellschaftlichen und politischen Entscheidungen, die sich auf die Technologie, den Zugang zum Netz, die Nutzungsmöglichkeiten, die Auswirkungen und Einschränkungen des Internets und die gesetzlichen Rahmenbedingungen für dessen Entwicklung beziehen: von Wirtschaftspolitik (Breitband- und Technologieförderung) über Sozialpolitik (Zugangs- und Teilhabegerechtigkeit für alle Menschen) bis hin zur Innenpolitik (Strafverfolgung und Eingriffe ins freie Internet).

Eine der ersten netzpolitischen Debatten, die eine größere öffentliche Aufmerksamkeit in Deutschland erreichte, war sicherlich die Diskussion um die geplante Vorratsdatenspeicherung. Als Folge einer von Konservativen und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament beschlossenen EU-Richtlinie hatte die Mehrheit aus CDU/CSU und SPD im Jahr 2007 die Einführung der so genannten Vorratsdatenspeicherung beschlossen. Sie wurde als unverzichtbares Instrument im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die organisierte Kriminalität angesehen und sah vor, dass alle Anbieter von Telefon- oder Internetdiensten bestimmte Verbindungsdaten der Nutzer_innen für einen Zeitraum von sechs Monaten auf Vorrat speichern sollten. Dabei sollten die Daten aller Nutzer_innen, unabhängig davon, ob es einen Verdacht auf strafbare Handlungen gab, aufbewahrt werden. Zu diesen Daten zählten unter anderem die Telefonnummern von Anrufern und Angerufenen sowie Absender und Empfänger von E-Mails mit jeweiligen Uhrzeitangaben. Nahezu jeder Kommunikationsvorgang von allen Menschen in Deutschland sollte akribisch erfasst und anlasslos gespeichert werden.

Gegen die Vorratsdatenspeicherung haben zivilgesellschaftliche Akteure (u.a. AK Vorratsdatenspeicherung, Chaos Computer Club, FoeBuD) massiv protestiert. Mit Demonstrationen, Briefen an Politiker_innen und anderen Aktionen konnte das Thema in die mediale Aufmerksamkeit gerückt werden. Schließlich hat der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung eine Sammelbeschwerde mit rund 35.000 Beschwerdeführer_innen beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Diese Menschen sahen ihre Bürger_innenrechte im Internet durch den geplanten staatlichen Eingriff bedroht und engagierten sich. Mit dem Urteil vom März 2010 erklärte das Gericht die Regelungen zur Vorratsdatenspeicherung für verfassungswidrig. Dies war einer der ersten großen Erfolge von organisierten Internetnutzer_innen auf dem neu entstehenden Feld der Netzpolitik.

Ein weiteres Beispiel zeigt, welche tiefgreifenden Differenzen teilweise zwischen politischen Entscheidungsträger_innen auf der einen und Nutzer_innen auf der anderen Seite existieren: Im Juni 2009 – kurz vor Ende der Legislaturperiode – hatte die Mehrheit der schwarz-roten Großen Koalition im Bundestag das so genannte Zugangserschwerungsgesetz beschlossen. Das Gesetz geht zurück auf den damaligen Chef des Bundeskriminalamts (BKA) Jörg Ziercke

und die damalige Familienministerin Ursula von der Leyen. Ziel war die Sperrung von bekannten Internetseiten, die Darstellungen von sexualisierter Gewalt gegen Kinder enthielten. Würde eine solche Seite aufgerufen werden, sollten Nutzer_innen auf eine Seite des BKA weitergeleitet werden und über die aufgerufene Seite und deren strafbare Inhalte informiert werden. Das BKA sollte dazu jeden Tag eine geheime Liste mit entsprechenden Internetseiten an die Zugangsprovider (Telekom, 1&1 u.a.) senden, die diese für ihre Kunden sperren und umleiten sollten. Gegen dieses Gesetz regte sich von Beginn an massiver Widerstand bei Internetnutzer_innen und zivilgesellschaftlichen Gruppen. Hauptkritikpunkt war, dass die Seiten mit strafbaren Inhalten lediglich hinter einer Umleitung versteckt werden sollten, statt die Inhalte konsequent zu löschen. Die geplante Umleitung war technisch so leicht zu umgehen, dass normale Nutzer_innen diese binnen kürzester Zeit und mit Hilfe einer kleinen Einstellung in ihrem Computer hätten außer Kraft setzen können. Schnell existierten im Internet Anleitungen, wie die Sperre auszutricksen war.

Die Kritik am Zugangserschwerungsgesetz (auch als Internetsperrgesetz bekannt) zielte also mitnichten darauf ab, die Verbreitung von Darstellungen sexualisierter Gewalt gegen Kinder zu unterstützen. Vielmehr wehrte man sich gegen die Absicht, die Listen der gesperrten Internetseiten geheim zu halten. Die Erfahrungen in anderen Ländern zeigten deutlich, dass unter den Seiten auf den geheimen Sperrlisten auch immer wieder völlig unbedenkliche Internetseiten auftauchten. Auch unbedenkliche Inhalte, die auf den gleichen → Servern wie die strafbaren Inhalte lagen (Internetserver enthalten oft Internetseiten vieler hunderter verschiedener Anbieter), wurden mitunter ebenfalls gesperrt. Dieser Effekt, das so genannte Overblocking (Überblockierung), und die geheim gehaltenen Sperrlisten waren nach Ansicht der Kritiker_innen eine Gefahr für die Informationsfreiheit, da Polizeibehörden und nicht Richter_innen bzw. Gerichte über die Sperrung von Inhalten entscheiden würden. Auch die Auseinandersetzung um die Internetsperren, die viele 10.000 Menschen bei Protesten auf die Straße gebracht haben, fand eine große mediale Aufmerksamkeit. Dazu beigetragen hat zudem eine Online-Petition beim Deutschen Bundestag zur Verhinderung der Internetsperren, die die Rekordzahl von rund 134.000 Unterstützer_innen fand. Diese Petition gilt seither als positives Beispiel für die Möglichkeiten, die das Internet zur Politisierung und Mobilisierung mit sich bringt.

Aber nicht nur direkte staatliche Eingriffe führen zu heftigen netzpolitischen Debatten, auch ein Nicht-Eingreifen ist problematisch, wenn Politik die Potenziale des Internet ausbremst oder gesellschaftliche Entwicklungen verschläft. Zu beobachten ist dies in der Diskussion um ein modernes Urheberrecht, das den grenzenlosen Austausch von Wissen, Informationen und Kultur akzeptiert. Es gehört heute zum Alltag von Millionen Internetnutzer_innen, auch kultu-

relle Werke wie Musik oder Filme im Internet herunterzuladen, zu tauschen, aber auch in so genannten Remixen oder Mash-Ups selbst zu verändern und mit anderen zu teilen.

Die technischen Möglichkeiten für einen solchen Umgang mit Kultur waren vor 15 Jahren noch nicht vorhanden. Mit einem schnellen → Breitbandanschluss und dank des verlustfreien digitalen Kopierens können Inhalte heute auf der ganzen Welt von nahezu allen Nutzer_innen verbreitet werden. In früheren Zeiten von Schallplatten, Musikkassetten oder CDs hingegen konnte die Unterhaltungsindustrie eher über die Verbreitung von Kultur bestimmen, diese Reglementierung fällt zunehmend weg.

Doch statt auf diese Entwicklungen zu reagieren, neue Geschäftsmodelle für den Vertrieb von kulturellen Werken zu entwickeln und die Rahmenbedingungen für einen neuen Umgang mit Kultur zu setzen, bekommen Nutzer_innen die ganze Härte repressiver Urheberrechtsdurchsetzung zu spüren. Allein im Jahr 2010 wurden über 600.000 Abmahnungen bei Urheberrechtsverletzungen in Deutschland verschickt. Fast jeder kennt Beispiele aus dem Bekanntenkreis, bei denen oft mehrere tausend Euro allein an Anwaltsgebühren zu zahlen sind, da versehentlich oder absichtlich urheberrechtlich geschützte Musik in Online-Tauschbörsen getauscht wurde. Mittlerweile ist eine regelrechte Abmahnindustrie entstanden, bei der Rechtsanwälte gezielt nach solchen Vergehen suchen, allein in der Absicht, möglichst hohe Gewinne zu erzielen. Hier treffen ein veraltetes Verständnis von Kulturproduktion/-distribution und neue gesellschaftliche Realitäten aufeinander. Die Politik ist aufgefordert, einen gerechten Ausgleich zwischen den Interessen von Nutzer_innen und den Kreativen zu schaffen. Die Diskussion um ein modernes Urheberrecht für das 21. Jahrhundert spitzt sich weiter zu und wird die Netzpolitik in Deutschland auch in Zukunft beherrschen.

Neben den genannten Beispielen gibt es noch eine ganze Reihe von netzpolitischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre. Ihnen allen ist gemein, dass vor allem junge Menschen das Gefühl haben, die herrschende Politik will sich in ihren Lebensraum einmischen. Sie sehen die Freiheiten des Internets in Gefahr. Freie Kommunikation und anonyme Nutzung des Internets jenseits von staatlichen Eingriffen oder Kontrollen ist für viele Menschen ein Gut, dass es zu schützen gilt. Damit stehen sie auf einer Seite mit linken Politiker_innen, für die Netzpolitik vor allem bedeutet, ein freies Internet für alle Menschen zu bewahren und allen einen gleichberechtigten Zugang zu diesem neuen Kulturraum zu ermöglichen.

Gefahren für ein freies Internet gehen nicht nur von staatlicher Seite, sondern auch von privatwirtschaftlichen Telekommunikationskonzernen aus. Dies betrifft sowohl den Zugang zum Internet als auch den Umgang mit Daten und

Informationen. Der Zugang zum Internet ist in Deutschland privatwirtschaftlich organisiert: Einige wenige große Telekommunikationskonzerne wie Telekom, Vodafone oder O2 bieten den Zugang an und kontrollieren die Datenströme von Millionen von Nutzer_innen im Netz. Sie bestimmen die Preise und Bedingungen, zu denen Menschen das Internet nutzen können. Das heißt aber auch, dass sie diese Bedingungen jederzeit ändern können. Seit einiger Zeit läuft beispielsweise eine Debatte um die so genannte → Netzneutralität. Netzneutralität bedeutet, dass alle Daten, die im Internet versendet oder empfangen werden, gleichberechtigt behandelt werden. Dieses Prinzip ist nun in Gefahr. Aus Gründen der Profitmaximierung wollen sich einige privatwirtschaftliche Netzbetreiber die Nutzung datenintensiver Internetanwendungen (z.B. Video- oder Musikdienste) separat bezahlen lassen. Damit wollen sie die Kosten für den Ausbau schneller Internetleitungen die Kunden bezahlen lassen. Es droht ein Mehr-Klassen-Internet, bei dem besonders beliebte oder datenlastige Internetdienste nur noch gegen Aufschlag zu erhalten sind. Wer sich dies nicht leisten kann, muss zukünftig mit einem langsamen Basisinternet zufrieden sein. Auch gegen diese drohende Spaltung regt sich Widerstand und die Debatte wird uns noch eine Weile begleiten.

Der Zugang zum Netz über privatwirtschaftliche Unternehmen bringt aber noch weitere Probleme mit sich. Die privatrechtliche Organisation von Märkten funktioniert nach eigener Definition nur unter Bedingungen des freien Wettbewerbs. Dieser soll angeblich den Menschen die besten Leistungen oder Produkte zu geringsten Kosten sichern. Im Bereich der Telekommunikation und des Zugangs zum Internet scheint dieses Prinzip nicht zu funktionieren. Es gibt in Deutschland unzählige Regionen, in denen ein Internetanschluss nur von einem einzigen Unternehmen zu bekommen ist. Dies ist oft die Telekom, der die Telefonleitungen aus dem Besitz des ehemaligen Staatskonzerns Deutsche Bundespost gehören.

Gerade in ländlichen Regionen mit wenigen Einwohner_innen und damit potenziell wenigen Kund_innen ist der Aufbau von eigenen Telefon- oder Internetleitungen für andere Unternehmen nicht lukrativ. Hinzu kommt, dass die Telekom ihren Kund_innen dort häufig nur sehr langsame Internetanschlüsse zur Verfügung stellt, da in dünn besiedelten Regionen der Ausbau von schnellen Internetleitungen für ein börsennotiertes Unternehmen aufgrund der hohen Kosten ebenfalls nicht wirtschaftlich erscheint.

Menschen, die in ländlichen Regionen leben, haben also direkt unter solchen Monopolen zu leiden. Hier muss linke Netzpolitik ebenfalls ansetzen und sich für politisch wirksame Regelungen einsetzen, diese Benachteiligung im so genannten Informationszeitalter zu beenden. Es müssen alternative Lösungen entwickelt werden, um allen den gleichen Zugang zum Internet zu gewährleisten

– unabhängig von Geldbeutel oder Wohnort (vgl. auch Kapitel 5). Das Motto linker Netzpolitik lautet daher »Netz für alle!«.

Gefahren drohen jedoch nicht nur von der privatrechtlichen Regelung des Zugangs zum Netz, sondern oft auch bei den genutzten Diensten. Die großen Unternehmen heißen Google, Apple, Microsoft oder Facebook. Sie betreiben soziale Netzwerke, E-Mail-Dienste, Online-Musikvertriebe und mehr weltweit. Auch in diesem Feld lassen sich Monopolisierungstendenzen erkennen. So haben die drei genannten Konzerne in den letzten Jahren immer wieder aufstrebende Internetfirmen aufgekauft und deren Produkte und Dienste in ihre Angebote integriert. Allein Facebook als führendes soziales Netzwerk hat im Jahr 2012 die Marke von 1.000.000.000 Nutzer_innen gebrochen. Damit kommunizierte rund jeder siebte Mensch der Welt auf dieser Plattform. Da derzeit keine ernst zu nehmende Konkurrenz in Sicht ist, heißt dies auch, dass jeder siebte Mensch auf der Welt seine sozialen Beziehungen im Netz nach den Regeln und Bedingungen von Facebook pflegt. Fotos, Videos, private Nachrichten und vieles mehr von einer Milliarde Menschen sind auf den Datenspeichern eines privaten Unternehmens gespeichert. Facebook unterhält damit die wahrscheinlich umfangreichste Datenbank personenbezogener Informationen auf dem gesamten Planeten. Und all diese Informationen kann das soziale Netzwerk speichern, verarbeiten und für Werbung nutzen. Bei diesem Gedanken wird einem zwangsläufig ein wenig mulmig. Bei Google, Apple und Co. ist dies nicht anders. Da die großen der Branche allesamt ihren Sitz in den USA haben, gelten auch die dortigen schwachen Datenschutzgesetze. Trotz einiger internationaler Abkommen und regelmäßiger Beteuerungen sind sie mit den vergleichsweise recht strengen deutschen Gesetzen nicht vergleichbar.

Allerdings haben sich diese Dienste und Unternehmen weltweit durchgesetzt und hunderte von Millionen von Menschen nutzen sie jeden Tag. Sie gehören zum Lebensalltag und sollten daher auch von Politiker_innen ernst genommen werden. Ein kritischer Blick auf dieses Feld und entsprechende politische Bewertungen gehören also ebenfalls zum weiten Feld der Netzpolitik.

Trotz dieser Herausforderungen, die (linke) Netzpolitik zu meistern hat, überwiegen die positiven Potenziale des Netzes deutlich. Allein die kostengünstige und unbegrenzte Verbreitung von Informationen kann das gesellschaftliche und politische Leben deutlich bereichern. Durch ein freies Internet können Menschen befähigt werden, sich in einem bisher ungeahnten Ausmaß an politischen Diskussionen und Entscheidungen zu beteiligen. Gerade in diesem Bereich sollte linke Netzpolitik besonders engagiert und mutig voranschreiten. → Open Data, → Open Access und Open Government sind Schlagworte in der Diskussion um mehr Transparenz und mehr Partizipation. Wenn Informationen von Staat und Verwaltung öffentlich gemacht werden, kann die Grundlage politischer Entscheidungen bewert-

tet und hinterfragt werden (Open Data). Wenn staatlich finanzierte Forschung ihre Ergebnisse für jedermann veröffentlicht, können alle Menschen an wissenschaftlichem Fortschritt teilhaben, Erkenntnisse teilen und gemeinsam an einer lebenswerten Welt arbeiten (Open Access). Und wenn Politik und Verwaltung moderne Dienstleistungen anbieten und progressive Beteiligungsmodelle entwickeln, vervielfachen sich die Möglichkeiten für Menschen, an der konkreten Gestaltung unseres Zusammenlebens teilzuhaben und diese zu beeinflussen.

Ich möchte in diesem Buch einen Überblick über netzpolitische Möglichkeiten geben und Anstöße für eine linke Netzpolitik auf kommunaler Ebene liefern. Viele Themen sind einer stetigen Entwicklung unterworfen, neue Ideen kommen hinzu, andere verändern sich, aber eines bleibt: Netzpolitik ist nicht nur eine Sache von »denen da oben«, sondern entfaltet sich insbesondere im direkten Zusammenleben von Menschen in der Stadt, in der Gemeinde oder im Dorf.

1.2 Digitale Spaltung in Deutschland

Seit Ende der 1990er Jahre hat das Internet seinen Siegeszug in den privaten Haushalten angetreten. Doch trotz sinkender Preise für Datenflatrates und – zumindest in den Metropolen – schnell steigender Übertragungsgeschwindigkeiten, gibt es eine anhaltende Kluft zwischen Menschen mit starker und denen mit geringer Internetnutzung.

Die Initiative d21 untersucht mit ihrem Forschungsprojekt (N)Onliner-Atlas (www.nonliner-atlas.de) seit 2001 die Nutzung des Internets in der Bevölkerung. Dabei unterscheidet sie nach denen, die regelmäßig das Netz nutzen, Menschen, die die Nutzung planen und Menschen, die das Internet gar nicht nutzen. Die Ergebnisse belegen, dass die regelmäßige Nutzung des Internets von verschiedenen demografischen Faktoren abhängt:

- **Einkommen:** Je geringer das Haushaltsnettoeinkommen von Menschen ist, desto geringer auch der Anteil der Internetnutzer_innen. Menschen mit sehr geringen Einkommen nutzen das Netz deutlich seltener als wohlhabendere.
- **Bildung:** Die Nutzung ist ebenfalls vom formalen Bildungsgrad der Nutzer_innen abhängig. Menschen mit formal niedriger Bildung (Volks-/Hauptschule) nutzen das Internet deutlich weniger als bei hoher formaler Bildung (Abitur/Studium).
- **Alter:** Und jüngere Menschen sind deutlich häufiger Internetnutzer_innen als ältere.

Auch wenn die Unterschiede in den letzten Jahren geringer werden, so sollten sie dennoch für (linke) Netzpolitik immer im Blick behalten werden. Die Kluft zwischen Onlinern und Offlinern wird zwar langsam kleiner, aber sie wird

noch eine ganze Zeit die Rahmenbedingungen von linker Netzpolitik prägen (vgl. (N)Onliner-Atlas seit 2001). Für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, also auch Zugangs- und Teilhabegerechtigkeit, ist in besonderem Maße auf die Menschen mit geringen Einkommen oder geringer formaler Bildung Rücksicht zu nehmen. Wenn es also um Beteiligungsprojekte im Internet, Bildungsmaßnahmen oder Dienstleistungen geht, muss geklärt werden, welche Bevölkerungsgruppen in welchem Umfang von diesen profitieren können und welchen Zugang sie dazu haben. In vielen Fällen werden begleitende Projekte bzw. klassische Maßnahmen nötig sein, um die Teilhabe aller Menschen sicherzustellen. Trotz verbreiteter Internetnutzung wird es auch weiterhin erforderlich sein, Dienstleistungen herkömmlich im Rathaus anzubieten oder Bürger_innenbeteiligungsprojekte mit Bürger_innenversammlungen und Flugblättern zu begleiten.

Die Beispiele sind kaum zu zählen, bei denen das Internet hilfreiche Dienste leistet oder seine Nutzung erwartet wird. So ist es heute auf dem Arbeitsmarkt üblich, dass Stellenausschreibungen den Hinweis enthalten, die Bewerbung solle inklusive aller Unterlagen per E-Mail an die potenziellen Arbeitgeber_innen gesendet werden. In immer mehr Fällen ist diese Vorgabe alternativlos. Auch Ämter in Gemeinden und Städten setzen auf die Nutzung des Internets durch Bürger_innen: In vielen Kommunen bekommt man Termine beim jeweiligen Bürgeramt viel schneller, wenn man sie im Internet reserviert. Wartezeiten vor Ort werden somit kürzer als bei einem spontanen Besuch während der regulären Öffnungszeiten.

1.3 Schnelle Internetversorgung in alle Regionen!

Denkt man die geschilderten Entwicklungen weiter, drängt sich die Frage auf, ob schnelle Internetverbindungen nicht zur Daseinsvorsorge in einer Gesellschaft gehören sollten. Für andere wichtige Infrastrukturen wie Wasser- oder Stromversorgung gibt es verschiedene nationale Verordnungen und Gesetze. Diese Infrastrukturen müssen den Bürger_innen weitgehend unabhängig vom Wohnort und zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung gestellt werden. Im Bereich der Telekommunikation gibt es auf europäischer Ebene die so genannte Universalienrichtlinie (2002/22/EG).

Diese Richtlinie verpflichtet die Mitgliedsstaaten dazu, Infrastrukturen wie Fax, Telefon und Internet für alle Bürger_innen ebenfalls unabhängig von ihrem Wohnort zu erschwinglichen Preisen bereitzustellen. Im deutschen Telekommunikationsgesetz (TKG) ist eine solche Regelung ebenfalls vorgesehen, für den Bereich des Internet wird dort allerdings nur von einer »funktionalen Internetnutzung« gesprochen. Dies bedeutet, dass lediglich der Zugang zum In-

ternet angeboten werden muss. Eine Aussage über eine Mindestbandbreite (→ Bandbreite), also die nutzbare Internetgeschwindigkeit, fehlt, sodass selbst eine Anschlussgeschwindigkeit von unter 1MBit/s als funktional gilt. Das Internet kann damit zwar genutzt werden, zeitgemäße Online-Dienste wie stabile Videotelefonie oder Downloads größerer Dateien sind so jedoch kaum möglich. Eine Verpflichtung zur Bereitstellung von tatsächlichen schnellen Breitbandanschlüssen (→ Breitband), die für technisch immer komplexere Internetseiten und -dienste nötig wären, existiert bislang nicht.

Die benötigte Zeit zum Herunterladen bestimmter Inhalte ist bei verschiedenen Anschlussgeschwindigkeiten unterschiedlich:

	1MBit/s*	16MBit/s	64MBit/s
Große PDF-Datei (12 MB)	1 Min. 38 Sek.	6,3 Sek.	1,6 Sek.
Musik-CD (ca. 100 MB)	13 Min. 39 Sek.	52 Sek.	13 Sek.
Hörbuch (ca. 800 MB)	1 Stunde 49 Min.	6 Min. 59 Sek.	1 Min. 45 Sek.
Film in HD-Qualität (ca. 10 GB)	23 Stunden 18 Min.	1 Stunde 29 Min.	22 Min. 22 Sek.

* Die tatsächlich verfügbaren Geschwindigkeiten variieren u.a. abhängig von Tageszeit, Technologie oder Entfernung des Anschlusses zum nächsten Knotenpunkt (siehe auch das Unterkapitel »Technologien«).

Eine schnelle Internetanbindung erleichtert nicht nur den Bürger_innen das Herunterladen von Unterhaltung und Wissen, sondern ist auch für die kleine und mittelständische Wirtschaft vor Ort von steigender Wichtigkeit. Kaum ein Industrie- oder Dienstleistungsbetrieb kommt heute ohne schnelle Internetangebote aus. Dies gilt nicht nur für Unternehmen, die Dienstleistungen im Bereich des Internets selbst erbringen.

Auch Druckereien, die zunehmend größere Datenmengen ihrer Kund_innen empfangen und senden müssen, oder das produzierende Gewerbe, die auf schnelle weltweite Kommunikation und Datentransfers angewiesen sind, gehören dazu. Die Versorgung mit Breitbandinternet ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und für die Entwicklung von Regionen zukünftig unerlässlich. Eine starke lokale und regionale Wirtschaft sorgt für Arbeitsplätze, stoppt die Abwanderung junger, qualifizierter Menschen und sorgt für kommunale Steuereinnahmen wie die Gewerbesteuer.

In einer Zeit, in der das Internet alle Lebensbereiche durchdringt und immer mehr Menschen immer häufiger auf dessen Nutzung angewiesen sind, soll-

te der Staat die Verfügbarkeit von schnellen Internetanschlüssen in allen Regionen gewährleisten.

Doch insbesondere auf dem flachen Land kann davon keine Rede sein, liegt die Verbreitung von schnellen Internetanschlüssen weit hinter früheren Planungen und Absichten der Bundesregierung zurück. Noch in der »Breitbandstrategie der Bundesregierung« vom Februar 2009 wird formuliert: »Bis Ende 2010 sollen die Lücken in der Breitbandversorgung geschlossen und flächendeckend leistungsfähige Breitbandanschlüsse verfügbar sein.« Ein Blick in den offiziellen Breitbandatlas der Bundesregierung (www.zukunft-breitband.de) zeigt jedoch die vielen weißen Flecken, die jenseits der 2MBit/s noch immer bestehen. Es existiert ein immenses Gefälle der verfügbaren Geschwindigkeiten zwischen ländlichem und Ballungsraum. Während es hunderte von Ortschaften gibt, in denen überhaupt keine schnellere Leitung als 1MBit/s zu haben ist, gibt es in Großstädten wie Berlin und München ganze Wohnviertel, die bereits über Geschwindigkeiten von 128MBit/s verfügen. In manchen Regionen gibt es, wie erwähnt, oft nur einen einzigen Internetanbieter, der oft nur ein Mindestmaß an Versorgung sicherstellt. Anreize für Investitionen und Netzausbau bestehen dort so gut wie gar nicht. Solch krasse Unterschiede widersprechen der Maxime von »gleichen Lebens- und Arbeitsbedingungen im ganzen Land«, wie sie von der Politik proklamiert wird.

Auffällig ist zudem, dass in Bezug auf den Ausbau von »Breitbandinternet« immer wieder getrickst wird: Was »Breitband« ist, hängt von der Definition der Datengeschwindigkeit ab. So spricht die Bundesregierung bereits bei einer Download-Geschwindigkeit von 1MBit/s (→ Bandbreite) von → Breitband während in den USA Anschlüsse mit mindestens 4MBit/s gemeint sind.

1.4 Technologien

Für den Zugang zum Internet können verschiedene leitungsgebundene oder Funklösungen verwendet werden. Dabei gilt grundsätzlich, dass leitungsgebundene Lösungen in der Regel stabiler funktionieren als Funklösungen. Bei Funklösungen können oft Umwelteinflüsse wie Wetter, Topografie oder Bebauung Störfaktoren sein. Aber auch bei leitungsgebundenen Lösungen gibt es Einschränkungen, etwa zu weite Entfernungen zwischen Hausanschluss und dem nächsten Verbindungsknoten der Telekommunikationsanbieter.

V.90 – Internet über die analoge Telefonleitung

Die ersten kommerziellen Internetanschlüsse für Privatpersonen wurden analog über den normalen Telefonanschluss realisiert. Dabei waren Geschwindigkeiten bis maximal 56kbit/s – also etwa ein Zwanzigstel von einfachem DSL (siehe unten) – möglich. Die Einwahl ins Internet erfolgt per Telefonanruf. Während man im Internet surft, kann man bei dieser Technologie die Leitung nicht gleichzeitig zum Telefonieren nutzen, da sie belegt ist.

ISDN

Bei ISDN (Integrated Services Digital Network) handelt es sich um eine digitale Übertragungstechnologie, die diverse Vorteile gegenüber analogen Verbindungen bietet. Neben einer besseren Qualität der Verbindung können zum Beispiel Daten schneller und über mehrere Kanäle gleichzeitig übertragen werden. Einfaches ISDN ermöglicht Internetverbindungen mit einer Geschwindigkeit von 128kbit/s, gleichzeitig besteht die Möglichkeit, über einen anderen Kanal zu telefonieren.

(A)DSL

Der »asymmetric digital subscriber line« Anschluss – kurz ADSL oder DSL – ermöglicht auf Grundlage von Kupferkabelleitungen (wie bei V.90 oder ISDN) deutlich höhere Geschwindigkeiten für Datenübertragung, da die DSL-Technologie andere Frequenzen zur Datenübermittlung nutzt als V.90 oder ISDN. DSL ist mittlerweile die in Deutschland am häufigsten verwendete Methode zur Verbindung mit dem Internet, da es größtenteils auf herkömmlichen Telefonleitungen aufsetzt, die nahezu überall verfügbar sind. Allerdings müssen Teile des Netzes wie Verbindungsknoten nachgerüstet werden. Leider ist nicht überall eine solche Nachrüstung erfolgt bzw. auch nicht möglich. In vielen Kommunen, die fern von Ballungszentren liegen, sind nur so genannte DSL-Light-Varianten mit Geschwindigkeiten von maximal 384kbit/s verfügbar (im Gegensatz zu DSL-Varianten mit mindestens 16Mbit/s in Ballungszentren). Da in diesen Regionen oft nur wenige Menschen wohnen, lohnt es sich für die privaten Anbieter nicht, teure Auf- oder Nachrüstungen zu veranlassen. In besser ausgebauten Gebieten – wobei besser immer noch weit unter den Möglichkeiten von Ballungsräumen liegt – sind mit DSL Geschwindigkeiten von 1Mbit/s (1024kbit/s) bis zu 16Mbit/s zu erreichen.

VDSL

Der »very high speed digital subscriber line«-Anschluss (VDSL) ist eine Weiterentwicklung des ADSL-Standards. Mit VDSL sind nochmals schnellere Übertragungsgeschwindigkeiten zu erreichen. Allerdings ist VDSL auf kurze Wege

zwischen den Verteiler- bzw. Vermittlungsstellen und den Hausanschlüssen der Kunden angewiesen. Für eine verbreitete Nutzung von VDSL sind daher erhebliche Investitionen in die Telekommunikationsinfrastruktur notwendig. Mit VDSL sind theoretisch Geschwindigkeiten von bis zu 100Mbit/s erreichbar. In Deutschland wird VDSL daher vor allem in Großstädten und Ballungszentren eingesetzt, da hier eine größere Zahl an Kunden für schnelle Internetleitungen zu gewinnen sind und sich für die Konzerne die Investitionen schneller rechnen als in ländlichen Gebieten.

Glasfaseranbindung (FTTH)

Die höchsten Übertragungsgeschwindigkeiten sind heute mit Glasfaserleitungen möglich. Im Gegensatz zu herkömmlichen Kupferkabeln funktioniert bei diesen die Übertragung nicht durch elektrische, sondern Lichtsignale. Glasfasernetze sind extrem leistungsfähig und kommen bisher vor allem bei der Verkabelung von Internetknotenpunkten zum Einsatz, dem so genannten Backbone. Das Backbone ist gewissermaßen das Rückgrat des Internets, das große Rechenzentren auf der ganzen Welt miteinander verbindet. Da die übertragene Datenmenge immer weiter wächst und Kund_innen immer schnellere Internetanschlüsse verlangen, entstehen nach und nach so genannte Fiber-to-the-home (FTTH) Angebote für Privatkunden. Bei denen werden von den Vermittlungsstellen im Internet bis in die Wohnung des Kunden durchgehend Glasfaserkabel verlegt und Übertragungsgeschwindigkeiten von derzeit rund 200Mbit/s möglich. Die Technologie lässt eine noch größere Geschwindigkeit zu.

Internet über das Fernsehkabel

Seit einigen Jahren wird auch die Internetnutzung über das Fernsehkabel verfügbar. Während Kabelfernsehen bislang nur die Übertragung von Fernseh- oder Radiosignalen in die Haushalte ermöglichte, können durch Modernisierung des Kabelnetzes so genannte Rückkanäle hinzugefügt werden. Diese Kabel sind in der Lage, neben Fernsehen und Radio auch eine Internetverbindung bereitzustellen. Seit einigen Jahren investieren die deutschen Kabelnetzbetreiber immense Summen in die Aufrüstung der Fernsehkabelnetze, um diese fit für klassische Internetdienste sowie insbesondere für das Telefonieren über Internet (»Voice over IP« – kurz VoIP) oder Internetfernsehen (IPTV) zu machen. Auch hier findet der Ausbau vorwiegend in Ballungsräumen statt.

Internet über Mobilfunknetze

Neben dem kabelgebundenen Zugang sind auch funkbasierte Internetzugänge möglich. Über das normale Handynetz können Nutzer_innen unterwegs in unterschiedlichen Geschwindigkeiten ins Internet gehen und Internetdienste

nutzen. Mobile Internetnutzung wird von störenden Faktoren wie Wetterlage, Entfernung zum nächsten Mobilfunkmast oder Anzahl der gleichzeitigen Nutzer_innen in der jeweiligen Funkzelle beeinflusst.

Beim Mobilfunk läuft der Zugang zum Internet – ebenso wie beim mobilen Telefonnetz – über so genannte Funkzellen. Die über das ganze Land verteilten Mobilfunkmasten spannen diese Zellen nahezu flächendeckend auf, wobei sie je nach Dichte der verteilten Masten einen Radius von etwa 100 Metern bis zu mehreren Kilometern haben können. Jedes aktive Mobiltelefon tauscht sich regelmäßig mit der Funkzelle aus, in der es sich befindet. Bewegt sich ein Mensch mit seinem Telefon von einer Funkzelle in eine andere, meldet sich dieses automatisch von der alten Zelle ab und bei der neuen Zelle an. Möchte man mit einem Mobiltelefon telefonieren oder eine Verbindung zum Internet aufbauen, kontaktiert das Telefon in seiner Zelle den nächstgelegenen Funkmast. Die Mobilfunkmasten sind in der Regel durch unterirdische Leitungen mit dem Telefonnetz und dem Internet verbunden. Jede Funkzelle hat jedoch nur eine bestimmte Kapazität, befinden sich übermäßig viele Menschen in einer Funkzelle und wollen gleichzeitig ins Internet oder telefonieren, kann es zu Störungen und Überlastungen kommen.

Seit den 1990er Jahren ist es möglich, über das Mobilfunknetz auf das Internet zuzugreifen. Dabei lieferte bereits das → GSM-Netz (Global System for Mobile Communications) allerdings nur Geschwindigkeiten von maximal 9,6 bis 14,4kbit/s, mit der Erweiterung auf → GPRS (general packet radio service) sind Übertragungsgeschwindigkeiten bis etwa 54kbit/s möglich. Erst mit der Einführung von → EDGE (enhanced data rates for GSM evolution) wurde das mobile Internet in halbwegs erträglicher Qualität und Geschwindigkeit nutzbar. EDGE erreicht theoretisch Geschwindigkeiten bis zu 220kbit/s.

Der Durchbruch für das mobile Internet gelang mit den → UMTS-Netzen (Universal Mobile Telecommunications System), die Geschwindigkeiten von rund 384kbit/s und – mit der Erweiterung HSDPA – sogar 3,6Mbit/s beziehungsweise 7,2Mbit/s möglich machen. Damit können seit 2004 Internetdienste unterwegs genutzt werden, die in Qualität und Geschwindigkeit mit leitungsgebundenen Internetanschlüssen wie DSL vergleichbar sind. Inzwischen haben die Mobilfunkunternehmen in Deutschland begonnen, neue Netze mit dem → LTE-Standard (Long Term Evolution) aufzubauen. Damit sollen zukünftig Datenübertragungen mit 100Mbit/s möglich sein – deutlich schneller als übliche DSL-Anschlüsse.

Die Vorteile von mobilen Internetzugängen liegen auf der Hand: Im Gegensatz zu DSL müssen keine Kabel im Boden verlegt werden. Die Investitionskosten für den Aufbau von UMTS- oder LTE-Netzen sind relativ geringer als beim kabelgebundenen Ausbau. Theoretisch könnten Mobilfunktechnologien

eingesetzt werden, um schlecht erschlossene Regionen mit schnellen Internetanschlüssen zu versorgen. Genau das ist auch die erklärte Strategie der Bundesregierung (www.zukunft-breitband.de) zur Versorgung der Bevölkerung mit Breitbandinternet in den nächsten Jahren. Tatsächlich ist jedoch die Fokussierung auf Funktechnologien wie LTE mit einer ganzen Reihe von Nachteilen und Problemen für die Nutzer_innen verbunden.

Probleme/Nachteile des Mobilfunks

DSL ist in Deutschland, zumindest dort wo es verfügbar ist, vor allem so erfolgreich, weil mit dem schnellen Internetzugang auch so genannte Flatrate-Tarife angeboten werden. Während bei der Internetnutzung über Modem oder ISDN nach der Zeit abgerechnet wurde, die man online war, kann so das Internet in der Regel gegen eine monatliche Pauschalgebühr ohne Zeit- oder Datenbegrenzung genutzt werden. Damit können auch datenintensive Dienste wie das Übertragen von Videos oder Downloads großer Dateien problemlos und umfangreich genutzt werden.

Bei mobilen Internetzugängen über UMTS oder LTE werden hingegen keine echten Flatrates angeboten. Zwar ist die Datenmenge, die man pro Monat nutzen kann, nicht vertraglich limitiert, allerdings sind bei nahezu allen verfügbaren Tarifen Volumengrenzen eingebaut. Hat man etwa eine Datenmenge von 10GB erreicht, wird das schnelle mobile Internet für den Rest des Monats auf die Geschwindigkeit von DSL Light heruntergedrosselt. Eine uneingeschränkte Nutzung des Internets ist damit im Vergleich zu DSL oder Kabelinternet nicht mehr gegeben. Besonders für Unternehmen, die auf den Transfer großer Datenmengen angewiesen sind, sind mobile Internetzugänge also keine wirkliche Alternative. Zwar werden für größere Datenmengen mitunter spezielle Tarife angeboten, allerdings sind die horrend. Es ist nicht absehbar, dass sich dies in naher Zukunft ändern wird.

Im Vergleich zu leitungsgebundenen Internetanschlüssen leidet die Qualität des mobilen Internetzugangs zudem unter Umwelteinflüssen. Bei schlechtem Wetter (Sturm, Hagel etc.) kann die Übertragungsgeschwindigkeit und -zuverlässigkeit gestört werden. Auch topografische Verhältnisse spielen eine Rolle: Liegt eine Ortschaft etwa in sehr hügeligem Gelände oder einem tiefen Tal, kann die Qualität des Mobilfunks erheblich leiden. Auch in dicht bebauten Gegenden können der Empfang und das Senden von Daten deutlich beeinträchtigt sein, was insbesondere bei der Nutzung in geschlossenen Gebäuden spürbar wird. Wie bei der Nutzung von Mobiltelefonen gibt es die Probleme mit »Funklöchern« auch bei der Nutzung des mobilen Internets. Für eine zuverlässige Breitbandversorgung der Bevölkerung in allen Regionen ist das mobile Internet sicher keine zufriedenstellende Antwort.

Eines der größten Probleme bei der Fokussierung auf Mobilfunkinternet zur Versorgung ländlicher Regionen besteht darin, dass es sich etwa bei LTE um ein »shared medium« handelt. Mehrere Nutzer_innen müssen sich eine LTE-Funkzelle teilen und je nachdem wie viele Personen vor Ort gleichzeitig das Internet nutzen, sinkt die Geschwindigkeit für den einzelnen Nutzer rapide ab. Wenn etwa 1.000 Menschen gleichzeitig über eine LTE-Funkzelle das Internet nutzen und 100 von ihnen datenintensive Anwendungen nutzen, sinkt die verfügbare Geschwindigkeit für die restlichen 900 deutlich. Dieser Effekt lässt sich unter anderem bei Großereignissen wie Fußballspielen oder in Ballungsräumen zum Beispiel an Silvester feststellen: Wenn um 0 Uhr viele Menschen gleichzeitig Neujahrsgrüße loswerden wollen, bricht oft das Mobilfunknetz unter der Last zusammen und Telefonate, SMS oder Internetverbindungen sind kaum noch möglich. Bei kabelgebundenen Internetanschlüssen hingegen können bestimmte Bandbreiten – also Geschwindigkeiten – garantiert werden, da jeder Anschluss eine eigene Leitung hat.

1.5 Linke Netzpolitik setzt auf Netz für alle!

Linke Politik setzt sich für einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Wissen und Information sowie für die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen ein. Die Veränderungen der Arbeits- und Lebenswelten betreffen alle. Deshalb muss linke Politik sicherstellen, dass die Grundlagen für das Leben in einer digitalisierten Gesellschaft allen Menschen gleichermaßen zur Verfügung stehen. Das beginnt mit einem Internetanschlusses in solcher Qualität, dass auch tatsächlich alle Dienste nutzbar sind. Der »funktionale Internetzugang«, wie er im Telekommunikationsgesetz (TKG) definiert ist, leistet dies nicht. Mit einer Zugangsgeschwindigkeit von nur 1MBit/s sind zeitgemäße Internetdienste kaum nutzbar. Wenn in den Metropolen zu gleichen Preisen wie auf dem Land 64MBit/s und mehr angeboten werden, sind nicht mehr gleiche Voraussetzungen für alle gegeben.

Zu einer echten Zugangsgerechtigkeit zu Wissen und Bildung gehört neben den technischen Voraussetzungen auch, alle Menschen zu befähigen, selbstbestimmt die Möglichkeiten des Netzes nutzen zu können. Auch hier ist linke Politik gefordert: auf Landesebene im Rahmen der Ausgestaltung von Schullehrplänen, sodass Unterrichtsinhalte verpflichtend werden, die auf eine starke Medienbildung für alle Schüler_innen hinwirken; auf kommunaler Ebene, wo sich Politiker_innen zusätzlich im Rahmen von Kindertagesstätten, Jugendfreizeiteinrichtungen oder Senior_innentreffs für die Vermittlung von Medienbildung einsetzen müssten. Die Herstellung gleicher Voraussetzungen für alle

Menschen zur Teilhabe an der mehr und mehr digitalisierten Gesellschaft ist also keinesfalls nur Sache der »großen« Politik.

Linke Kommunalpolitik bewegt sich jedoch im Spannungsfeld zwischen klammen Haushaltskassen einerseits und dem Anspruch einer umfassenden Daseinsvorsorge andererseits. Die Aufgaben werden mit den Entwicklungen durch das Internet stetig größer. Neue politische Fragen tauchen auf, neue Ansprüche von Bürger_innen entstehen mit dem gesellschaftlichen Wandel und auch linke Politiker_innen müssen Antworten auf neu entstehende Fragen geben.

Dabei sieht sich linke Kommunalpolitik neuen Herausforderungen gegenüber: In Zeiten des Abbaus öffentlicher Dienstleistungen müssen Handlungsstrategien entwickelt werden, um eine weitere Spaltung der Gesellschaft in arm und reich, ungebildet und gebildet, gut ausgestattet und abgehängt zu verhindern. Praktisch kann das heißen: Wenn für einige Menschen öffentliche Bibliotheken der einzige Ort sind, an denen sie einen kostenfreien Zugang zum Internet nutzen können, können diese dann geschlossen werden? Aber auch: Wie kommt Kommunalpolitik aus einer Abwehrhaltung gegen immer weitere Haushaltskürzungen heraus? Was heißt die Verlagerung von öffentlichen Dienstleistungen ins Internet und die damit möglicherweise verbundenen Einsparungen für Menschen, die nicht die finanziellen oder technischen Mittel für die Internetnutzung haben oder sich für diese nicht kompetent halten?

Auch im kommunalpolitischen Bereich ist die Sicherung von Zugangs- und Teilhabegerechtigkeit kein Selbstzweck. Das Internet hat das Potenzial, die Beziehung von Regierenden und Regierten zu verändern, zum Vorteil beider Seiten. Transparentes Verwaltungshandeln, nachvollziehbare politische Entscheidungen und die direkte Einbindung von Menschen in das gesellschaftliche und politische Leben sind Versprechungen, die linke Netzpolitik ebenfalls einlösen sollte.

Kapitel 2

Aus digitaler Verwaltung wird E-Government

2.1 E-Government

Die Entwicklung von Informations- und Kommunikationstechnologien macht nicht vor staatlichen Aufgaben und vor der staatlichen Verwaltung halt. Die Routinen im Umgang mit Anliegen von Bürger_innen und auch die Abläufe innerhalb staatlicher Verwaltungsorganisationen haben sich im Laufe der Zeit zu komplexen Gebilden entwickelt – allein das Aktenwesen, eine der Grundlagen staatlicher Verwaltung, hat sich über Jahrhunderte immer weiter ausdifferenziert. Ganze Wissenschaftsbereiche befassen sich mit der Organisation von Staat und Verwaltung. Die Ergebnisse der daraus abgeleiteten Organisationsprozesse werden – was die schnellen informationstechnischen Entwicklungen betrifft – meistens weniger schnell nachvollzogen. Ziel ist immer die Steigerung von Effizienz und Effektivität: Mussten früher alle Daten- und Informationsbestände des Staates auf Papier organisiert werden, lassen sich diese mit der Einführung von Computern und Massendatenspeichern um ein vielfaches schneller und einfacher bearbeiten.

Mit der Verbreitung des Internets und der mit ihm verbundenen Technologien und Möglichkeiten hat sich im Bereich des Regierens beziehungsweise der öffentlichen Verwaltung der Begriff E-Government (Electronic Government) herausgebildet. Es gibt verschiedene Definitionen von E-Government, die sich vor allem in der Breite der zugehörigen Themen oder Bereiche unterscheiden. Ihnen gemein ist eine knapp formulierte Grundlage, die das Bundesministerium des Innern 2008 definiert hat: »Unter E-Government (Electronic Government) wird die Nutzung elektronischer Informations- und Kommunikationstechnologien zur Einbeziehung des Verwaltungskunden in das Handeln von Regierung und öffentlicher Verwaltung verstanden. Ziel ist es, ... Bürgern, Wirtschaftsunternehmen und der Verwaltung selbst, Verwaltungsdienstleistungen und Informationen elektronisch zugänglich zu machen. Die Nutzungsmöglichkeiten dieser Technologien sind sehr vielfältig. Angefangen bei der Verwaltungsmodernisierung durch elektronische Vorgangsbearbeitung, reichen sie über die Bereitstellung von Verwaltungsinformationen auf Behördenportalen im Internet bis hin zu den komplexen Transaktionen und interaktiven elektronischen Bürgerdiensten im Netz.«

Bürger_innen und Staat

E-Government ist besonders auf der kommunalen Ebene interessant, findet doch der direkte Kontakt von Bürger_innen und Staat vor allem dort statt, seien es Anmeldungen, Hochzeiten, KFZ-Angelegenheiten oder das Beantragen von Transferleistungen. Die kommunale oder städtische Verwaltung ist der erste Anlaufpunkt für Bürger_innen immer dann, wenn sie auf staatliche (Dienst-) Leistungen angewiesen sind oder gegenüber dem Staat Pflichten zu erfüllen oder Nachweise zu erbringen haben.

Durch die Verbreitung des Internets bietet sich also die Bürger_innen-Staat-Interaktion auf der kommunalen Ebene nahezu an, um durch E-Government für alle Seiten den Umgang miteinander zu verbessern oder zu vereinfachen. Das Internet kennt keine Öffnungszeiten, Dienstleistungen können auch außerhalb von behördlichen Öffnungszeiten in Anspruch genommen werden. Dies ist natürlich in erster Linie für Berufstätige und Menschen mit wenig Zeit interessant, aber auch für Menschen in dünn besiedelten Regionen, deren nächster kommunaler Ansprechpartner vielleicht eine längere Wegstrecke entfernt liegt, können E-Government-Angebote eine hilfreiche Ergänzung und/oder Alternative darstellen.

Doch gerade in Hinblick auf die zuletzt genannten Menschen muss linke (Netz-)Politik mit dafür sorgen, dass staatliche Erreichbarkeit und bürger_innennahe Dienstleistungen auch auf herkömmlichem Wege erreichbar bleiben. Die Potenziale internetgestützter Verwaltungsangebote dürfen nicht dazu genutzt werden, die Präsenz von Einrichtungen und die Erreichbarkeiten in der Fläche zurückzufahren. Auch für Menschen ohne eigenen Internetanschluss oder weniger »Netzaffine« müssen kommunale Verwaltungen und Angebote erreichbar sein.

Entlastung öffentlicher Haushalte & mehr Service für Bürger_innen

Die Entwicklung und Einführung von E-Government wird auch aus Gründen der Kostenersparnis vorangetrieben, was vor dem Hintergrund der anhaltenden Unterfinanzierung vieler Kommunen einen rationellen Kern hat. Denn in der Tat lässt sich durch moderne Informations- und Kommunikationstechnologien Geld in der öffentlichen Verwaltung sparen. Dies allerdings als bestimmende Prämisse für die Entwicklung von E-Government zu betrachten, führt auf den falschen Weg. Vielmehr geht es aus linker Sicht vor allem darum, die Verwaltung so bürger_innennah wie nur irgend möglich zu organisieren. Durch transparentes und effektives E-Government kann mehr Bürger_innennähe realisiert werden, können Bürger_innen über die Hintergrundprozesse in den öffentlichen Verwaltungen besser informiert und so für Entscheidungen mit Kompetenz ausgestattet werden.

Ein funktionierendes E-Government Angebot kann zudem die rationale und effektive Zusammenarbeit mit Behörden und Verwaltungen befördern und für Unternehmen ein Faktor bei Ansiedlungsüberlegungen von Industrie- oder Dienstleistungsunternehmen sein. Wenn Genehmigungen oder anderer Schriftverkehr mit der kommunalen Verwaltung schneller und einfacher mit E-Government-Angeboten realisiert werden können, ist das für alle Beteiligten sicherlich von Vorteil.

2.2 Kommunales E-Government Portal im Internet

Wollten früher Bürger_innen Kontakt mit der kommunalen Verwaltung aufnehmen, war das örtliche Rathaus ihr erster Anlaufpunkt. Dieser erste Weg wird zunehmend über das Internet wahrgenommen, egal ob KfZ-Anmeldung, Wohngeldantrag oder Ausweisangelegenheiten. Heute kann man schon oft jede gewünschte Information auf den Internetseiten der Kommune finden. Soweit das noch nicht der Fall ist, so wäre es zumindest technisch möglich, damit auch Berufstätige oder Menschen mit wenig freier Zeit den Kontakt zur Verwaltung zu dem Zeitpunkt suchen können, der ihnen genehm ist. Die Online-Vergabe von Terminen gehört heute schon zur Grundausstattung einer modernen Verwaltung. Da das Internet keine Öffnungszeiten kennt, sind kommunale Internetportale rund um die Uhr geöffnet. Allein dadurch sind vielfältige Anwendungen und Dienste für Bürger_innen denkbar. Neben der reinen Informationsbereitstellung sind dabei auch direkte Hilfen möglich. So bieten bereits einige Gemeinden (darunter Weiden/Oberpfalz oder auch die Stadt Berlin) ein Online-Fundbüro an. Dort können Bürger_innen recherchieren, ob ein verlorener Gegenstand bereits im Fundbüro abgegeben wurde. Zudem gibt es die Möglichkeit, sich über E-Mail direkt ans Fundbüro zu wenden.

Digitales Fundbüro Gemeinde Weiden (Oberpfalz):

<http://gleft.de/8w>

Darüber hinaus kann eine moderne Verwaltung sukzessive die Dienste, die mit Interaktion und Kommunikation verbunden sind, ausweiten. Alle Verwaltungsstellen sollten mindestens per E-Mail erreichbar sein. Auskünfte, die über allgemeine Informationen hinausgehen, sollten Bürger_innen auch auf diesem Wege erlangen können, ohne den Weg zum Rathaus auf sich nehmen zu müssen.

Gerade linke Politiker_innen sollten sich dafür stark machen, dass alle Menschen Zugang zu den im Internet bereitgestellten Informationen haben und die

Angebote von allen genutzt werden können. Dazu gehört neben der übersichtlichen, transparenten Darstellung eine leicht verständliche Sprache, im besten Fall sogar mehrsprachig. Darüber hinaus sollten die Informationen barrierefrei gestaltet sein, sodass auch Menschen mit Beeinträchtigungen die Onlineangebote wahrnehmen können.

Barrierefreiheit

Viele Menschen müssen mit verschiedenen Beeinträchtigungen leben. Noch immer sind zahlreiche Internetangebote so gestaltet, dass sie Menschen mit Beeinträchtigungen ganz oder teilweise von der Nutzung ausschließen. Dazu gehört etwa die Verwendung von Audio-Inhalten, die für gehörlose Menschen nicht nutzbar sind, oder von zu kleinen Schriften, die von blinden und sehbeeinträchtigten Menschen kaum zu lesen sind. Zwar gibt es diverse Browser oder Hilfsprogramme, die Menschen mit Beeinträchtigungen die Nutzung von Internetseiten ermöglichen sollen. Dennoch sind auch diese auf die Verwendung bestimmter Standards angewiesen. Für die Verwaltungen des Bundes existiert seit einigen Jahren die »Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung« (BITV). Diese enthält grundlegende Anforderungen an staatliche Internetangebote (des Bundes). Zusätzlich haben auch die Bundesländer eigene Verordnungen erlassen.

Kernelemente eines barrierefreien Internetangebots sind unter anderem:

Skalierbarkeit: Schriften sollten nicht mit festen Größen eingebaut sein, sondern so skalierbar, dass sie problemlos vergrößert werden können, ohne den Aufbau der Seite durcheinanderzubringen.

Logische Struktur: Überschriften und Hervorhebungen in Texten sollten gemäß den Vorgaben der HTML-Programmiersprache (→ HTML) erfolgen, damit Vorlesesoftware Überschriften auch als solche erkennt und verarbeiten kann.

Alternativtext bei Grafiken: Grafiken und Bilder können im Hintergrund mit einem alternativen Text versehen werden, der auf der Seite selbst nicht angezeigt wird, mit spezieller Blinden-Software aber ausgelesen werden kann. So können auch blinde Menschen erfahren, welche Grafik auf einer Seite erscheint.

2.3 Datenschutz

E-Government erfordert die Erhebung, Verarbeitung und Speicherung einer Vielzahl von persönlichen und personenbezogenen Daten. Wie bei herkömmlichen Verwaltungsdienstleistungen auch, sind zum Beispiel Formulare auszufüllen

oder persönliche Angaben zu machen. In einer digitalisierten Welt, die immer mehr private wie auch nicht-private Beziehungen ins Internet beziehungsweise auf elektronische Systeme überträgt, kommt daher dem Datenschutz und der Datensicherheit eine immer größere Bedeutung zu.

Wenn zunehmend Akten und Vorgänge digital gespeichert, übertragen und verarbeitet werden, steigen potenziell die Missbrauchsmöglichkeiten. Dies geschieht schon allein dadurch, dass diese meist zentral gespeichert werden und ein Zugriff ohne physische Anwesenheit erfolgen kann. Es ist kein Zutritt zu einer Abteilung oder einem Raum mehr erforderlich, um eine bestimmte Akte oder einen Vorgang zu einer bestimmten Person einzusehen. Es reicht, sich einen digitalen Zugang zum Speicherort zu verschaffen. Damit wird es leichter, unbemerkt Zugriff auf sensible Informationen nehmen zu können – möglicherweise auch unberechtigt.

Der Datenschutz ist für die öffentliche Verwaltung nicht nur aufgrund der großen Speichermengen an persönlichen Daten und Informationen besonders relevant, sondern auch, weil der Staat hier eine Vorbildfunktion einnehmen sollte. Vor allem im privaten Bereich von Online-Handel, sozialen Netzwerken oder sonstiger digitalisierter Lebensbereiche kommt es immer wieder zu eklatanten Verstößen gegen den Datenschutz. Teilweise werden persönliche Daten von Nutzer_innen ganz offen an Dritte weitergegeben – etwa im Bereich der Online-Werbung. Besonders auf internationaler Ebene ist die Durchsetzung eines übergreifenden Datenschutzes und nationaler Datenschutzstandards besonders schwer. Gerade deshalb sollten staatliche Stellen, Verwaltungen und Behörden mit gutem Beispiel vorangehen und einem umfassenden Datenschutz in allen Belangen ihrer Arbeit garantieren.

Die konsequente Einhaltung datenschutzrechtlicher Grundsätze ist insbesondere im Hinblick auf die Akzeptanz von Verwaltungshandeln zwingende Voraussetzung. Zu Recht besteht bei vielen Bürger_innen ein großes Misstrauen und Skepsis bei der Preisgabe personenbezogener Daten. Diese Ängste müssen ernst genommen werden. Das Wissen um persönliche Informationen und Lebensumstände kann auch genutzt werden, um Menschen zu beeinflussen oder unter Druck zu setzen. Selbstbestimmtes Handeln frei von der Angst vor möglichen Sanktionen ist nur möglich, wenn sie selbst darüber bestimmen können, welche Informationen sie über sich preisgeben und was mit ihnen geschehen darf.

Das Bundesverfassungsgericht hat 1983 im Rahmen des so genannten Volkszählungsurteils das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung formuliert. Dieses soll gewährleisten, dass grundsätzlich Bürger_innen selbst über die Verwendung ihrer persönlichen und personenbezogenen Daten bestimmen dürfen. Geburtstag, Telefonnummer, Einkommen, Krankheiten und viele weitere Informationen dürfen demnach grundsätzlich nicht gegen den Willen der

Betroffenen erhoben, gespeichert oder verarbeitet werden. Einschränkungen dieses Grundrechts sind nur aufgrund von Gesetzen oder durch die persönliche Einwilligung des Einzelnen erlaubt. Dabei muss die Einwilligung auf freiwilliger und informierter Basis erfolgen. Die datenverarbeitende Stelle (also auch Behörden und Verwaltungen) müssen dazu die genauen Verwendungszwecke, Speicherfristen, Zugriffsberechtigungen etc. vorher transparent machen.

Darüber hinaus gelten für die Verwendung personenbezogener Daten weitere Prinzipien, die in Gesetzen und Vorschriften (z.B. Bundesdatenschutzgesetz – BDSG) festgehalten sind. Diese sind bei allen Verfahren (nicht nur den elektronischen) zwingend zu beachten. Die Broschüre »Datenschutzgerechtes E-Government« der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder hat die Anforderungen für die öffentliche Verwaltung im Bereich des Datenschutzes zusammengefasst (<http://gleft.de/7B>). Zu ihnen zählen unter anderem:

Grundprinzipien des Datenschutzes

Erforderlichkeit: »Eine Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten ist nur erforderlich, wenn die jeweilige Aufgabe ohne das konkrete Datum nicht oder nicht vollständig erfüllt werden kann. Dazu zählt auch, dass die Aufgabe auf andere Weise nur unter unverhältnismäßig großen Schwierigkeiten, mit einem unververtretbar höheren Aufwand oder verspätet erfüllt werden könnte. [...]«

Zweckbindung: »Das Gebot der Zweckbindung soll sicherstellen, dass Daten nur für den Zweck verarbeitet werden, für den sie erhoben worden sind (Zweckidentität). Der Zweck der Datenverarbeitung folgt aus der jeweiligen Fachaufgabe, zu deren Erfüllung die Daten erhoben wurden. Sofern Daten der öffentlichen Stelle ohne Erhebung zur Kenntnis gelangt sind, legt sie den Zweck bei der erstmaligen Speicherung fest. Eine Datenverarbeitung zu einem anderen als dem ursprünglich festgelegten Zweck ist als Zweckänderung oder Zweckdurchbrechung nur auf gesetzlicher Grundlage oder dann zulässig, wenn der Betroffene eingewilligt hat. Dies gilt auch dann, wenn die Daten innerhalb der Behörde an eine andere Stelle mit einer anderen, über bloße Hilfsfunktionen hinausgehenden Aufgabenstellung weitergegeben werden sollen; denn die öffentliche Verwaltung stellt keine Informationseinheit dar, es gilt der Grundsatz der informationellen Gewaltenteilung. [...]«

Datenvermeidung/Datensparsamkeit: »Der Grundsatz der Datenvermeidung und Datensparsamkeit gebietet, schon im Vorfeld bei der Entwicklung und Auswahl von Datenverarbeitungssystemen und bei der Ausgestaltung der konkreten Datenverarbeitungsprozesse darauf hinzuwirken, dass keine oder

möglichst wenig personenbezogene Daten verarbeitet werden. Er gibt damit ein allgemeines Gestaltungsprinzip vor, das das Entstehen von Daten mit Personenbezug oder Personenbeziehbarkeit von vornherein ausschließen oder auf ein Minimum beschränken will. [...]«

Transparenz: »Das informationelle Selbstbestimmungsrecht für Betroffene setzt Kenntnis über die Struktur der Datenverarbeitung, über die Datenverarbeitungsprozesse, über die eingesetzte Technik und über die Datenströme voraus. Jede E-Government-Anwendung muss die Betroffenen über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten und über die Daten verarbeitenden Stellen informieren. [...]«

Korrekturrechte der Betroffenen: »Zu den Korrekturrechten der Betroffenen gehört der Anspruch auf Berichtigung, Löschung und Sperrung der zu ihrer Person gespeicherten Daten. Unrichtige Daten beeinträchtigen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung genauso wie unrechtmäßig erhobene Daten und sind daher unverzüglich zu berichtigen. Die Pflicht zur Berichtigung besteht unabhängig davon, ob der Betroffene einen Anspruch geltend macht. [...]«

Datenschutz konkret

Seit 2005 gibt es in Deutschland einen neuen Reisepass, der nun biometrische Informationen und Passdaten (seit 2007 auch digitale Fingerabdrücke) auf einem integrierten so genannten RFID-Chip enthält. Dieser Chip kann zum Beispiel an der Passkontrolle in einem Flughafen per Funkübertragung ausgelesen werden. In der Vergangenheit wurde an diesem Verfahren Kritik laut, da es unter Umständen auch für nicht autorisierte Dritte möglich ist, unbemerkt die gespeicherten Daten des RFID-Chips auszulesen. Der Landesdatenschutzbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein formulierte dazu in einer Pressemitteilung vom 31. Oktober 2007: »Ohne dass ein Mensch dies merkt, kann ein Angreifer, der einige Zusatzinformationen besitzt, die er sich anderweitig beschaffen kann, die biometrischen Daten des Passes auslesen und elektronisch die Anwesenheit des Passinhabers bzw. des Passes feststellen und elektronisch speichern.« Um dies zu erschweren, gibt es die Möglichkeit, den Reisepass mit einer Aluminiumhülle zu schützen, was das Auslesen des RFID-Chips technisch erheblich erschwert.

Die Fraktionen Bündnis'90/Die Grünen und FDP haben mit Unterstützung der Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung von Treptow-Köpenick in Berlin dazu folgenden Antrag eingebracht, der zeigt, wie breit Datenschutz in kommunalpolitischer Arbeit verstanden werden kann:

Die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, in den Bürgerämtern Alu-Schutzhüllen zum Verkauf anzubieten, durch die die Besitzer der neuen Reisepässe vor der missbräuchlichen Benutzung der auf den Pässen gespeicherten Fingerabdrücke und Daten geschützt werden sollen. Um die Aufmerksamkeit der Bürgerinnen und Bürger für die mit den neuen Reisepässen verbundenen Sicherheitsrisiken (Datenschutz) zu erhöhen, sollten außerdem Informationen zur Verfügung gestellt werden.

Begründung: Die Sicherheitslücken der neuen Reisepässe (Möglichkeit des unbefugten Auslesens der auf den Radio Frequency Identification Chips gespeicherten persönlichen Daten) werden seit längerem in der Fachwelt diskutiert. Die Erfahrung zeigt, dass sich die meisten Bürgerinnen und Bürger jedoch erstmals mit der Thematik befassen werden, wenn sie selbst einen neuen Reisepass benötigen. Der Bezirk sollte durch Bereitstellung eines geeigneten Informationsblattes zur Aufklärung beitragen und die Bürger durch das Verkaufsangebot einer Alu-Schutzhülle bei der Abwehr unbefugten Ausspähens unterstützen.

Datenschutz in der eigenen kommunalen Arbeit

Datenschutz ist nicht nur eine Angelegenheit von offiziellen staatlichen Stellen. Es ist ein Schutzrecht für ein selbstbestimmtes Leben ohne Angst, unvorhersehbare Auswirkungen des eigenen Handelns zu fürchten. Dies fängt im »Kleinen«, bei der Arbeit von Kommunalpolitiker_innen an. Deshalb einige Tipps, wie bei der eigenen Arbeit der Datenschutz besser berücksichtigt werden kann.

Vorsicht beim Versenden von E-Mails an mehrere Empfänger_innen: Wer hat nicht schon eine an mehrere Empfänger_innen gerichtete E-Mail bekommen, deren E-Mail-Adressen offen in der Adresszeile zu sehen waren, und war entsprechend sauer? Es gibt reichlich Gründe, warum man seine E-Mail-Adresse nicht unbedingt jedem mitteilen möchte. Das kann einfach vermieden werden: Alle E-Mail-Programme und auch alle Internet-E-Mail-Dienste bieten die Möglichkeit, Adressen im BCC-Feld (blind carbon copy) einzugeben. Adressen, die dort eingetragen werden, erhalten die Nachricht wie gewohnt, ihre E-Mail-Adresse ist allerdings für andere Empfänger_innen nicht sichtbar. So ist eine datenschutzkonforme Kommunikation mit mehreren Menschen möglich und allen bleibt es weiterhin überlassen, selbst darüber zu entscheiden, an wen die eigene Adresse herausgegeben wird.

Offizielle E-Mail-Adressen einrichten: Kommunale Mandatsträger_innen möchten zu Recht für Bürger_innen ansprechbar sein, auch im Internet. E-Mails

sind ein einfacher Weg. Aber auch hier gilt: E-Mail-Adressen sind personenbezogene Daten und es sollte auch den Kommunalpolitiker_innen selbst überlassen werden, ob sie mit ihrer privaten E-Mail-Adresse im Internet (z.B. auf der Fraktionswebsite oder einem Ratsinformationssystem) erscheinen möchten. Da auch Kommunalfraktionen mit wenig Aufwand eine eigene Internetseite betreiben können (vgl. Kapitel 4), bietet die Nutzung von einheitlichen E-Mail-Adressen (vorname.nachname@xyfraktion-musterstadt.de) Abhilfe. Solche Adressen können ohne Bedenken breit veröffentlicht werden. Sie bieten eine niedrigschwellige Kontaktmöglichkeit, ohne private E-Mail-Adressen veröffentlichen zu müssen. Darüber hinaus können solche offizielle Adressen für Mandatsträger_innen sinnvoll sein, die nicht über eine eigene E-Mail-Adresse oder einen Internetzugang verfügen. Diese können z.B. bei urlaubsbedingter Abwesenheit durch eine einfache Weiterleitung etwa an die Fraktionsgeschäftsstelle oder eine ausgewählte dritte Person, eine E-Mail-Erreichbarkeit sicherstellen.

Weitergabe personenbezogener Daten an Dritte: Zu einem selbstbestimmten Umgang mit personenbezogenen Daten gehört auch, diese nicht ungefragt an Dritte weiterzugeben. Mobiltelefonnummern, E-Mail-Adressen oder Postanschrift sollten – auch wenn mal schnell ein persönlicher Kontakt gesucht wird – nicht ohne Zustimmung des Betroffenen herausgegeben werden. Auf der sicheren Seite sind Kommunalfraktionen oder Mandatsträger_innen, wenn sie sich rechtzeitig auf eine Liste mit Kontaktdaten jedes und jeder einzelnen verständigen, die an interessierte Bürger_innen, Verwaltungsmitarbeiter_innen oder Journalist_innen problemlos weitergegeben werden können.

Eigene Daten bewusst schützen: Zum Datenschutz gehört der selbstbestimmte Umgang mit den eigenen Daten, etwa indem der eigene PC oder Laptop mit einem Passwort geschützt wird, um einen unbefugten Zugriff zu verhindern. Auch wenn in einer Gruppe oder Fraktion politischer Mandatsträger_innen ein Computer gemeinsam genutzt wird, ist ein Schutz der eigenen Daten leicht herzustellen, wenn mehrere Benutzerkonten eingerichtet werden. Dies ist bei jedem Computer-Betriebssystem (Windows, Mac OS, Linux usw.) möglich. Alle Nutzer_innen können dann mit einem eigenen Kennwort auf ihr Konto zugreifen und auch nur ihre eigenen Dateien, Texte und E-Mails einsehen.

Weitere Informationen und rechtliche Regelungen rund um den Datenschutz, einschließlich des Schutzes der eigenen Daten gibt es in der Broschüre von Karsten Neumann **Datenschutz – eine Einführung für kommunale Vertreterinnen und Vertreter in Mecklenburg-Vorpommern** (2011); kommunalpolitisches forum Land MV, Martinstraße 1/1a, 19053 Schwerin, www.kf-mv.de/publikationen.htm

2.4 Sichere Authentifizierung: Die elektronische Signatur

Nahezu bei jedem Verwaltungsvorgang oder jeder Leistung, die Bürger_innen in Anspruch nehmen, ist eine persönliche Unterschrift von Antragssteller_innen nötig: Sei es eine An- oder Ummeldung, ein Antrag auf staatliche Transferleistung oder eine Gewerbeanmeldung. Diese sind zudem in der Regel noch auf Papier direkt auf den betroffenen Formularen zu leisten, auch wenn bereits teilweise elektronische Geräte genutzt werden, um die Unterschrift zu erfassen.

Eine persönliche Unterschrift ist im analogen Verwaltungskontakt realisierbar, entsprechende E-Government-Angebote im Internet benötigen eine neue Art, die Echtheit einer Person oder einer Unterschrift zu garantieren. Wenn ein online bereitgestelltes Formular am Computer ausgefüllt und an eine Verwaltungsstelle geschickt werden soll, muss schließlich nachgewiesen werden können, dass auch wirklich die Person das Formular ausgefüllt hat, die sie angibt zu sein.

Das Gesetz über Rahmenbedingungen für elektronische Signaturen (Signaturgesetz – SigG) gibt verschiedene Stufen vor (allgemeine elektronische Signatur, fortgeschrittene elektronische Signatur, qualifizierte elektronische Signatur). Die verschiedenen Stufen begründen sich durch verschiedene Verfahren bei der Erstellung der Signatur. So müssen etwa bestimmte technische und Verschlüsselungsstandards eingehalten werden. Um Vorgänge, die zwingend die Schriftform erfordern, auch digital nutzen zu können, ist eine qualifizierte elektronische Signatur erforderlich.

Bisher gibt es noch kein flächendeckendes und kostengünstiges Verfahren, mit dem Behördenkommunikation einschließlich solcher Signaturen digital über das Internet abgewickelt werden könnte. Immer wieder scheiterten solche Versuche an der Sicherheit der technischen Verfahren oder der hohen Kosten für die Entwicklung. Mit dem vor einiger Zeit eingeführten neuen Personalausweis ist die Hoffnung verbunden, eine qualifizierte elektronische Signatur massentauglich zu machen. Bereits im Herbst 2010 hatte der Chaos Computer Club auf die Manipulierbarkeit des neuen Personalausweises hingewiesen (www.ccc.de/de/updates/2010/sicherheitsprobleme-bei-suisseid-und-epa).

Es bleibt abzuwarten, ob praktikable, kostengünstige und wirklich sichere Signaturen und damit Kommunikation mit Behörden realisiert werden können, die Entwicklungen rund um den neuen Personalausweis werden dabei zu beobachten sein. Die Potenziale von E-Government werden sich allerdings erst erschließen lassen, wenn eine digitale rechtssichere Kommunikation mit Bürger_innen und Unternehmen gewährleistet ist.

2.5 Web 2.0 in der öffentlichen Verwaltung

Das → Web 2.0 bezeichnet neue Kommunikationsformen im Internet. Während beim Web 1.0 (»das frühe Internet«) vor allem Informationen zentral bereitgestellt wurden und Nutzer_innen diese lediglich »konsumieren« konnten, setzt das Web 2.0 auf die Beteiligung von Nutzer_innen und die Vernetzung von Informationen. Im Web 2.0 können Nutzer_innen selbst Inhalte erstellen und veröffentlichen. Sie können die Inhalte anderer kommentieren oder verbreiten – in Anwendungen wie Wikis, Blogs, sozialen Netzwerken oder Foto-/Videoplattformen. Und die Nutzung von Web 2.0-Anwendungen wird immer selbstverständlicher, auch wenn das nicht »bewusst« als Schritt ins Web 2.0 betrachtet wird. Das betrifft vor allem die Kommunikationsformen der jüngeren Generationen.

Auch öffentliche Verwaltungen können sich die neuen Möglichkeiten von Beteiligung, Informationsverbreitung und Dialog zunutze machen. Die aktive Nutzung von Web 2.0-Anwendungen gehört ebenfalls zum E-Government.

Web 2.0 bedeutet vor allem mehr Dialog, mehr Kommunikation und mehr aktive Beteiligung. Dazu bedarf es eines grundsätzlichen politischen Willens für mehr Transparenz und Partizipation und der Bereitschaft dazu innerhalb der Verwaltungen. Es gibt gute Gründe, auch als Verwaltung, den Schritt ins Web 2.0 zu wagen. Über neue und schnelle Formate können Bürger_innenmeinungen und Bürger_innenwissen in die eigene Arbeit eingebunden werden. Ziel ist sowohl die bessere Information der Bürger_innen, als auch die Rückkoppelung von Problemen und Anliegen an die Verwaltung. Eine intensivere Kommunikation mit den Bürger_innen, zeitnahe Rückmeldungen auf deren Beiträge und ein transparentes Agieren im Netz kann zudem das Verständnis für die Arbeit und die Mitarbeiter_innen von kommunalen Verwaltungen erhöhen und damit insgesamt für beide Seiten von Vorteil sein.

In der Planung für Web 2.0-Nutzungen von Verwaltungen sind einige Aspekte zu berücksichtigen. Web 2.0-Kommunikation bedeutet Arbeit und Zeit. Werden neue Formen des Dialogs genutzt, sei es in sozialen Netzwerken oder in Diskussionsformaten auf eigenen Internetseiten, so muss sichergestellt sein, dass dieser Mehraufwand durch die Mitarbeiter_innen oder Verantwortlichen in den Behörden auch bearbeitet werden kann. Kaum etwas ist schlimmer, als Dialogangebote zu eröffnen, die dann nicht regelmäßig und zeitnah gepflegt oder betreut werden können.

Grundvoraussetzung ist, dass der Wille zu mehr Dialog mit Bürger_innen überhaupt vorhanden ist. Die Bereitschaft zu mehr Partizipation und Dialog und eine entsprechende Nutzung des Web 2.0 ist leider keine Selbstverständlichkeit. Die politischen Entscheidungsträger_innen müssen ein entsprechendes

Bekanntnis formulieren, z.B. in dem sie einen entsprechenden Beschluss im Kreistag oder Gemeinderat herbeiführen. Web 2.0-Angebote sollten gemeinsam mit den zuständigen Mitarbeiter_innen aller Abteilungen entwickelt werden. Ängste müssen abgebaut und Kompetenzen im Umgang mit neuen Dialogformaten aufgebaut werden. Dass und wie das gehen kann, soll an einigen Beispielen deutlich gemacht werden (siehe hierzu auch das Kapitel 4 »Zusammenarbeit und Öffentlichkeitsarbeit«):

Blogs

In Weblogs oder kurz Blogs können Menschen ohne vertiefte technische Kenntnisse eigene kleine Internetseiten betreiben und Texte, Fotos oder Videos bereitstellen. In Blogs erscheinen die aktuellsten Beiträge immer oben zuerst. Ein weiteres Merkmal von Blogs ist eine eingebaute Kommentarfunktion, mit der Leser_innen direkt Anmerkungen zu den veröffentlichten Artikeln abgeben und so mit dem Autor oder der Autorin direkt in Diskussion treten können. Einige Gemeinden bieten Blogs zur direkten und persönlichen Information bereits an. Oft sind es die Bürgermeister_innen, die selbst bloggen und über Vorgänge in ihren Kommunen berichten. Beispiele dafür finden sich reichlich unter dem Stichwort »Bürgermeisterblog« im Internet.

Soziale Netzwerke

Facebook (siehe auch Kapitel 4.2) ist nicht nur das weltweit größte soziale Netzwerk für Menschen, sondern bietet auch die Möglichkeit für Unternehmen oder Organisationen sich zu präsentieren. Damit können sich auch Kommunen den interessierten Bürger_innen zum Dialog stellen und sich selbst präsentieren. Da Facebook auch in Deutschland weit verbreitet ist (rund 25 Millionen registrierte Nutzer_innen), ist es sicherlich eine Plattform, um Bürger_innen mit Informationen rund um ihre Stadt oder die örtliche Verwaltung zu versorgen – z.B. über Baumaßnahmen, Kulturveranstaltungen oder besondere Verwaltungsangebote. Wie bei Blogs, können Bürger_innen auch bei Facebook direkt ihre Meinungen, Hinweise oder Fragen an die Verwaltung abgeben und in Diskussion treten. Aber: Facebook wird von einem privaten Konzern betrieben und ist selbst kein staatliches Angebot. Deshalb sollte darauf geachtet werden, dass keine personenbezogenen Daten über Facebook kommuniziert werden. Und es verbietet sich, Fragen zu laufenden Anträgen von Individualpersonen zu diskutieren und sonstige sensible Informationen preiszugeben oder abzufragen. Eine Facebook-Seite sollte zudem nur ein zusätzliches Angebot ergänzend zu den eigenen Internetportalen von Kommunen darstellen.

Medienplattformen

Auch Kommunen können Medienplattformen für Fotos oder Videos für die Information der Bürger_innen nutzen, dafür gibt es eine Vielzahl von denkbaren Beispielen. So könnten Gemeinden bei → Youtube, → Vimeo oder → Flickr aktuell über laufende und geplante Baumaßnahmen, Straßenreparaturen und ähnliches berichten. Sie können die Plattformen für die Tourismusförderung nutzen und gezielt Werbung für ihre Region machen, die schönsten Sehenswürdigkeiten präsentieren oder auch Tourist_innen einladen, ihre eigenen Fotos in den Internetangeboten der Kommune zu veröffentlichen. Politische Gremiensitzungen können per Video aufgezeichnet werden, um sie zu veröffentlichen und zu archivieren (siehe auch Kapitel 3 »Transparenz und Bürger_innenbeteiligung«). Auch im Kulturbereich sind vielfältige Anwendungen möglich. Veranstaltungen, Konzerte oder Theaterproduktionen, die lokal stattfinden, können einerseits über diese Plattformen in Verbindung mit sozialen Netzwerken beworben werden. Zusätzlich können diese aufgezeichnet und allen Menschen im Internet zugänglich gemacht werden. Hier ist der Kreativität und der Vielzahl von neuen Formaten auf kommunaler Ebene kaum eine Grenze gesetzt.

2.6 Freie Software

E-Government kann nicht nur die Beziehungen von Bürger_innen und Verwaltung auf elektronischem Wege erleichtern, sondern auch die Arbeit innerhalb von Verwaltungen. Dazu gehört der Einsatz von Software für die digitalisierte Verwaltung. Kaum eine Verwaltungsstelle kommt heute noch ohne den Einsatz von Computern und Netzwerken aus. Im professionellen Einsatz in Organisationen wird dabei in der Regel auf den Monopolisten Microsoft gesetzt, dessen Betriebssystem Windows und dessen Bürosoftware Office weit verbreitet sind. Doch schon seit den Anfängen der Internetnutzung gibt es Alternativen zu kommerziellen Programmen: die → freie Software.

Als freie Software werden Programme und Anwendungen bezeichnet, deren Nutzer_innen es explizit erlaubt ist, den Quellcode – also die Funktionsweise und Zusammensetzung der Software – einzusehen, zu verändern und weiterzuverbreiten. Freie Software ist das Gegenstück zu Software, die von privaten Unternehmen entwickelt und lediglich zur Nutzung verkauft oder lizenziert wird. Während bei dieser so genannten proprietären Software der Programmcode weder einsehbar noch veränderbar ist, wird genau darauf bei freier Software der Schwerpunkt gelegt.

Ein weit verbreiteter Irrglaube ist, dass freie Software immer *frei* im Sinne von *kostenlos* ist. Auch freie Software darf verkauft werden. Zwingend ist dabei aber,

dass kommerziell gehandelte freie Software den Nutzer_innen die Möglichkeit geben muss, den Programmcode zu lesen, zu verändern und zu verbreiten.

In den letzten 30 Jahren hat sich weltweit eine riesige Szene von Entwickler_innen freier Software herausgebildet, die besonders durch die Verbreitung des Internets einen starken Schub erlebte. Aus dem privaten Bereich ist das Betriebssystem Linux am bekanntesten, es gibt aber auch freie Software, die für kommerzielle Betriebssysteme wie Microsoft Windows oder Mac OS von Apple entwickelt wurde. Menschen arbeiten in der freien Softwaregemeinde weltweit gemeinsam an der Entwicklung und Verbesserung von Betriebssystemen und Software für nahezu jeden Anwendungsbereich. Zu fast jeder kommerziellen Software existiert heute eine alternative freie Variante, egal ob Bildbearbeitung, Office-Anwendungen oder Programme für den betrieblichen Einsatz. Freie Software bietet eine Reihe von Vorteilen gegenüber kommerzieller beziehungsweise geschlossener Software, die auch im professionellen Einsatz zum Tragen kommen.

Datenschutz und Sicherheit: Da freie Software in der Regel von einer weltweiten losen Gemeinschaft von Programmierer_innen entwickelt wird, können Fehler oder Sicherheitslücken in der Software schnell entdeckt werden. Bei Herstellern geschlossener Software dauert es oft deutlich länger, bis Fehler gefunden und per Softwareupdates behoben werden.

Unabhängigkeit von Herstellern: Da freie Software zudem von vielen verbessert werden kann, machen sich die Nutzer_innen unabhängig von privatwirtschaftlichen Softwareunternehmen. Bei nicht-freier Software werden in der Regel Nutzungslizenzen für bestimmte Zeiträume verkauft, sind diese Lizenzen abgelaufen, darf das Programm nicht weiter verwendet werden. Ähnlich verhält es sich mit Updates für diese Software (zum Beispiel bei Betriebssystemen wie Microsoft Windows). Freie Software hingegen kann uneingeschränkt genutzt werden. Dies ist womöglich einer der wichtigsten Vorteile beim Einsatz freier Software in öffentlichen Verwaltungen. Denn gerade diese sind auf ein Funktionieren ihrer Computersysteme angewiesen und sollten ihre Aufgaben unabhängig von Lizenzbedingungen privater Softwarekonzerne bewältigen können.

Größere Flexibilität, verbunden mit möglicher regionaler Wirtschaftsförderung: Bei freier Software ist der Programmcode einsehbar und es besteht die Möglichkeit, die Software den eigenen Anforderungen anzupassen. So können etwa weitere Funktionen eingefügt werden. Bei nicht-freier Software ist dies nicht, beziehungsweise nur über den Umweg von in der Regel teuren Anpassungen durch den eigentlichen Hersteller möglich. Wenngleich die Anwendungen freier Software in der Regel kostenfrei sind, entstehen durch den laufenden Betrieb gerade in größeren Organisationen dennoch dauerhaft Kosten. Dabei handelt es sich zum Beispiel um das Einspielen von Updates, Fehler-

behebungen oder die Wartung der Hardware, also der im Einsatz befindlichen Computer. Darüber hinaus können Weiterentwicklungen im professionellen Softwareeinsatz und Anpassungen an die eigenen Anforderungen durch Dienstleistungsunternehmen nötig werden. Das Geld, das für solche Arbeiten ausgegeben werden muss, kann jedoch beim Einsatz freier Software an Dienstleister aus der Umgebung gezahlt werden, und so Arbeitsplätze sichern und schließlich auch zusätzliche Steuereinnahmen generieren.

Stärkung der freien Software: Größere Organisationen haben oft den Bedarf nach spezifischen Softwarefunktionen, die ihre jeweiligen Prozesse abbilden und bearbeiten können. Auch im Bereich der öffentlichen Verwaltung sind spezifische Anpassungen etwa im Bereich des Dokumentenmanagements und der Verwaltung von Vorlagen, Formularen und Briefköpfen vorstellbar. Beim Einsatz freier Software kann der Programmcode dahingehend verändert werden, dass bestimmte zusätzliche Funktionen nutzbar sind. Ganz im Sinne der Freien-Software-Idee können diese Weiterentwicklungen, die im Auftrag von Kommunen und Verwaltungen entstehen, an die Entwicklungsgemeinde der freien Software zurückgegeben werden. Damit wird das Angebot an verfügbarer freier Software gestärkt: Vielleicht gibt es ja irgendwo eine Organisation, die eine bestimmte Weiterentwicklung gern für ihre Arbeit nutzen möchte.

Der Einsatz freier Software ist allerdings mit Herausforderungen für Organisationen und deren Akteur_innen verbunden, die nicht verschwiegen werden sollen. Ein wichtiger Punkt ist dabei, dass nicht für alle Anwendungsbereiche bereits fertige freie Software entwickelt wurde. Besonders bei sehr spezialisierten Anforderungen oder wenn Software nur von wenigen Anwender_innen oder Organisationen benötigt wird, kann es vorkommen, dass keine alternative freie Software zur Verfügung steht.

Außerdem ist – das wurde bereits angesprochen – auch die Anwendung und Wartung von freier Software mit Kosten verbunden. Zwar lässt sich auf lange Sicht ein Teil der Lizenzkosten durch freie Software einsparen, aber die Betreuung von Systemen und deren Weiterentwicklung sind nicht umsonst zu haben.

Wenn größere Organisationen wie öffentliche Behörden und Verwaltungen auf die Nutzung freier Software und »neuer« Anwendungen umsteigen, ist eine der größten Herausforderungen, die Akzeptanz bei den Nutzer_innen zu schaffen. Viele Mitarbeiter_innen in den Verwaltungen sind an die Nutzung einer bestimmten Software gewöhnt, sei es das am weitesten verbreitetste Betriebssystem Microsoft Windows oder auch die Microsoft Office Bürosoftware, die diese auch von ihrem privaten PC zu Hause kennen. Widerstände gegen einen Umstieg auf freie Software, die ihnen bisher unbekannt ist, oder Unsicherheiten, ob sie die freie Software überhaupt bedienen können, müssen ernst genommen

werden. Ein erfolgreicher Umstieg auf freie Software in Verwaltungen lässt sich nur gemeinsam mit den Beschäftigten bewältigen.

Um die Kosten und den Schulungsaufwand bei Mitarbeiter_innen übersichtlich zu halten, aber auch um auf Widerstände und Unsicherheiten besser reagieren zu können, sind für einen Umstieg auch Teillösungen in Erwägung zu ziehen. Es ist nicht nötig, sofort auf ein freies Betriebssystem und komplett neue freie Anwender_innensoftware zu setzen. So gibt es auch für Microsoft Windows gut entwickelte Alternativen (z.B. OpenOffice oder LibreOffice) zum Einsatz von Microsoft Office als Standardsoftware für Büroanwendungen. Eine Verwaltung könnte (vorerst) bei Windows als Betriebssystem bleiben, für Büroanwendungen allerdings (Textverarbeitung, E-Mail, Internetbrowser) auf freie Software umsteigen. Entscheidend ist die politische Absicht, sich von der Abhängigkeit einzelner Monopolisten im Softwarebereich zu verabschieden und Alternativen zu prüfen.

Freie Software in der Landeshauptstadt München (LiMux)

Das bisher größte Freie-Software-Projekt für die öffentliche Verwaltung läuft seit 2003 in der bayerischen Landeshauptstadt München. Dort hatte die Firma Microsoft, deren Betriebssystem Windows in München genutzt wurde, angekündigt, dass für die existierenden Computerarbeitsplätze keine Verlängerung der damaligen Windows-Lizenzen mehr angeboten würde. Es stellte sich also die Frage, ob für die rund 15.000 Arbeitsplätze neue Windows-Lizenzen erworben werden oder ob alternative Betriebssysteme genutzt werden sollten. Nach einer Abwägung verschiedener Möglichkeiten entschied sich der Münchener Stadtrat schließlich für die Umstellung der Arbeitsplätze auf freie Software.

In München wurde auf Basis des freien Betriebssystems Linux eine angepasste Variante für die Verwaltungsarbeitsplätze (LiMux) entwickelt und Schritt für Schritt auf diesen installiert. Zusätzlich wurde eine eigene Software für die Dokumenten- und Formularverwaltung (WollMux) erarbeitet und zum Einsatz gebracht. Nach Aussage von Münchens Oberbürgermeister wurden seit Beginn des Umstiegs trotz anfänglich hoher Investitionen bisher zwischen vier und sechs Millionen Euro eingespart. Bis 2013 soll die Umstellung auf freie Software in München abgeschlossen sein.

Das Projekt LiMux (der Name setzt sich aus Linux und München zusammen) wird auf den Internetseiten der Stadt München ausführlich dokumentiert: www.muenchen.de/linux.

2.7 Cloud-Computing

Seit einigen Jahren entwickelt sich das so genannte → Cloud-Computing. Der Begriff Cloud (deutsch: Wolke) kommt wahrscheinlich daher, dass in Büchern und Fachartikeln entfernte Computernetzwerke, auf die man mit dem eigenen Computer zugreifen kann und in denen Daten gespeichert oder verarbeitet werden, durch eine Wolke dargestellt werden. Cloud-Computing nennt man das Auslagern von Rechenleistung, nutzbarer Software oder großer Datenmengen in ein entferntes Rechenzentrum über das Internet. Beim Cloud-Computing werden grundsätzlich drei Varianten von Diensten unterschieden:

Infrastructure as a Service (IaaS)

Beim IaaS mieten Kund_innen Rechenleistung in einem entfernten Rechenzentrum über ein Netzwerk (z.B. über das Internet). Je nachdem wie viel Rechenleistung zu einer bestimmten Zeit gebraucht wird, kann diese dynamisch durch den Cloud-Anbieter zugeschaltet werden. So können besonders rechenintensive Datenverarbeitungen in der Cloud durchgeführt werden, ohne dass man selbst besonders leistungsfähige Computer besitzen muss.

Platform as a Service (PaaS)

Kund_innen, die einen PaaS-Dienst nutzen, können fertig konfigurierte Computersysteme in der Cloud nutzen, um eigene Anwendungen darauf zu programmieren und ablaufen zu lassen. Dabei haben Kund_innen zwar keinen Zugriff auf die Konfiguration der genutzten Rechenleistung (Hardware und Betriebssystem), können aber die Software selbst entwickeln und anpassen.

Software as a Service (SaaS)

Bei diesem Modell können Kund_innen vorkonfigurierte Software und Programme in der Cloud ausführen und nutzen. Dazu benötigt man lediglich einen internetfähigen Computer, da die meisten solcher Anwendungen in einem Webbrowser genutzt werden können. Zu diesen Anwendungen gehören z.B. Textverarbeitung oder Kollaborationswerkzeuge.

Die Vorteile des Cloud-Computing bestehen vor allem darin, dass eine Organisation, die diese Services nutzen möchte, keine teuren Investitionen in eigene Hardware tätigen muss, sondern die benötigte Leistung sowie die benötigten Dienste bei Cloud-Anbietern mieten kann. Cloud-Computing wird längst von Privatanwender_innen genutzt, oft ohne dass diese sich dessen bewusst sind. Wenn jemand seine privaten E-Mails auf der Internetseite eines E-Mail-Anbieters (z.B. GoogleMail, AOL oder web.de) liest, bearbeitet und versen-

det, dann geschieht dies auf den Computern dieser jeweiligen Anbieter in der so genannten Wolke.

Für Organisationen (und damit auch Verwaltungen) sind solche Cloud-Computing-Dienste grundsätzlich interessant, da sie helfen können, Ausgaben zu sparen. Wenn Datenverarbeitungen und -speicherungen in der Cloud erfolgen, wird keine eigene leistungsfähige Rechnerkapazität vor Ort mehr benötigt. Damit könnten Investitions-, Wartungs-, Lizenz- und Personalkosten eingespart werden.

In der öffentlichen Verwaltung hat sich das Cloud-Computing noch nicht durchsetzen können. Dies liegt vor allem an Bedenken hinsichtlich von Datenschutz und Datensicherheit. Beim Cloud-Computing in der Verwaltung würden sensible Daten und Informationen von Bürger_innen in die Wolke transferiert und dort gespeichert und verarbeitet. Da die dortigen Rechner für die verantwortlichen Stellen meist nicht vor Ort kontrollierbar sind, kann nicht zu 100% sichergestellt werden, dass sensible Informationen nicht von unbefugten Dritten eingesehen werden können. Der Schutz personenbezogener Daten von Bürger_innen und der Verwaltung kann damit nicht garantiert werden. Darüber hinaus müssen sich Kund_innen von Cloud-Diensten darauf verlassen können, dass die Datensicherheit jederzeit gewährleistet ist, die gespeicherten Daten also vor Verlust oder Zerstörung geschützt werden. Auch dies kann nicht garantiert werden, weshalb im besonders sensiblen Bereich der öffentlichen Verwaltung Cloud-Computing nur zögerlich eingesetzt wird. Die genannten Probleme werden zusätzlich dadurch vergrößert, dass ein Großteil der kommerziellen Cloud-Anbieter seine Rechenzentren in den USA oder anderen Ländern unterhält. Da in anderen Ländern (selbst innerhalb der Europäischen Union) andere Datenschutzgesetze gelten, sind dort der Zugang und die Nutzung sensibler Informationen möglicherweise weniger stark eingeschränkt. Da Deutschland über eine der stärksten Datenschutzgesetzgebungen verfügt, wird besonders für hiesige Organisationen dieses Problem so schnell nicht gelöst werden.

Auch wenn einige knifflige Probleme also erst noch gelöst werden müssen, bietet Cloud-Computing dennoch einige spannende Perspektiven für die zukünftige IT-Landschaft auch der öffentlichen Verwaltungen. Diese Entwicklungen sollten deshalb nicht aus den Augen verloren werden.

Kapitel 3

Transparenz und Bürger_innenbeteiligung – Kommunale Politik im Internet darstellen

Kommunalpolitik ist der politische Bereich, in dem der Kontakt von Wählenden und Gewählten am direktesten ausgeprägt ist. Kommunalpolitik lebt von der Verankerung in der Gesellschaft und der Bindung an Bürger_innen, ihre Nöte, Sorgen und Ideen. Es sollte daher immer im Interesse von kommunalen Mandatsträger_innen liegen, ihre Arbeit gegenüber Bürger_innen möglichst einfach nachvollziehbar zu machen. Kommunale Vertretungen sollten schließlich ihre Entscheidungen im direkten Austausch mit den Menschen vor Ort diskutieren und fassen. Nur gut informierte Bürger_innen können ihre Interessen artikulieren und sich an politischen Prozessen beteiligen.

Besonders für linke Kommunalpolitiker_innen sollten Transparenz und Beteiligung nicht nur allgemeines Bekenntnis bleiben, sondern sich auch und vor allem in der praktischen Arbeit widerspiegeln. Kommunalpolitik ist für Linke kein Selbstzweck, sondern orientiert sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Idee einer sozialeren und gerechteren Gesellschaft – auch im Kleinen. Eine transparente Politik und die Einbindung von Bürger_innen in Entscheidungen, die diese direkt betreffen, hilft dabei einerseits, Menschen zur aktiven Mitarbeit zu befähigen und gibt andererseits politischen Entscheidungen eine größere Legitimation. Die Identifikation mit dem direkten politischen und gesellschaftlichen Umfeld stärkt schließlich eine mündige und emanzipierte Gesellschaft.

3.1 Ratsinformationssysteme für Transparenz: bürgerfreundlich und behindertengerecht

Mit dem Internet ist es heute möglich, neben den klassischen Methoden wie Zeitung, Gemeindeblatt oder Aushang im Kasten, kostengünstig und umfangreich über politische Prozesse zu informieren und diese allen Bürger_innen transparent zu machen. Dazu gehören auch die Dokumente und Informationen, die im Rahmen der kommunalpolitischen Vertretungen entstehen. In vielen Städten und Gemeinden gibt es bereits so genannte Ratsinformationssysteme, die allerdings oft von kommerziellen Anbietern zur Verfügung gestellt werden. Die Umsetzung dieser Informationssysteme ist dabei sehr unterschiedlich ausgestaltet. In

einigen Kommunen finden sich lediglich sehr knappe Informationen über Beschlüsse oder Anfragen kommunaler Parlamente. Manche Ratsinformationssysteme sind zwar inhaltlich umfassend, allerdings nur schwer bedienbar, benutzerunfreundlich und unübersichtlich. In anderen dagegen werden Informationen benutzernah, umfassend und im Volltext zur Verfügung gestellt.

Wenn Ratsinformationssysteme eingeführt oder aktualisiert werden sollen, muss etwa die optische und technische Gestaltung so realisiert werden, dass auch Gelegenheitsnutzer_innen die Informationen finden, die sie suchen. Dies bedeutet vor allem eine sinnvolle Strukturierung der Inhalte. Da Suchstrategien unterschiedlich sind, sollten Dokumente und Informationen z.B. sowohl thematisch als auch chronologisch aufbereitet sein. Miteinander zusammenhängende Dokumente oder Vorgänge sollten auch gemeinsam dargestellt werden und verfügbar sein. Oft werden Drucksachen oder Berichte nur als PDF-Dateien verfügbar gemacht. Dies ist zum einen aus Sicht der Nutzerfreundlichkeit problematisch, da dafür ein PDF-Reader vorhanden sein muss. Zum anderen ist die Veröffentlichung von Dokumenten als reiner Text innerhalb des Ratsinformationssystems sinnvoll, um etwa eine Weiterverwendung zu vereinfachen (z.B. das Kopieren von einzelnen Textstellen oder das Verwenden in → OpenData-Portalen).

Ratsinformationssysteme sollten Dokumente und Informationen immer vollständig enthalten. Dazu gehören die gesamten Drucksachen, Berichte und Antworten auf Fragen der Mandatsträger_innen. Ebenfalls nicht fehlen sollten die Informationen über Ausschüsse, die kommunalen Vertreter_innen, die Fraktionen sowie über die Sitzungen des Kommunalparlaments. Wenn nur Überschriften erwähnt werden, die eigentlichen Texte nicht zugänglich oder verlinkt sind, sind Tagesordnungen und Drucksachen wenig informativ.

Besonders wichtig für die Information von Bürger_innen ist die Aktualität der Einträge. Es sollte jedem und jeder die Möglichkeit eingeräumt werden, sich in die Diskussion zu anstehenden Entscheidungen einzubringen. Eine Berichterstattung über Beratungen von Ausschüssen oder Versammlungen, nachdem diese abgeschlossen sind, reicht nicht. Daher sind vollständige Einladungen, Tagesordnungen und Dokumente zu anstehenden Beratungen vorab bereitzustellen. Schließlich sollten Ratsinformationssysteme auch immer über die Folgen und Umsetzungen von politischen Beschlüssen informieren. Bürger_innen wie auch kommunale Vertreter_innen können so mit wenig Aufwand kontrollieren, ob und wie kommunalpolitische Beschlüsse umgesetzt werden.

Kommunale Ratsinformationssysteme sollten darüber hinaus auch auf die Barrierefreiheit der Angebote achten, damit zum Beispiel Menschen mit eingeschränkter Sehfähigkeit nicht ausgeschlossen werden. Für diese ist das Lesen von Bildschirmhalten oft nur mit Hilfsprogrammen möglich. Damit die-

se Programme die Inhalte auch korrekt wiedergeben können, sind bestimmte Formate und Standards einzuhalten (siehe auch Kapitel 2 »E-Government und digitale Verwaltung«).

Neben der Barrierefreiheit muss (je nach Bedarf) auf Mehrsprachigkeit geachtet werden. Gibt es in einer Kommune viele Menschen aus anderen Sprachräumen, sollten Informationen in diesen Sprachen angeboten werden. Damit wird es auch diesen Menschen ermöglicht, sich über Kommunalpolitik zu informieren und sich einzumischen – und dies nicht nur vor dem Hintergrund eines kommunalen Wahlrechts für Menschen aus der Europäischen Union.

Die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Saarbrücken hat im Jahr 2009 einen Antrag zur Einrichtung eines Ratsinformationssystems eingebracht, der die wichtigsten Bestandteile einer informativen Plattform einschließt und eine gute Grundlage darstellt:

Bürgerfreundlicher und behindertengerechter Web-Auftritt

des Regionalverbandes Saarbrücken

Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für einen bürger_innenfreundlichen und behindertengerechten Web-Auftritt des Regionalverbandes zu erstellen. Das Konzept soll insbesondere die Lesbarkeit der Homepage für Sehbehinderte gemäß WCAG (Web Content Accessibility Guidelines 1999) sicherstellen sowie ein sogenanntes Ratsinformationssystem beinhalten, das über Termine und Tagesordnungen der Sitzungen informiert. Außerdem sollen die Web-Seiten den Bürgerinnen und Bürgern alle im Regionalverband verwendeten Formulare zum Download zur Verfügung stellen.

Begründung: Der Regionalverband Saarbrücken verfügt über ein informatives Web-Angebot in Bezug auf die Aufgaben, Fachbereiche und auch die Ansprechpartner des Regionalverbandes. Der Bereich die Regionalversammlung und ihre Ausschüsse betreffend liegt dagegen weitgehend brach. Nirgends auf den offiziellen Seiten kann der Besucher Informationen über die nächsten Sitzungen erhalten oder Tagesordnungen einsehen. Auch kann er nicht ohne weiteres einsehen, wer in welchem Ausschuss und in welcher Stärke vertreten ist. In vielen Städten und Gemeinden findet sich ein sogenanntes Ratsinformationssystem, so auch in der Landeshauptstadt. Dort finden sich die Termine der Ausschüsse und Versammlungen, eine Aufzählung aller Gremien, die Mitglieder der Gremien sowie weitere Informationen. Wenige Tage vor jedem Termin wird zudem die Tagesordnung beigelegt. Damit erhält der interessierte Besucher einen Ein-

blick in die Tagungsgegenstände und kann sich seinerseits weiter informieren, sowie die öffentlichen Sitzungen besuchen.

Schlecht sieht es (im wahrsten Sinne des Wortes) auch mit der Behindertenfreundlichkeit des Web-Angebotes aus. Für Sehbehinderte sind die Seiten schwer bzw. nicht lesbar. Die Standards für behindertenfreundliche Seiten gemäß WCAG oder Barrierefreie Informationstechnik Verordnung (BITV) sehen u.a. mehrstufige Vergrößerung der Schrift, Zoom der gesamten Seite, Nur-Text-Funktion und eine kontrastreichere schwarz-weiß-Funktion vor.

Für den Regionalverband Saarbrücken sollte es im Computerzeitalter selbstverständlich sein, ein den Interessen und Bedürfnissen der Bevölkerung angepasstes Web-Angebot vorzuhalten.

3.2 Offene Daten (Open Data) für informierte Bürger_innen

Die gesammelten Daten und das Wissen über politische und gesellschaftliche Verhältnisse, Umweltbedingungen, Finanzhaushalte und vieles andere mehr, waren bis vor kurzem weitgehend Herrschaftswissen. Behörden, Verwaltungen und Ministerien hüteten diese wie einen Schatz und gaben sie selbst untereinander kaum heraus – von einer aktiven Veröffentlichung der angehäuften Erkenntnisse ganz zu schweigen. In den letzten Jahren entwickelt sich in den westlichen Demokratien immer mehr die Forderung, diese Daten offenzulegen. Zögerlich wurden in den Parlamenten verschiedener Länder Informationsfreiheitsgesetze verabschiedet und schrittweise konnte eine Öffnung der »Datenkammern« für Parlamentarier_innen oder auch für Journalist_innen durchgesetzt werden. Auch in Deutschland existieren auf Bundes- wie auf Landesebene mit einigen Ausnahmen (Niedersachsen, Hessen, Sachsen, Baden-Württemberg, Bayern) Informationsfreiheitsgesetze, die unterschiedlich stark ausgeprägt sind.

Aber auch auf kommunaler Ebene können sich Politiker_innen für Informationsfreiheit, das heißt für die proaktive Veröffentlichung von Daten und Informationen einsetzen:

Entwurf einer Mustersatzung »Kommunale Informationsfreiheitssatzung« auf der Seite des Kommunalpolitischen Forums Brandenburg:
<http://gleft.de/8x>

Verwaltungshandeln stützt sich grundsätzlich auf Informationen und Daten. Dazu zählen Haushaltsdaten, Umweltdaten, Verkehrsdaten, sozialdemografische Daten, Gesundheitsdaten u.v.m. All diese Informationen sind in der Regel von staatlichen Stellen selbst oder in staatlichem Auftrag von Dritten erhoben worden. Sie sind damit unmittelbar oder mittelbar durch öffentliche Gelder finanziert. Wenn Bürger_innen also über Steuern und Abgaben all diese Daten finanziert haben, sollten diese ihnen selbstverständlich zur Verfügung gestellt werden.

Dieser Forderung hat sich die Open Data-Bewegung verschrieben. Die freie Online-Enzyklopädie Wikipedia beschreibt den Gedanken dahinter wie folgt: »Open Data ist eine Idee oder Bewegung mit der Absicht Daten öffentlich frei verfügbar und nutzbar zu machen. Sie beruht oft auf der Annahme, dass vorteilhafte Entwicklungen eingeleitet werden, wenn Daten für jedermann frei zugänglich gemacht werden.«

Definition offener Daten

In den USA hat die Open Government Arbeitsgruppe schon Ende 2008 acht Prinzipien für offene Daten formuliert. Das deutsche Open Data Network e.V. hat diese ins Deutsche übersetzt:

1. Vollständigkeit: Alle öffentlichen Daten werden verfügbar gemacht. Als öffentliche Daten werden hierbei Daten verstanden, die nicht berechtigten Datenschutz-, Sicherheits- oder Zugangsbeschränkungen unterliegen.

2. Primärquelle: Die Daten werden an ihrem Ursprung gesammelt. Dies geschieht mit dem höchstmöglichen Feinheitsgrad, nicht in aggregierten oder sonst wie modifizierten Formaten.

3. Zeitnah: Daten werden so zügig wie zur Werterhaltung notwendig zur Verfügung gestellt.

4. Zugänglich: Daten werden so vielen Nutzern wie möglich für möglichst viele Verwendungszwecke bereitgestellt.

5. Maschinenlesbar: Daten werden zur automatisierten Verarbeitung strukturiert zur Verfügung gestellt.

6. Nicht diskriminierend: Daten sind für Alle verfügbar, ohne dass eine Registrierung notwendig ist.

7. Nicht proprietär: Daten werden in standardisierten Formaten bereitgestellt, über die keine juristische Person die alleinige Kontrolle hat.

8. Lizenzfrei: Daten unterliegen keinem Urheberrecht, Patenten, Markenzeichen oder Geschäftsgeheimnissen. Sinnvolle Datenschutz-, Sicherheits- und Zugangsbeschränkungen sind zulässig.

Weiterführende Informationen im Internet: Initiative der Digitalen Gesellschaft e.V. für Open Data in Kommunen: www.opendata-kommunen.de; Open Data Network e.V.: www.opendata-network.org; Open Knowledge Foundation Deutschland: www.okfn.de

Mit Open Data (für den staatlichen Bereich auch Open Government Data genannt) soll die interessierte Öffentlichkeit die Möglichkeit bekommen, mit freizugänglichen und verwendbaren öffentlichen Daten ihre politische und gesellschaftliche Umgebung neu zu interpretieren. Es ist gerade im Interesse linker Kommunalpolitiker_innen Herrschaftswissen aufzubrechen und Bürger_innen zu selbstbestimmter politischer Einmischung zu ermutigen. So kann auch die relativ neue Form des Datenjournalismus Missstände verschiedenster Art durch die Kombination von auf den ersten Blick unscheinbaren Informationen aufdecken. Ein Beispiel: Durch die Verbindung von Luftgütemesswerten mit Informationen über Mietpreise oder soziodemografische Lage der Einwohner_innen können mitunter sachdienliche Rückschlüsse auf fehlgeleitete Raum- oder Bauplanungen gezogen werden.

Offene Daten können Politik transparenter und verständlicher machen. Allein die grafische Darstellung von staatlichen Haushalten kann helfen, die Struktur und Verteilung öffentlicher Gelder zu verstehen. Ein anschauliches Beispiel liefert www.offenerhaushalt.de. Die Website ist ein Projekt der Open Knowledge Foundation Deutschland e.V., die sich für die Veröffentlichung, Nutzung und Wiederverwendung von offenem Wissen einsetzt. Auf ihr werden die einzelnen Titel des Bundeshaushalts in ihren jeweiligen Kapiteln grafisch dargestellt und die Informationen können für eigene Zwecke weiterverwendet werden.

Beispiele:

Offener Haushalt Frankfurt: Ebenfalls von der Open Knowledge Foundation Deutschland wurde ein gleichartiges Haushaltsportal für die Stadt Frankfurt/Main unter <http://haushalt.frankfurt-gestalten.de> realisiert, die diese Anwendung für einen kommunalen Haushalt anschaulich macht.

Wheelmap.org: Die Internetseite www.wheelmap.org sammelt aus öffentlichen Quellen und durch die Mitarbeit von Menschen, Informationen über rollstuhlgerechte Orte. Wenngleich wheelmap.org kein Open Data-Projekt im engeren Sinne ist, zeigt es Möglichkeiten zur Sammlung und Aufbereitung von Daten und Informationen auf.

Solche und ähnliche Projekte können durch Kommunalpolitiker_innen aktiv unterstützt werden, indem kommunale Daten und Informationen bereitgestellt werden. Darüber hinaus können linke Politiker_innen auch über Anträge und Initiativen ähnliche Projekte mit kommunalem Bezug anstoßen.

Open Data bietet daneben auch Vorteile im Bereich der regionalen Wirtschaft. Umfassende öffentliche Datenportale bieten eine Grundlage für innovative Dienste und Anwendungen, die neue Unternehmensgründungen fördern können. Damit werden Technologiestandorte gestärkt und mittel- bis langfristig auch zusätzliche Einnahmen für die öffentliche Hand generiert.

Ein umfassenderes, nicht nur auf ein Thema bezogenes Beispiel:

Open Data Stadt Bonn

Die Linksfraktion im Rat der Stadt Bonn hat im November 2011 einen Antrag zur Einrichtung eines Open Data Portals für Bonn eingereicht:

Antrag: »Bei der Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung in Bonn ist ein ständiges Datenportal auf der Internetseite www.bonn.de einzurichten, das sich an den Open Data Prinzipien orientiert und den freien Zugang zu städtischen Daten ermöglicht. Dieses Datenportal soll nach dem Vorbild der Open Data Projekte anderer Städte wie Berlin oder London ausgerichtet werden, um den Zugang zu relevanten Daten der Stadt zu erleichtern, neue Nutzungen anzuregen und gemeinsam den Dialog von Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung und Unternehmen zu fördern. Lediglich personenbezogene Daten sowie Informationen über Geschäftsgeheimnisse unterliegen weiterhin einem Veröffentlichungsverbot. An der konkreten Umsetzung werden auch Datenschutzbeauftragte beteiligt. Das Portal soll außerdem die Möglichkeit zur Interaktion bieten, um Fragen und Feedbacks zu ermöglichen. Die Verwaltung informiert den Fachausschuss regelmäßig über Umsetzungsstand und Fortentwicklung.«

Begründung: »Bonn soll Stadt der Transparenz und Bürgerbeteiligung werden. Das setzt voraus, dass relevante Informationen und Daten zu Vorgängen und Entwicklungen in der Kommune frei zugänglich sind. Die umfassende Informationsmöglichkeit ist die Grundlage jeder Form von Bürgerbeteiligung an kommunalen Abläufen. Dabei ist ein verständlicher, niedrighschwelliger und umfassender Zugang zu relevanten Datensätzen wünschenswert. Nach den Open Data Prinzipien soll eine einfache Verwendung beispielsweise in Excel-Tabellen oder in Form anderer Datensätze ermöglicht werden. Dritte können so auf die Daten zur Entwicklung von Anwendungen zurückgreifen, die die Daten zur grafischen Darstel-

lung oder zur mobilen Nutzung kombinieren und aufbereiten. Die bisherige Darstellung ausgewählter statistischer Daten im Internangebot der Statistikstelle der Stadt Bonn ist begrüßenswert, wird aber den Ansprüchen einer dialogorientierten offenen Nutzung nicht gerecht. Das Portal soll perspektivisch städtische Datensätze aus allen Zuständigkeitsbereichen zur Verfügung stellen.«

Nach Beratungen des Antrages in den zuständigen Ausschüssen wurde folgender Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und Bündnis'90/ Die Grünen einstimmig beschlossen:

- »Open Data wird als Standard für alle öffentlichen Informationen der Stadt Bonn eingeführt
- Die Stadt Bonn erarbeitet sich Leitlinien zur Umsetzung eines eigenen Open Data Standards für alle, von ihr geführten öffentlichen Informationen
- Die Stadtverwaltung initiiert den Aufbau einer Open Data-Arbeitsgruppe aus Politik, Initiativen und Verwaltung zur
 - Definition und Erarbeitung der Open Data-Leitlinien
 - zur Konzeption eines Open Data-Fahrplanes Bonn
 - und zur Erstellung einer Road Map zur Umsetzung

3.3 Kommunale Bürger_innenbeteiligung ausbauen

Information und Transparenz, die Veröffentlichung von Daten und Informationen der kommunalen Verwaltung, sind kein Selbstzweck. Sie sind vielmehr die Grundlage für das Einmischen informierter Bürger_innen in kommunale Belange. Gerade wenn es darum geht, die Probleme vor Ort zu lösen, kann auf den Sachverstand der Bevölkerung nicht verzichtet werden. So gehören Bürgerdeputierte oder auch sachverständige Bürger_innen zum festen Bestandteil kommunalpolitischer Institutionen.

Bürger_innenbeteiligung hat in letzter Zeit an Gewicht gewonnen. Oft wird diese im Zusammenhang und als Konsequenz aus Protesten gegen Großprojekte wie den Stuttgarter Bahnhof S21 oder auch im Rahmen von Bürgerhaushalten, also Partizipation bei kommunalen Haushaltsentscheidungen, eingefordert. Mehr direkte Beteiligung von Bürger_innen an politischen Entscheidungen soll deren Akzeptanz erhöhen. Zudem soll durch mehr Mitbestimmung der Wille der Bevölkerung besser in praktische Politik einbezogen werden.

Auch hier bietet das Internet immense Möglichkeiten. Klassische Beteiligungsprojekte finden in der Regel in Form von Bürger_innenforen oder Bürger_

innenversammlungen statt. Wer daran teilnehmen möchte, muss dazu räumlich anwesend sein. Dazu ist zum einen Zeit erforderlich und zum anderen vor allem im ländlichen Raum auch ein Mindestmaß an Mobilität. Für viele Menschen ist dies nicht immer zu realisieren. Bei Berufstätigen geht eine solche Form von Beteiligung immer zu Lasten der Zeit mit der Familie. Bei Erwerbslosen wiederum fehlt es oft an den nötigen finanziellen Mitteln, um etwa Fahrten mit Bus, Bahn oder PKW bezahlen zu können. Die zunehmende Verbreitung des Internets schafft neue Möglichkeiten, Bürger_innenbeteiligungsprojekte getrennt von konkretem Ort und konkreter Zeit umzusetzen.

Am Anfang steht die Information

Grundlage einer jeden Bürger_innenbeteiligung – egal ob online oder offline – sind umfassende Informationen über die Sachverhalte, die es zu diskutieren gilt. Wenn die Bevölkerung in Diskussionen und Entscheidungen einbezogen werden soll, müssen die gleichen Informationen zur Verfügung gestellt werden, wie sie auch den Kommunalpolitiker_innen vorliegen. Das Internet kann also einmal für umfassende Informationsvermittlung genutzt werden, das gilt auch (neben der nicht-digitalen Information) für herkömmliche Beteiligungsformate wie Bürgerbegehren. Hier können mit geringen Kosten und wenig Aufwand Dokumente und Hintergrundwissen im Zusammenhang mit dem Thema des Begehrens zugänglich gemacht werden.

Die Veröffentlichung von Informationen im Internet ist im Verhältnis zu herkömmlichen Methoden (Amtsblätter, Aushänge, etc.) nicht nur deutlich kostengünstiger und schneller realisierbar, sie kann insbesondere den Ansprüchen linker Kommunalpolitik Rechnung tragen, wenn sie noch umfassender als bisher verbreitet, mehrsprachig, barrierefrei und vollständig aufbereitet werden.

Möglichkeiten und Grenzen darstellen

Allerdings sollte man sich nicht blindlings in die Umsetzung von Bürger_innenbeteiligung über das Internet stürzen. Vor allem Projekte, die auf eine Mitwirkung breiter Bevölkerungsschichten ausgerichtet sind, müssen sorgsam vorbereitet werden. Eine Voraussetzung ist eine klare Definition dessen, was mit einem Beteiligungsprozess genau erreicht werden soll. Allen Teilnehmer_innen muss vor Beginn des Prozesses klar sein, welche Auswirkungen ihre aktive Teilhabe am Ende haben wird. Bürger_innenbeteiligung kann unterschiedliche Ziele verfolgen: Das Erheben von Meinungsbildern zu bestimmten Fragen, das Aussprechen von unverbindlichen Empfehlungen an (kommunal-)politische Entscheidungsträger_innen oder tatsächlich verbindliche Entscheidungen durch die Teilnehmenden selbst. Besonders in Hinblick auf die Motivation der angesprochenen Bürger_innen ist diese Klärung unerlässlich. Eine Scheinbe-

teiligung, die die Beiträge der Bevölkerung am Ende gar nicht endgültig einbezieht, wirkt demotivierend. Damit würden zukünftige Bürger_innenbeteiligungsprojekte erschwert.

Technischen Zugang und Kompetenzen ermöglichen

Neben einer klaren Definition von Thema und Ziel der Mitwirkung, sollte man klären, welche Zielgruppe zur Beteiligung aufgefordert werden soll und ob diese Zielgruppe mit dem jeweils gewählten Mittel (z.B. einer Online-Beteiligung) erreicht werden kann. Noch immer haben nicht alle Menschen die gleichen Voraussetzungen, um aktiv an Entscheidungsprozessen im Internet teilzunehmen, allein bei der Verfügbarkeit von Internetanschlüssen ergibt sich eine digitale Spaltung entlang soziodemografischer Indikatoren (siehe hierzu Kapitel 1.2). Diese sollte vor allem bei der Nutzung von Online-Beteiligungen bedacht werden.

Nutzung des Internets in Deutschland

Der fortlaufende (N)Onliner-Atlas der Initiative d21 erfasst einmal pro Jahr die Internetnutzung in Deutschland. Die Erhebung wird von TNS Infratest durchgeführt. Hier einige ausgewählte Ergebnisse der letzten Jahre:

Internetnutzung nach Altersgruppen (2012)

- 14-19 Jahre: 97,7%
- 20-29 Jahre: 96,9%
- 30-39 Jahre: 94,1%
- 40-49 Jahre: 87,9%
- 50-59 Jahre: 76,6%
- 60-69 Jahre: 60,4%
- 70+ Jahre: 28,2%

Internetnutzung nach Bildung (2012):

- Schüler: 98,2%
- Volks-/Hauptschule: 60,6%
- Weiterbildende Schule: 80,3%
- Abitur: 90,8%
- Studium: 90,7%

Internetnutzung nach Haushaltsnettoeinkommen (2011):

- Unter 1000 Euro: 53,0%
- 1000-2000 Euro: 65,7%
- 2000-3000 Euro: 83,1%
- über 3000 Euro: 92,3%

Die Zahlen des (N)Onliner-Atlas zeigen, dass das Internet etwa von Menschen mit formal niedriger Bildung und mit niedrigen Einkommen weniger genutzt wird. Vor allem linke Kommunalpolitiker_innen dürfen diese Erkenntnisse nicht ignorieren. Auch wenn das Internet ein »Mehr« an Demokratie mit sich bringt, sind immer noch viele Menschen von diesen Möglichkeiten ausgeschlossen. Stärkere Online-Beteiligung auf kommunaler Ebene muss durch begleitende Maßnahmen flankiert werden, für die ein Internetanschluss nicht zwingend notwendig ist. Hier kann auf die bekannten Mittel wie Bürger_innenversammlungen oder Informationen auf dem Postweg zurückgegriffen werden.

Zusätzlich können auch über kommunale Einrichtungen wie Schulen, Bibliotheken, Volkshochschulen oder Seniorenfreizeitstätten besondere Angebote speziell im Zusammenhang mit (Online-)Bürger_innenbeteiligung durchgeführt werden.

Nicht von geringen Beteiligungsquoten demotivieren lassen

Bisherige Beispiele von Online-Bürger_innenbeteiligung auf Bundes- wie auf Landesebene zeigen, dass die Beteiligung oft schleppend anläuft. Es handelt sich um neue Formate von politischer Mitbestimmung, mit denen Staat und Bürger_innen noch wenige Erfahrungen gesammelt haben. Man sollte sich von geringen Beteiligungsquoten nicht irritieren lassen, mehr Mitbestimmung muss auf beiden Seiten erst erlernt und gelebt werden. Diese Prozesse benötigen Zeit und Ausdauer.

Je konkreter die Beteiligungsformate und je konkreter die politischen Auswirkungen solcher Projekte angelegt sind, desto mehr Zuspruch werden diese auch in der Bevölkerung finden. Anfangs niedrige Beteiligungsquoten sollten daher einkalkuliert werden und nicht zur Entmutigung oder gar der Einschätzung führen, dass mehr Mitbestimmung gar nicht gewollt sei. Schließlich haben sich auch bei »alten« Beteiligungsformen wie Bürger_inneninitiativen oder Bürger_innenforen niemals alle Bürger_innen einer Gemeinde beteiligt. Oft werden vor allem Menschen aktiv, die direkt von bestimmten politischen Entscheidungen betroffen sind.

Bürger_innenbeteiligungsprojekte sollten daher vor allem auf die Qualität der Einwände und der Vorschläge achten und nicht ausschließlich deren Anzahl in den Blick nehmen.

5-W von Interaktive Demokratie e.V.

Die 5 W-Fragen politischer Beteiligung: Wer soll an was, womit, wie und wozu beteiligt werden?

1. WER soll sich beteiligen?

Das erste W beschäftigt sich mit der Frage, wer beteiligt werden soll. Dies erscheint auf den ersten Blick trivial. In vielen Fällen liegt es tatsächlich auf der Hand, wer zum Teilnehmerkreis gehören soll: Das Programm einer Partei sollten die Mitglieder der Partei festlegen, für die Gestaltung ihres Sandkastens sollten Vorschläge von den Kindergartenkindern gemacht werden, die ihn später benutzen. Bei anderen Beteiligungsmöglichkeiten wird es jedoch schwieriger. So ist beispielsweise umstritten, ob Parlamente nur von Staatsangehörigen oder von allen Bewohnern gewählt werden sollen oder wie dies bei Volksabstimmungen gehandhabt werden soll. Grundsatz bei dieser Frage muss das demokratische Prinzip sein, dass diejenigen entscheiden sollen, die von einer Entscheidung betroffen sind. Eine eindeutige Festlegung ist in jedem Falle notwendig.

2. WAS ist der Gegenstand der Beteiligung?

Bei einer Beteiligung muss es um einen Sachverhalt oder eine Menge von Sachverhalten gehen. Der Umfang des oder der Sachverhalte kann sehr unterschiedlich sein. Der Sachverhalt kann klar umgrenzt sein, z.B. eine einmalige Bürgerbeteiligung bei einem Baugenehmigungsverfahren oder auch sehr weit gefasst, wie z.B. die dauernde Beteiligung der Mitglieder an allen Belangen einer Organisation.

3. WOMIT soll sich beteiligt werden?

Die Frage nach dem womit betrifft die eingesetzten Mittel. Je nach Teilnehmerkreis sowie Gegenstand und Ziel der Beteiligung sind unterschiedliche Mittel geeignet. Aus dem Spektrum von Mitteln wie u.a. persönlichen Diskussionen, Anhörungsverfahren, Meinungsbildern und Abstimmungen per Handzeichen, Wahlen und Abstimmungen per Urne sowie Aussprachen auf Mitglieder- und Delegiertenversammlungen, Urabstimmungen, elektronischen Diskussionen oder Liquid Democracy gilt es jeweils das Geeignteste auszuwählen.

4. WIE wird das Mittel verwendet?

Die Auswahl der richtigen Mittel alleine reicht jedoch nicht aus. Es sind z.B. Quoren und nötige Mehrheiten, Fristen, Termine und die Art der Akkreditie-

rung vor der Beteiligung festzulegen. Bei allen Mitteln sind auch bei den praktischen Fragen des Einsatzes immer die demokratischen Grundsätze zu beachten, dass jedem Teilnehmer eine Stimme zusteht und dass die Vorgänge überprüfbar sein müssen. Bei Urnenwahlen oder Urabstimmungen muss z.B. die Urne und die Auszählung beobachtet werden können. Bei offenen Abstimmungen muss sehr genau und ggfs. mehrfach gezählt werden und bei größeren Gruppen sind Stimmkarten nötig. Grundsätzlich – insbesondere bei elektronischen Abstimmungen – ist zu beachten, dass demokratische Verfahren nur dann überprüfbar sein können, wenn sie offen stattfinden oder eine echte Wahlurne zum Einsatz kommt.

5. WOZU dient die Beteiligung?

Eine eigene und die abschließende Frage bildet das »danach«. Wozu dient die Beteiligung und welche Auswirkung soll sie haben? Soll nur die Meinung der Teilnehmer erhoben werden, sollen unverbindliche Empfehlungen an ein Gremium ausgesprochen werden oder sollen verbindliche Entscheidungen getroffen werden? Diese Frage ist von besonderer Bedeutung für die Teilnehmer, denn deren Motivation ist in besonderem Maße von den aus der Beteiligung resultierenden Einflussmöglichkeiten abhängig.

Quelle: 5 W-Fragen politischer Beteiligung: Björn Swierczek, Berlin 2011, <http://liquidfeedback.org>

Weitere Informationen zu Bürger_innenbeteiligung auf kommunaler Ebene findet man in der Broschüre »Zur Bürgerbeteiligung in der kommunalen Politik – Ein Leitfaden« von Patrick Pritscha, herausgegeben vom Kommunalpolitischen Forum Sachsen e.V. (www.kommunalforum-sachsen.de)

PB21 – Web 2.0 in der politischen Bildung: Bürgerbeteiligung im Online-Zeitalter: <http://gleft.de/8y>

Beispiel – Liquid Friesland

Im Landkreis Friesland hat die kommunale Politik im Sommer 2012 ein spannendes Experiment für mehr Bürger_innenbeteiligung gestartet. Unter dem Namen »Liquid Friesland« wurde eine Online-Plattform gestartet, bei der Bürger_innen eigene Handlungsvorschläge für kommunale Politiker_innen einbringen, diskutieren und abstimmen können. Die Ergebnisse dieser Beteiligung wird eng an die politischen Gremien gekoppelt sein und über die Umsetzung der mehrheitlich angenommen Vorschläge soll laufend informiert werden. »Liquid Friesland« heißt das Projekt, weil

zur Realisierung die Software → Liquid Feedback eingesetzt wird, die Meinungsbildung und Mitbestimmung über das Internet leisten kann (<http://liquidfeedback.org>).

Der Landkreis Friesland ist mit einem solchen Projekt Vorreiter für eine neue Form der Bürger_innenbeteiligung. Der Verlauf und die Ergebnisse dieses Experiments können auch für andere Kommunen Vorbildcharakter entwickeln und sollten von Kommunalpolitiker_innen aufmerksam verfolgt werden.

Informationen zu Liquid Friesland: <http://gleft.de/7E>

3.4 Online-Petitionen

Seit dem Jahr 2005 können Petitionen per Internet (<https://petitionen.bundestag.de>) an den Deutschen Bundestag gerichtet und im Gegensatz zu Einzelpetitionen auch von weiteren Mitzeichner_innen unterstützt werden. Petitionen können von allen Bürger_innen eingereicht werden, was in den letzten Jahren deutlich häufiger genutzt wurde als früher. Die bisher erfolgreichste Online-Petition richtete sich gegen das so genannte Zugangerschwerungsgesetz, das Internetsperren für Inhalte mit Darstellungen sexualisierter Gewalt an Kindern vorsah. Diese Petition wurde von rund 134.000 Menschen mitgezeichnet.

Petitionen können als ein einfaches und frühes Modell von Bürger_innenbeteiligung angesehen werden, da sie auch bei großer Beteiligung zwar einen appellierenden aber keinen bindenden Charakter für die angerufenen Parlamente besitzen. Mit Hilfe des Internets sind sie zudem relativ kostengünstig einzurichten und für viele Menschen vom heimischen Computer aus nutzbar.

Linke Kommunalpolitiker_innen können als eine Vorstufe von verbindlichen Bürger_innenbeteiligungen solche Petitionsmodelle in die politische Debatte bringen. Durch Prüfaufträge an die Verwaltung kann die Rechtsgrundlage für Online-Petitionen geklärt und Möglichkeiten ihrer kommunalen Nutzung ausgelotet werden. Entscheidend ist der politische Wille zu mehr Beteiligung. In Sachsen hat die Linksfraktion im Landtag einen Gesetzentwurf (<http://gleft.de/7F>) vorgelegt, der die Möglichkeiten landesweiter Online-Petitionen rechtlich verankern wollte; das Vorhaben wurde von der schwarz-gelben Regierungsmehrheit blockiert.

Wie auch bei anderen Formen von mehr politischer Transparenz und Beteiligung gilt es viel Überzeugungsarbeit zu leisten und Diskussionen zu führen. Linke Kommunalpolitiker_innen sollten hierbei mutig voranschreiten und für mehr politische Teilhabe auf allen Ebenen streiten.

3.5 Livestreaming der Kommunalparlamente

In den letzten Jahren erlebte die Live-Übertragung von Veranstaltungen und Events per Internet (→ Livestream) einen wahren Boom. Das so genannte Livestreaming beschreibt eine Technologie zum Senden von Video und Audioinhalten in Echtzeit. In den Anfangstagen waren die technischen Möglichkeiten nur wenig entwickelt, die Qualität konnte sich in Bild und Ton mit einer klassischen Fernsehübertragung nicht messen lassen. Dies lag zum einen daran, dass die zur Verfügung stehenden → Bandbreiten nicht ausreichten, um ein hochwertiges Live-Video stabil ins Internet zu übertragen. Andererseits verfügten nur wenige Menschen über einen Internetanschluss, der es möglich machte, ein Video in Echtzeit auf dem eigenen PC anzuschauen.

Erst mit der Verbreitung von schnellen Internetanschlüssen wurde das Livestreaming populär. Zunehmend gehört es heute auch im politischen Feld zum guten Ton, von Parteitagungen oder Parlamentssitzungen einen Livestream im Internet anzubieten. Die Zuschauerzahlen sind abhängig von der Bedeutung der Übertragung, eine Plenarsitzung des Bundestages wird in der Regel von mehr Zuschauer_innen angeschaut werden, als die eines Kreistags oder Stadt- oder Gemeinderats. Oft wird der Forderung nach Livestreaming aus kommunalpolitischen Gremien (Kreistage, Stadt- oder Gemeinderat etc.) mit der Aussage begegnet, das dies doch »eh niemanden interessiere«. Allerdings steigt auch im kommunalen Bereich die Nachfrage nach solchen Angeboten an. Vor allem kommunalpolitische Akteure selbst wie Vereine, Initiativen und Träger, aber auch »normale« Bürger_innen wollen immer häufiger politische Debatten verfolgen, ohne selbst vor Ort sein zu müssen. Deshalb sollte es im Interesse linker Politiker_innen sein, auch mit Hilfe dieser neuen Form von Öffentlichkeit die politische Kultur zu verändern und eine »Politik der Hinterzimmer« zu erschweren.

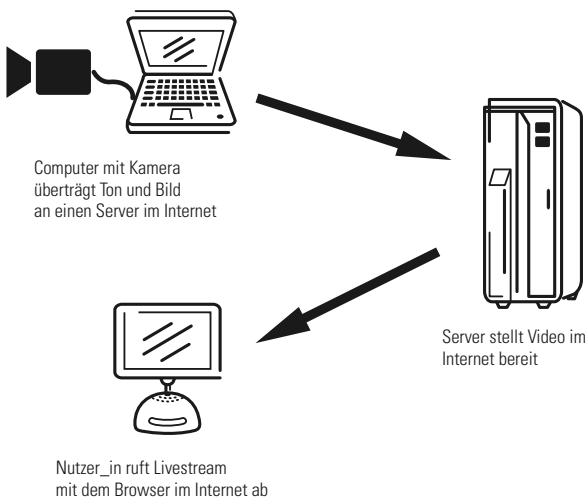
Heute sind die Kosten für einen schnellen Internetanschluss relativ gering. DSL- oder Kabelinternetzugänge liefern die technischen Voraussetzungen für qualitatives Livestreaming und werden daher auch zunehmend für kommunalpolitische Veranstaltungen interessant. Außerdem haben sich Internetdienste etabliert, welche eine Infrastruktur für die Verbreitung und Übertragung von Livestreams kostengünstig und auch für Laien bedienbar bereitstellen.

Neben der Übertragung einer Veranstaltung in Echtzeit ist es außerdem möglich, diese aufzuzeichnen, zu archivieren und auf der eigenen Internetseite der Fraktion oder der Gemeinde online verfügbar zu halten. Ein solches Vorgehen ist im politischen Raum besonders zu empfehlen, da so Debatten auch von Menschen verfolgt werden können, die zum Zeitpunkt der Übertragung selbst keine Gelegenheit dazu hatten. Sie ist auch für die politischen Akteure interes-

sant, weil dadurch Aussagen und Verabredungen später von allen Beteiligten nachvollzogen werden können.

Technische Voraussetzungen

Die Übertragung eines Livestreams erfolgt technisch betrachtet in drei Schritten. Im ersten Schritt wird mittels Kamera und Mikrofon ein Videosignal an einen PC gegeben, der die Daten verarbeitet und ins Internet sendet. Im zweiten Schritt empfängt ein Server die Daten und stellt den Livestream auf einer Website bereit. Die Zuschauer des Livestreams können nun im dritten Schritt die übertragene Veranstaltung in ihrem Browser auf der Internetseite des Dienstleisters, der den Server betreibt, in Echtzeit verfolgen. Oft kann das übertragene Video auch auf anderen Internetseiten eingebunden und dort verfügbar gemacht werden.



Für die Aufnahme eines Livestreams reicht ein handelsüblicher PC oder Laptop aus. Zur Aufnahme des Bildes kann ebenfalls ein handelsüblicher digitaler Camcorder verwendet werden. Für die Aufnahme des Tons sollte nach Möglichkeit direkt das Tonsignal einer vorhandenen Mikrofonanlage genutzt werden. Wenn eine solche nicht zur Verfügung steht, kann ein externes Mikrofon verwendet werden, das direkt am Rednerpult befestigt wird. Die eingebauten Mikrofone von digitalen Camcordern oder Kameras sollten nicht verwendet werden, ihre Leistung reicht in der Regel nicht aus.

Das Bildsignal der genutzten Kamera und das Tonsignal des externen Mikrofons werden mit einem PC vor Ort zusammengeführt und ins Internet über-

tragen. Hierzu muss eine ausreichende → Bandbreite des Internetanschlusses sichergestellt werden. Für eine ordentliche Übertragung sollte der Upstream, also die Geschwindigkeit, mit der die Daten ins Internet hochgeladen werden, mindestens 500kBit/s betragen. Je höher der Upstream, desto höher auch die mögliche Qualität. Hier sollte man auf die Verwendung von → WLAN verzichten, da dies störanfälliger ist als die Verwendung eines Netzkabels. Für die Übertragung des Livestreams kann die Infrastruktur von verschiedenen Anbietern wie livestream.com, make.tv oder ustream.tv genutzt werden. Fast alle diese Dienstleister bieten kostenlose Livestreams an und sind in der Bedienung auch für Laien nicht zu kompliziert. Kostenpflichtige Dienste sind noch recht teuer, ermöglichen jedoch die Übertragung in hochauflösender Bildqualität oder ohne Einblendung von Werbung, wie bei den kostenfreien Angeboten.

Achtung Persönlichkeitsrechte!

Livestreaming kann für die verschiedensten kommunalpolitischen Veranstaltungen sinnvoll sein: Sitzungen der kommunalen Gremien oder Vertretungen, öffentliche Anhörungen oder Ausschusssitzungen und andere öffentliche Veranstaltungen. Selbstverständlich können auch Veranstaltungen kommunaler Fraktionen oder Parteigliederungen per Livestream übertragen werden. Da es sich bei kommunalen Vertretungen nicht unbedingt um Parlamente im (staatsrechtlichen) Sinne wie beim Bundestag oder den Landtagen handelt, gibt es vor allem vor dem Hintergrund des Schutzes der Persönlichkeitsrechte einige Einschränkungen. Bei einem Livestream aus der Sitzung einer ehrenamtlichen kommunalen Vertretung werden sowohl Redebeiträge als auch Videobilder der Vertreterinnen an eine unbestimmte Anzahl potenzieller Zuschauer auf der ganzen Welt übermittelt. Es handelt sich so gesehen datenschutzrechtlich um die Weitergabe personenbezogener Daten an Dritte. Eine solche Weitergabe ist nach geltendem Datenschutzrecht nur zulässig, sofern eine Rechtsvorschrift dies erlaubt oder der Betroffene eingewilligt hat.

Um eine rechtssichere Übertragung von Sitzungen aus kommunalen Gremien zu ermöglichen, sollte im Vorfeld eine schriftliche Erklärung bzw. Einwilligung der kommunalen Vertreter_innen eingeholt werden. Dies kann für die jeweilige Sitzung oder für eine bestimmte Zeit, beispielsweise eine Wahlperiode, erfolgen. Eine solche schriftliche Erklärung sollte folgende Angaben umfassen: Name des Erklärenden, Einverständnis zur Übertragung der Redebeiträge in Bild und Ton (ja/nein), Angaben zur Gültigkeitsdauer der Erklärung, Datum, Ort, Unterschrift. Die abgegebenen Erklärungen werden sinnvollerweise für die Dauer der ehrenamtlichen Tätigkeit beim jeweiligen Präsidium verwahrt.

Sollten bei Beratungen kommunaler Vertretungen Bürger_innen zu Wort kommen, die keine gewählten Vertreter_innen sind, z.B. in einer Fragestunde,

müssten ebenfalls vor einer Übertragung per Livestream Einwilligungen dafür eingeholt werden.

Möglichen datenschutzrechtlichen Problemen oder darauf bezogenen Widerständen kann mit diesen Einwilligungen begegnet werden. Gegen einen Missbrauch des Datenschutz-Arguments, um sich gegen mehr Transparenz und Öffentlichkeit zu sperren, sollte linke Politik immer auf eine breite Öffentlichkeit und die Einbeziehung der Menschen in kommunale Belange abzielen. Der politische Wille zu mehr Transparenz kann über eine formale Einwilligung abgesichert werden.

Die gemeinsame Fraktion von LINKE und Piraten in der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung hat einen umfassenden Antrag für Livestreaming eingebracht:

Mehr Transparenz & barrierefreie Teilhabe an der kommunalen Demokratie durch Rathaus-TV

Transparenz schafft Nähe und Verständnis. Es gilt daher Mittel und Wege zu finden, diese Transparenz zu erhöhen. Das Medium Internet, das überall und zu jeder Zeit Inhalte aus dem Web allen Interessierten zur Verfügung stellt, bringt Politik ins Wohnzimmer. Ganz nah an die Bürgerinnen und Bürger.

Niederschriften der Sitzungen stehen auf der Webseite leider nicht zur Verfügung. Die getroffenen Beschlüsse sind in PIWi nicht zeitnah einsehbar, zudem gehen aus ihnen zwar die Ergebnisse hervor, allerdings kann in dieser Form der Diskussions- und Meinungsbildungsprozess nicht dargestellt werden. Bisher besteht, sollte physische Anwesenheit nicht möglich sein, nur die Möglichkeit über die Medienberichterstattung die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung oder ihrer Ausschüsse zu verfolgen.

Im Internet steht allen Interessierten dagegen jede Sitzung live oder zeitlich versetzt von der ersten bis zur letzten Minute zur Verfügung. Die Bürgerin oder der Bürger wird befähigt, das Verhalten der Fraktionen und der Stadtverordneten zu bewerten und hieraus die politischen Konsequenzen zu ziehen. Redebeiträge und Entscheidungen sind auch nach Jahren noch abrufbar. Politik wird erfahrbar.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, die Möglichkeiten zu prüfen, den öffentlichen Teil der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden zukünftig als Livestream (Audio und Video) auf der

Internetseite der Stadt Wiesbaden an prominenter Stelle zur Verfügung zu stellen.

Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept für ein Rathaus-TV in Wiesbaden zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Entscheidung vorzulegen. Dabei sind auch die einmaligen und laufenden Kosten darzustellen.

Der Magistrat wird beauftragt zeitnah zu prüfen, ob und wenn ja, welche Regelungen der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung für die Realisierung des Rathaus-TV abgeändert beziehungsweise ergänzt werden müssen.

Bei der Konzepterstellung sollen außerdem folgenden Aspekte beachtet werden:

1. Der Livestream soll von den Nutzerinnen und Nutzern leicht gefunden und abgerufen werden können.

2. Die digitalen Aufnahmen sollen archiviert werden, um Interessierten unkompliziert, dauerhaft und barrierefrei zur Verfügung zu stehen.

3. Zur Umsetzung des Projekts soll als Grundlage eine freie, Open Source Software-Plattform verwendet werden. Mindestanforderungen sind Aufzeichnung, Verwaltung und Verbreitung von Videos sowie nachträgliches Hinzufügen von weiteren Informationen.

4. Neben der Bereitstellung der Aufzeichnung soll eine möglichst große Barrierefreiheit des Mediums erreicht werden. Darum soll die Verwaltung auch die Möglichkeit einer Transkription und der Einblendung eines (Gebärden-) Dolmetschers prüfen und darstellen. Des Weiteren sollen unter anderem Präsentationsfolien, Beschlussvorlagen, weiterführende Links, z.B. zum PIWi, eingeblendet werden können.

5. Die Aufzeichnungen (Originalaufnahmen und barrierefreie Versionen) sollen unter Creative Commons Lizenz mit Namensnennung (»cc-by«) eingestellt werden.

6. Eine journalistische Vorbereitung und Begleitung beispielsweise durch ein Bürgerprojekt ist denkbar und wünschenswert. Sollte beim Jugendparlament Interesse an einer Kooperation bestehen, so soll der Magistrat auch dort die Möglichkeit für ein begleitendes Medienprojekt mit Kindern und Jugendlichen prüfen.

Kapitel 4

Dialog mit den Bürger_innen und Öffentlichkeitsarbeit

Das Internet hat die Kommunikation der Menschen untereinander und die Art und die Wege, auf und mit denen wir kommunizieren, verändert und die traditionellen Kommunikationshierarchien modifiziert. Sowohl in unserer näheren wie auch der weiteren Entfernung können wir heute theoretisch mit allen möglichen Menschen in Kontakt treten. Der Begriff Massenkommunikation bekommt dadurch eine ganz neue Bedeutung als beim Buch, bei Zeitungen, Radio und beim Fernsehen. Auch die über die »traditionellen« Medien transportierten Botschaften erreichten nach und nach immer mehr Menschen. Sie hatten allerdings eines gemein: Es waren in der Regel wenige Menschen, die Botschaften in Richtung einer Unmenge vorher nicht bekannter Menschen aussendeten, es handelte sich sozusagen um one-to-many-Kommunikation (einer sendet, viele empfangen). Antworten oder gar Diskussionen waren nur sehr eingeschränkt möglich (z.B. in Leserbriefen bei Zeitungen oder Anrufen in Fernseh- und Radiosendungen). Auch in der politischen Kommunikation, also bei Parteien und politischen Organisationen, herrschte lange dieses Prinzip vor. Politische Akteur_innen konnten entweder mit eigenen Publikationen (Zeitungen, Flyern, Postwurfsendungen) auf sich und ihre Positionen aufmerksam machen oder waren auf die Berichterstattung in den Nachrichten der klassischen Medien angewiesen.

Mit der Verbreitung des Internets entstand Mitte der 1990er Jahre die Möglichkeit, mit verhältnismäßig geringen Kosten eigene Informationsangebote an eine Vielzahl von Menschen zu richten. Die ersten Gehversuche politischer Akteur_innen im Netz waren sicherlich noch etwas unbeholfen. Es darf nicht vergessen werden, dass etwa das Erstellen selbst einfacher Internetseiten früher noch viel Expert_innenarbeit war. So richtig in Fahrt kam die neue Art zu kommunizieren erst, als die Werkzeuge zum Erzeugen eigener Inhalte und Botschaften stark vereinfacht wurden. Das so genannte Web 2.0 (→ Web 2.0) brachte schließlich den Durchbruch zu einer neuen Art der Kommunikation, in der prinzipiell alle Nutzer_innen des Internets auch zu Produzent_innen von Inhalten werden konnten.

In hoher Geschwindigkeit entstanden Anwendungen, mit denen auch »normale« Internetnutzer_innen eigene Webseiten erstellen und pflegen konnten. Ein Beispiel dafür sind die so genannten Weblogs: Bei ihnen handelt es sich um Soft-

warepakete, die mit wenig Aufwand auf einer eigenen Website eingerichtet werden können, und die neben einem → Frontend auch ein einfach zu bedienendes Backend (→ Backend) besitzen. Ohne Programmierkenntnisse kann nun nahezu jeder Inhalte im Internet veröffentlichen. Während das Frontend die Ansicht darstellt, die Internetnutzer_innen sehen, wenn sie die Website besuchen, ist das Backend eine Administrationsoberfläche, auf der Einstellungen vorgenommen und neue Inhalte eingefügt werden können. Das Schreiben neuer Artikel funktioniert dabei ähnlich einfach wie in einem Textverarbeitungsprogramm.

Ein Bestandteil von Weblogs ist ihre Kommentarfunktion. Leser_innen können in einem Formular Kommentare, Meinungen und Fragen zum Geschriebenen abgeben. Es ist also nicht nur möglich, leichter Informationen zu verbreiten, sondern auch mit Leser_innen in Kontakt zu treten, im besten Fall einen Dialog entstehen zu lassen und Meinungen miteinander auszutauschen. Diese direkten Beziehungen der Nutzer_innen untereinander werden auch als → Social Web bezeichnet. Auf www.wordpress.com oder www.blogsport.de kann man kostenfrei Weblogs einrichten und sich mit deren Funktionsweise vertraut machen.

Neben den recht einfach gehaltenen Weblogs wird für umfangreichere Internetseiten häufig ein Content Management System (→ CMS) verwendet. Auch diese sind wie Weblogs in Front- und Backend getrennt und erlauben es Nutzer_innen, auch umfangreichere Internetauftritte ohne Programmierkenntnisse zu betreuen.

4.1 Moderne Online-Kommunikation: Von der Information zum Dialog

Nach dem Siegeszug des Web 2.0 bildete sich eine weitere Form der Kommunikation heraus, die heute von Millionen Menschen genutzt wird: die sozialen Netzwerke. Sie bilden zum einen Beziehungen aus der Offline-Welt im Internet ab und bieten zum anderen Möglichkeiten, sich mit bisher völlig fremden Menschen zu »befreunden«. Das erste erfolgreiche soziale Netzwerk war Myspace, das im Jahr 2003 gestartet wurde. Während in Deutschland zwischenzeitlich Studi-VZ und die verwandten Netzwerke Mein-VZ und Schüler-VZ den Markt dominierten, hat sich schließlich auch hierzulande Facebook als das dominierende soziale Netzwerk durchgesetzt. Charakteristisch für soziale Netzwerke ist, dass sich Menschen dort ein persönliches Profil mit Fotos, Hobbys, Vorlieben usw. anlegen können und sich dem Rest der Internetnutzer_innen präsentieren. Durch Einträge in ihren Profilen können Nutzer_innen andere Menschen im Netz über ihre Gedanken, Tätigkeiten und alles mögliche andere informieren. Indem man sich mit Offline-Freunden, mit Familienangehörigen oder Be-

kannten in einem sozialen Netzwerk verbindet, bleibt man auf dem Laufenden, auch wenn man diese Menschen außerhalb des Internets möglicherweise nur selten zu Gesicht bekommt.

Soziale Netzwerke wie Facebook, Google+, wer-kennt-wen oder Diaspora versuchen vor allem, bestehende Freundschaften auf das Internet zu übertragen. Durch diverse Privatsphäreneinstellungen können eigene persönliche Profile im Netz für den Zugriff durch fremde weitgehend gesperrt werden. Eine andere Form der sozialen Netzwerke stellen Kurznachrichtendienste wie Twitter oder identi.ca dar. Bei diesen beschränken sich die Profile auf ein Foto und minimale Angaben zur Person. Twitter oder identi.ca sind Online-Dienste, bei denen Nutzer_innen kurze Botschaften mit maximal 140 Zeichen »ins Netz« senden, die potenziell jeder andere Nutzer_in lesen kann. Es gibt zwar auch die Möglichkeit, seine Nachrichten nur für ausgewählte Menschen sichtbar zu machen. Diese Funktion wird aber nur in den wenigsten Fällen genutzt. Der Charakter der Kurznachrichtendienste ist der eines öffentlichen Netzwerks. Wenn Nutzer_innen die Nachrichten anderer Nutzer_innen regelmäßig empfangen wollen, können sie diesen »folgen«, d.h. deren Nachrichten abonnieren. Auf einzelne Nachrichten kann auch direkt geantwortet werden, sodass Diskussionen in eingeschränkter Form (max. 140 Zeichen) möglich sind.

Allen drei angesprochenen Formen moderner Online-Kommunikation (Blogs, Soziale Netzwerke, Kurznachrichtendienste) ist eines gemeinsam: der offene Rückkanal. In der einen oder anderen Form können Nutzer_innen miteinander interagieren, aufeinander Bezug nehmen, Gedanken weiterentwickeln, Fragen stellen und Hinweise geben.

Diese Eigenschaften sollte auch linke Politik – ob in Form von Bürger_inneninitiativen, Vereinen oder Parteien – nutzen. Der klassische Weg politischer Kommunikation über Plakate, Zeitungen oder Wahlwerbespots wird durch dialogische Kommunikationsformen in den sozialen Netzwerken ergänzt. Parteien und Organisationen müssen im Internet ansprechbar sein. Es reicht nicht mehr nur, umfassende Informationen auf Internetseiten anzubieten. Bei Facebook oder Twitter können direkt und hierarchiearm Anregungen und Fragen von Bürger_innen aufgenommen werden. In Wahlen, aber auch in der täglichen politischen Arbeit wird diese dialogische Kommunikation ein größeres Gewicht bekommen.

Allerdings sollten besonders linke Politiker_innen die Rahmenbedingungen solcher Dienste nicht ausblenden. Zwar ist die Nutzung sozialer Netzwerke für die Nutzer_innen kostenlos, diese Dienste finanzieren sich in der Regel über Werbeeinblendungen. Dazu werden auch Technologien wie Tracking oder Targeting eingesetzt, mit denen die Betreiber_innen der Netzwerke Informationen über das Verhalten und die genutzten Inhalte von Nutzer_innen sammeln. Au-

ßerdem behalten sich die Betreiber_innen in den allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB), die alle Nutzer_innen akzeptieren müssen, die weitgehende Nutzung eingestellter Bilder, Texte, Videos usw. vor. Da für die großen sozialen Netzwerke das deutsche Datenschutzrecht nur partiell greift, kommt es immer wieder zu Aufregung unter Datenschützer_innen, die das Recht auf informationelle Selbstbestimmung verletzt sehen, wenn private Fotos von Nutzer_innen zu Werbezwecken für die Netzwerke verwendet werden. Umfassende Informationen über die Arbeitsweise von Facebook & Co. hat das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD) in der Broschüre »Soziale Netzwerke: Wo hört der Spaß auf?« zusammengefasst, die als PDF online heruntergeladen werden kann (www.datenschutzzentrum.de/blauereihe/blauereihe-soziale-netzwerke.pdf).

Trotz der Einwände und Vorbehalte ist es für politische Organisationen sinnvoll, in sozialen Netzwerken aktiv zu sein. Sie und Politiker_innen sind auf einen Austausch mit Bürger_innen angewiesen, wollen ihre politischen Forderungen zur Diskussion stellen und um Unterstützung für diese werben. Als politischer Akteur muss man daher die vielfältigen Kommunikationsmöglichkeiten nutzen lernen, ohne den kritischen Blick auf die Rahmenbedingungen zu verlieren.

4.2 Präsenz in den sozialen Netzwerken

Im Folgenden konzentriere ich mich vor allem auf Facebook und Twitter, weil sie weltweit und auch in Deutschland die meisten aktiven Nutzer_innen haben. Es gibt zu diesen Netzwerken eine Reihe von Alternativen, die ähnlich funktionieren, insofern gelten die aufgeführten Tipps auch für diese.

Alternativen

zu Facebook: Google+: soziales Netzwerk des Internetkonzerns Google (<http://plus.google.com>); Diaspora*: soziales Netzwerk in einem frühen Stadium, das durch dezentrale Speicherung der Nutzerdaten besonders datenschutzfreundlich konzipiert ist (<http://joindiaspora.com>)

zu Twitter: Identi.ca: Kurznachrichtendienst, der auf einer freien Software basiert (<http://identi.ca>)

Facebook

Facebook ist mit rund einer Milliarde Nutzer_innen das größte soziale Netzwerk der Welt. Allein in Deutschland existieren rund 24 Millionen registrierte Facebook-Profilen, das sind knapp die Hälfte aller Internetnutzer in Deutschland über 14 Jahre. Die Stärke von Facebook liegt wie bei anderen sozialen

Netzwerken in der Verbreitung von Botschaften, die einzelne Nutzer auf einer Seite im Internet finden und mit den eigenen Freunden im Netz teilen (so genannte → Viralität). Soziale Netzwerke sind bestimmt von einer Kultur des Teilens, also des Weiterleitens von Botschaften, Fotos, Videos u.ä. an den eigenen Freundeskreis im Netz. Auch für politische Botschaften kann das dahinter stehende Prinzip genutzt werden.

Bei Facebook gibt es zwei Kategorien von Profilen: *Personenprofile* und so genannte *Seiten*. Personenprofile werden von einzelnen Menschen genutzt, um sich mit Freunden zu vernetzen und zu kommunizieren – sei es auf der eigenen oder der Pinnwand eines Freundes, per Chat oder durch das Verschicken von Nachrichten an Freunde und Bekannte. Die Facebook-Seiten richten sich an Organisationen, Firmen, Vereine, Kommunen oder Parteien. Sie dienen der Information über die eigene Arbeit und zum Dialog mit Nutzer_innen. Auf Facebook können Nutzer_innen so genannte Fans von Seiten werden. Mit einem Klick können so die Nachrichten der Seite abonniert werden und Nutzer_innen bekommen diese dann genau so angezeigt wie Beiträge von Freunden. Facebook-Seiten von Organisationen werden häufig von mehreren Personen »betreut«. Dies sollte auch in der Kommunikation bei Facebook dargestellt werden. Schließlich kommuniziert nicht die Firma Coca-Cola oder die Fraktion DIE LINKE, sondern reale Personen, die hinter diesen Seiten stecken. Es sollte daher schon bei der Erstellung von Facebook-Seiten darauf geachtet werden, dass die Redakteure oder Autoren erkennbar sind. Hier bietet es sich an, in den Informationen, welche die Organisation und ihre Ziele beschreiben, die Namen der Redakteur_innen oder Autor_innen der verantwortlichen Stelle zu veröffentlichen. Auch in den Beiträgen (→ Postings), die auf der Seite veröffentlicht werden, kann eine namentliche Kennzeichnung erfolgen: beispielsweise über das Anfügen von Namenskürzeln wie (rm) für Richard Müller.

Leider zeigt sich auch in sozialen Netzwerken die aus dem Offline-Leben bekannte Politik- bzw. Parteienverdrossenheit. So fällt die Zustimmung zu Facebook-Seiten politischer Parteien im Vergleich zur Gesamtnutzerzahl recht mager aus. Daher sollten gerade politische Botschaften in sozialen Netzwerken bewusst formuliert werden. Eine Grundregel lautet: die Nutzer_innen (vor allem solche, die sich für Politik interessieren) sind nicht dumm. Plumpes Verkünden politischer Weisheiten wird auf wenig Gegenliebe stoßen. Gute Argumente und durchdachte Botschaften hingegen funktionieren deutlich besser. Lange politische Abhandlungen werden in den schnelllebigen sozialen Netzwerken kaum auf offene Ohren stoßen. Hier einige wenige sinnvolle Tipps, wie das Interesse an Beiträgen in vielen Netzwerken gesteigert werden kann:

Beiträge interessant machen: Postings sollen interessant sein. Von einer politischen Organisation erwarten die Nutzer_innen keine Belanglosigkeiten. Auch

Angriffe auf den politischen Mitbewerber finden erfahrungsgemäß wenig Anklang und tragen nicht dazu bei, neue Fans zu gewinnen. Das soziale Netzwerk sollte zudem nicht als Ablagestapel für sonstige Verlautbarungen der Partei oder Organisation genutzt werden. Es ist deshalb davon abzuraten, alle neuen Artikel auf der eigenen Internetseite auch gleichlautend in sozialen Netzwerken zu veröffentlichen. Auch Presseerklärungen, die sich vorrangig an Journalist_innen richten, sind nicht unbedingt geeignet, um in sozialen Netzwerken recycelt zu werden. Ein gutes Posting bringt den »Fans« eine neue Information oder eine knackige Botschaft jenseits des ständig Wiederholten. Das gelingt nur, wenn in den schnelllebigen sozialen Netzwerken die eigenen Beiträge aktuell sind. Berichte über politische Diskussionen im Rat oder Kreistag sind dann interessant, wenn sie zum Zeitpunkt des Geschehens oder zeitnah danach veröffentlicht werden.

Weniger ist manchmal mehr: Bei Seiten politischer Organisationen sollte darauf geachtet werden, nicht zu häufig neue Inhalte zu erstellen. Ein bis drei knackige Postings pro Tag sind völlig ausreichend. Ist die Posting-Frequenz zu hoch, droht man Fans zu verlieren. Zur Steuerung ist ein kleiner Redaktionsplan hilfreich, in dem festgehalten wird, an welchem Tag der Woche man welches Thema »spielen« möchte. Gibt es eine anstehende Entscheidung im Kommunalparlament? Gibt es eine bevorstehende Veranstaltung, die beworben werden soll?

Lebendige Inhalte verbreiten sich besser: Beiträge in sozialen Netzwerken sollten nicht nur aus Text bestehen. Die Erfahrung zeigt, dass passende Grafiken oder Bilder sich deutlich besser in sozialen Netzwerken verbreiten als Textbotschaften. Und es muss auch im politischen Feld nicht immer bierernst zugehen. Mit Ausprobieren wird man schnell merken, welche Inhalte gut funktionieren und welche weniger. Ab und an können Videos eingebunden werden, wenn diese nicht zu lang sind. Kurze Clips für Website und soziale Netzwerke sollten pointiert und nicht länger als 1:30 Minuten sein. Danach klicken viele Nutzer_innen wieder weg.

Kurze Beiträge statt langer Texte: Auf der Facebook-Seite einer Organisation werden Textbeiträge nach etwa fünf Zeilen abgeschnitten. Wenn die Beiträge länger sind, müssen Nutzer_innen auf »Mehr anzeigen« klicken, um den vollen Beitrag zu sehen. Dies sollte vermieden werden. Oft überfliegen Menschen die Beiträge nur. Daher ist ein kurzer Beitrag schneller zu erfassen. Nur wenige klicken bewusst auf »Mehr anzeigen«. Postings sollten daher nicht mehr als vier Zeilen umfassen.

Feedback einfordern und ansprechbar sein: Soziale Netzwerke sind keine Verkündungsorgane, ihr Wert für politische Organisationen liegt neben der viralen Verbreitung (also des Teilens interessanter Inhalte mit den eigenen Freun-

den im Netzwerk) im Dialog mit und unter den Nutzer_innen. Beiträge können daher auch ab und an eine direkte Aufforderung enthalten. Dabei können Fragen an die Nutzer_innen gestellt oder die Meinung zu bestimmten Themen und Aussagen abgefragt werden. Die Fragen sollten nicht zu plump sein und keine bloße Ja/Nein-Antwort einfordern. Die Experten in Bezug auf soziale Netzwerke sind immer noch die Nutzer_innen selbst. Sie verwenden diese aktiv im Alltag und sie haben sicher eine Meinung dazu, was sie in ihren sozialen Netzwerken von politischen Akteuren erwarten. Wichtig ist, ansprechbar zu sein, den Dialog ernst zu nehmen und eine zeitnahe Online-Kommunikation sicherzustellen. Dazu sollten politische Akteur_innen verabreden, wer und in welcher Weise Rückmeldungen im Netz bearbeiten kann. Das kostet Zeit und Arbeit, aber es lohnt sich. Die eigene politische Arbeit kann weiter qualifiziert und die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung verbessert werden.

Reaktionen und Meinungen ernst nehmen: Der Ton in sozialen Netzwerken ist oft rauer als im direkten Gespräch. Dennoch sollten Kritiken und Beschwerden nicht als irrelevant abgetan werden. Wenn Nutzer_innen mit direkter Kritik an politische Organisationen herantreten, sollte diese ernst genommen, Fragen und Hinweise sachlich und konkret beantwortet werden. Allerdings können auch Betreiber_innen von Seiten in sozialen Netzwerken erwarten, dass Kritik sachlich vorgetragen wird. Pöbeleien und Beleidigungen muss man sich nicht gefallen lassen. Ein interessanter Effekt ist, dass sich gerade bei unsachlichen Beleidigungen oft auch andere Nutzer_innen in die Diskussion einschalten (vorausgesetzt man hat bereits eine gewisse Anzahl Fans bzw. Nutzer_innen auf seiner Seite). Im besten Fall steht man als Betreiber_in also nicht allein gegen ausfällige Nutzer_innenkommentare. Nutzer_innen, die permanent durch Beleidigungen und ähnliches auffallen, kann man im Zweifel auch blocken, sodass sie nicht mehr auf der Seite schreiben oder kommentieren können. Das sollte allerdings nur im äußersten Notfall passieren, da Zensur im Internet nicht sonderlich beliebt ist.

Twitter

In Deutschland gibt es heute rund 4,5 Millionen registrierte Twitter-Accounts, wovon sicherlich nicht alle aktiv genutzt werden. Twitter ist ein öffentliches Netzwerk. Zwar gibt es die Funktion, seine Tweets (Nachrichten) nur von vorher freigeschalteten Nutzer_innen lesen lassen zu können, dies wird in der Praxis allerdings nur von einem Bruchteil der aktiven Twitterer genutzt. Während man seine Beiträge oder Fotos bei Facebook in der Regel nur mit Freunden teilt, die man auch außerhalb des Internets kennt, richten sich Nachrichten bei Twitter grundsätzlich an alle Nutzer_innen. Twitter zeichnet sich vor allem durch seine schnelle Nachrichtenübermittlung aus. Mehrere Ereignisse der jüngeren

Vergangenheit, über die später auch im Fernsehen und in Zeitungen berichtet wurde, gingen zuerst über Twitter in die Welt, etwa über die Zerstörungen des Erdbebens in Haiti oder die ersten Fotos von einer Flugzeugnotlandung auf dem Hudson River in New York.

Im politischen Raum ist Twitter durch einige prominente Neuzugänge aufgefallen: So twittern eine ganze Reihe Bundes- und Landtagsabgeordnete und selbst einige Minister_innen eifrig mit, sind für die ein oder andere Diskussion in diesem sozialen Netzwerk zugänglich. Twitter ist ein besonders gutes Beispiel für die Verflachung von Kommunikationshierarchien durch Online-Kommunikation. Nutzer_innen können sich untereinander direkt ansprechen und ohne vorige Bekanntschaft auf gleicher Ebene kommunizieren. Anders als bei sozialen Netzwerken bedarf es keiner vorigen Kontaktaufnahme oder »Befreundung«, um andere gezielt anzusprechen. Einige Twitter-Unterhaltungen von Bundestagsabgeordneten am Rande stattfindender Plenarsitzungen wurden auch schon ausgiebig in den herkömmlichen Medien erwähnt.

Mittlerweile nutzen auch immer mehr kommunale Entscheidungsträger_innen den Kurznachrichtendienst. Wie eine konstante Kommunikation über kommunal- und lokalpolitische Aktivitäten aussehen kann, zeigen drei unterschiedliche Beispiele aus dem linken Spektrum:

Juliane Witt, Bezirksstadträtin (Dezernentin) für Jugend, Familie, Weiterbildung und Kultur im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf, twittet unter www.twitter.com/julia_witt.

Dr. Michael Faber, Vorsitzender der Linksfraktion im Bonner Stadtrat, twittet unter www.twitter.com/linksrheinisch.

Juliane Nagel, Mitglied im Leipziger Stadtrat, twittet unter www.twitter.com/luna_le über parlamentarische und außerparlamentarische Aktivitäten.

Wenngleich Twitter noch lange nicht ähnliche Reichweiten wie Facebook erzielen kann, ist es für die politische Kommunikation doch von wachsender Bedeutung. Da immer mehr Politiker_innen den Dienst nutzen, wird er auch für Journalist_innen immer interessanter. Viele Pressevertreter_innen nutzen Twitter als direkte Informationsquelle, für Rückfragen und als Zitatquelle. Diese Entwicklung ist nicht auf Bundes- oder Landespolitiker_innen beschränkt. Gerade in der kommunalen Politik kann Twitter zu einem wichtigen Kanal werden, da die lokale Politikberichterstattung nicht so breit angelegt ist, wie etwa bei überregionalen Tageszeitungen. Über den Kurznachrichtendienst kann die eigene kommunalpolitische Arbeit dargestellt und auch auf Themen aufmerksam gemacht werden, die möglicherweise nicht auf der Agenda des politischen Mainstreams stehen (Gegenöffentlichkeit).

Twitter kann entweder auf der Website www.twitter.com oder mit verschiedenen Programmen (Twitter-Clients) auf Computern, Tablets oder Smartphones genutzt werden. Besonders hoch ist die Zahl der Nutzer_innen, die mit Smartphones unterwegs twittern und so bei nahezu jeder Gelegenheit Nachrichten in die Welt schicken können. Die Funktionen von Twitter im Detail:

Timeline: Die Timeline (englisch für Zeitleiste) ist die Ausgangsansicht, wenn man sich auf der Website oder mit einem Twitter-Client einloggt. Sie zeigt chronologisch die neuesten Beiträge der Nutzer_innen, denen man folgt.

Beiträge posten: Die Grundfunktionalität von Twitter ist das Veröffentlichen von kurzen Beiträgen oder Nachrichten (Tweets), die von den eigenen »Follower« (Abonnenten) empfangen werden. Da die Zeichenzahl auf 140 begrenzt ist (inklusive Leerzeichen), ist man als Nutzer_in gehalten, sich kurz und dennoch verständlich auszudrücken. Gerade im politischen Raum ist dies eine Herausforderung. In den Tweets können auch Links oder Fotos/Videos eingebunden werden. Werden besonders lange Links zu Internetseiten verwendet, können diese auch über einen so genannten URL-Shortener (z.B. www.gleft.de) abgekürzt werden.

Re-Tweets (Weiterleitung): Die Macht von Twitter liegt vor allem in der Funktion, gelesene Nachrichten an die eigenen Follower weiterzuverbreiten. Wenn ich eine Nachricht besonders interessant oder wichtig finde, kann ich diese »retweeten«. Meinen Followern wird diese Nachricht dann ebenfalls angezeigt, mit dem Hinweis, dass ich sie retweetet also quasi weitergeleitet habe. So können Nachrichten potenziell einen großen Kreis von Nutzer_innen erreichen, auch wenn der ursprüngliche Absender selbst nur über einen kleinen Kreis von Followern verfügt.

Replies (Antworten): Innerhalb von Twitter können Nutzer_innen direkt auf die Nachrichten anderer antworten (so genannte Replies). Diese Antworten werden der Verfasser_in der Nachricht zusammen mit dieser angezeigt. Antwortet diese_r nun wiederum, wird beiden Teilnehmern die gesamte Unterhaltung mit Nachricht-Antwort-Rückantwort usw. angezeigt. So können Diskussionen auf Twitter nachvollzogen werden. Auch andere Nutzer_innen, die sich an der Diskussion gar nicht beteiligen, können die Dialoge in zeitlicher Reihenfolge ansehen (offenes Netzwerk). Antworten an Nutzer_innen erkennt man bei Twitter an einem der Nachricht vorangestellten @ und direkt anschließendem Nutzer_innennamen (z.B. »@rosaluxstiftung Nachrichtentext...« zeigt eine Antwort oder direkt adressierte Nachricht an die Nutzerin mit dem Namen »Rosa-Luxemburg-Stiftung«).

Direktnachrichten: Bei Twitter können allerdings nicht nur öffentliche Nachrichten und Antworten, sondern auch private Direktnachrichten verschickt werden. Diese sind nur für Absender_in und Empfänger_in sichtbar.

Favorisieren (Favs): Tweets, die man besonders gut, witzig oder interessant findet, kann man mit einem Klick »faven«, also favorisieren, und damit seine Zustimmung zur oder Wertschätzung der Botschaft ausdrücken. Favorisierte Tweets werden in der Timeline mit einem kleinen Stern markiert. Nutzer_innen können sich von ihnen vergebene Favs im Nachhinein anzeigen lassen, sodass diese Funktion auch als Lesezeichen interessanter Tweets zweckentfremdet werden kann.

Listen: Wenn Nutzer_innen vielen anderen folgen und damit sehr viele Nachrichten in ihrer Timeline auftauchen, bietet es sich an, Listen anzulegen. Interessante Nutzer_innen können in Listen zusammengefasst werden, die man sich dann als einzelne Timeline anzeigen lassen kann. Wenn man sich also als politischer Akteur bei Twitter bewegt, kann es sinnvoll sein, separate Listen mit Journalist_innen oder Nachrichtenprofilen, persönlichen Freunden, Nutzer_innen anderer Parteien etc. anzulegen.

Hashtags: Um Tweets einem bestimmten Thema zuzuordnen, gibt es die Möglichkeit, Hashtags zu verwenden. Hashtags sind Begriffe, die ein solches Thema beschreiben und man erkennt sie an einer Raute vor einem Wort. Wenn eine Nachricht sich beispielsweise auf Aktivitäten der Rosa-Luxemburg-Stiftung bezieht (z.B. bei Konferenzen), kann man dies im Tweet mit dem Hashtag »#RLS« kennzeichnen. Andere Nutzer_innen können so gezielt nach Nachrichten zum Thema #RLS suchen und bekommen diese auch dann angezeigt, wenn sie dem Autor einer Nachricht selbst nicht folgen.

4.3 Das Netz für die eigene politische (Zusammen-)Arbeit nutzen

Die zu Beginn dieses Kapitels beschriebene Veränderung der Internet-Kommunikation und das wachsende Angebot an einfach zu bedienenden Online-Anwendungen können für die eigene politische (Zusammen-)Arbeit genutzt werden. Auch politische Organisationen können Weblogs nutzen, um ohne viel Aufwand regelmäßig über die eigene politische Arbeit zu berichten, oder ein Profil in den sozialen Netzwerken betreiben, um direkt mit Bürger_innen in Dialog zu treten und für die eigenen Positionen zu werben.

Über den Bereich der (politischen) Online-Kommunikation hinaus gibt es eine ganze Reihe von Internetanwendungen, mit denen die eigene politische Arbeit unterstützt und vereinfacht werden kann. Dazu gehören zum Beispiel Mailinglisten oder Intranets, also Dienste, die nicht an Bürger_innen, sondern die eigenen Mitstreiter_innen gerichtet sind. Einige interessante Internetanwendungen, die die Kooperation innerhalb von Verbänden oder Parteien erleichtern können, sollen an dieser Stelle vorgestellt werden.

Etherpad – gemeinsames Erstellen von Texten

Wurden früher alle Vorgänge auf Papier be- und erarbeitet, nutzen viele Organisationen mittlerweile wie selbstverständlich E-Mails für die innere Kommunikation. Diese Kommunikationsform wird überwiegend bei der gemeinsamen Erarbeitung von Texten und Positionen verwendet. Allerdings kennt jede_r die Probleme, die damit verbunden sind: Die größte Herausforderung – vor allem wenn mehr als zwei Personen an der Erarbeitung eines Textes beteiligt sind – besteht in der Synchronisierung der Textentwicklung. Wenn mehrere Menschen immer wieder an einem einzelnen Textverarbeitungsdokument arbeiten, dieses dann per E-Mail an die anderen Autoren verschicken und diese dann ihrerseits daran arbeiten, passiert es nicht selten, dass verschiedene Autoren verschiedene Versionen der Dokumente besitzen und kaum ein Überblick über den aktuellen Stand zu behalten ist.

Dieses Problem kann mit »Etherpad« im Internet gelöst werden. Ein Etherpad oder kurz Pad stellt eine Textverarbeitungsoberfläche auf einer Website dar. Wie von normalen Textverarbeitungsprogrammen auf dem Computer bekannt, kann in einem großen Textfeld ein Text geschrieben und verändert werden. Die Texte, die in einem Pad bearbeitet werden, müssen allerdings nicht separat gespeichert werden. In dem Moment, in dem Autor_innen den Text bearbeiten, wird dieser beständig im Hintergrund gespeichert. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, zu bestimmten Zeitpunkten den aktuellen Stand des Textes im Pad separat zu speichern. Sollte sich zu einem späteren Zeitpunkt die Notwendigkeit ergeben, kann wieder auf einen gespeicherten alten Stand zurückgegangen oder dieser wieder hergestellt werden.

Zusätzlich können auch mehrere Menschen gleichzeitig an einem Text schreiben. Um kenntlich zu machen, welcher Textteil von welcher Autor_in stammt, bekommt jede_r Autor_in beim Aufrufen des Pads (also der entsprechenden Internetseite) eine individuelle Farbe zugewiesen. Schreibt man also einen Satz in das Pad, wird dieser immer mit dieser individuellen Farbe hinterlegt. Gleichzeitig geben Autoren im Pad noch ihren Namen an. So können alle Nutzer_innen nachvollziehen, welche Teile des Textes von welche_r Autor_in stammen. Es ist also nicht mehr nötig, einen Text als Datei per E-Mail an verschiedene Mitautor_innen zu versenden, sondern lediglich ein gemeinsames Etherpad im Internet zu nutzen.

Die Software, die Etherpad zugrunde liegt, kann als freie Software kostenfrei im Internet heruntergeladen und auf einem eigenen Webserver installiert werden. Ist Etherpad einmal installiert, können beliebig viele Pads, also einzelne Textseiten, erstellt und bearbeitet werden. Um zu verhindern, dass fremde Menschen zufällig Zugriff auf ein bestimmtes Pad erhalten, können diese mit einem Passwort versehen werden.

The screenshot shows a web browser window with the address bar displaying 'linkspad.de'. The page title is 'Public Pad'. The main content area contains a text document with the following text:

1 Zu Twitter (weiterer Absatz?)
 2 // ja gehört noch zu dem vorigen Teil!!!
 3
 4 Im politischen Raum ist Twitter in den letzten Monaten durch einige prominente Neuzugänge aufgefallen. So twittern eine ganze Reihe Bundes- und Landtagsabgeordnete und selbst einige Minister_innen eifrig mit (wollen wir die wirklich auflisten?) und sind auch für die ein oder andere Diskussion in diesem sozialen Netzwerk zugänglich. Twitter ist ein besonders gutes Beispiel für die Verflachung von Kommunikationshierarchien durch Online-Kommunikation. Nutzer_innen können sich untereinander direkt ansprechen und ohne vorige Bekanntschaft auf gleicher Ebene kommunizieren. Anders als bei sozialen Netzwerken bedarf es keiner vorigen Kontaktaufnahme oder „Befreundung“ um andere gezielt anzusprechen. Einige Twitter-Unterhaltungen von Bundestagsabgeordneten am Rande stattfindender Plenarsitzungen wurden auch schon ausgiebig in den herkömmlichen Medien erwähnt.
 5 Mittlerweile nutzen auch zahlreiche Kommunalpolitiker_innen den Kurznachrichtendienst für die Darstellung der eigenen politischen Arbeit.
 6
 7 Da fallen mir ein:
 8 Juliane Witt (Berlin)
 9 Michael Faber (NRW, Bonn)
 10 Juliane Nagel (LE)
 11 Steffen Bockhahn (HRO)
 12 Manuela Schon (He, Wiesbaden)
 13
 14

On the right side of the interface, there is a chat window with the header 'Sebastian Koch' and a list of participants including 'Katharina Weise'. Below the chat window, there is a 'Share this pad' button and a date stamp 'December 29, 2012'. At the bottom right, there is a 'Chat:' input field.

Auf <http://linkspad.de/NapU0tbSEw> kann man sich das hier gezeigte (Ether)Pad live anschauen und selbst ausprobieren.

Für Gruppen von Autor_innen, die regelmäßig gemeinsam an Texten arbeiten (z.B. Arbeitsgemeinschaften, kleine Vereine etc.), gibt es die Funktion einer so genannten Teamsite. Teamsites umfassen mehrere Pads, die übersichtlich innerhalb eines Teambereichs auf der Website zusammengefasst sind. Ein oder mehrere Administrator_innen können für jedes Team-Mitglied einen eigenen Zugang mit eigenem Passwort zur Teamsite einrichten. Einmal auf der Teamsite eingeloggt, können alle gesammelten Pads bearbeitet werden. Zugang zu den Pads innerhalb dieser Teamsite können nur Team-Mitglieder erlangen.

Dies bietet sich bei länger bestehenden Teams an, die ihre Texte schützen aber nicht bei jedem einzelnen Pad ein Passwort vergeben wollen.

Mit Etherpad sind verschiedenste Formen des gemeinsamen Arbeitens denkbar. Neben dem gemeinsamen Verfassen von Texten können Pads auch dazu genutzt werden, um Protokolle von gemeinsamen Beratungen in Echtzeit mitzuschreiben. Der Vorteil besteht darin, dass mehrere Teilnehmer_innen gleichzeitig am Protokoll mitarbeiten und so mehr Details aufgenommen werden können. Zusätzlich bietet sich die Möglichkeit für weitere Menschen, die selbst nicht an einem Treffen teilnehmen können, den Verlauf und die Diskussionen in Echtzeit nachzuverfolgen. In einem Etherpad gibt es zudem ein vom eigentlichen Text getrenntes Chat-Feld, in dem die Teilnehmer_innen des Pads sich zusätzlich austauschen können. Diesen Chat können Menschen von außerhalb nutzen, um sich zum Diskussionsverlauf zu äußern und dadurch ohne Anwesenheit mitzudiskutieren.

Etherpad wird für die gemeinsame Textarbeit in Organisationen immer häufiger eingesetzt, da die Vorteile auf der Hand liegen. Es ist ausreichend, dass eine Organisation nur eine zentrale Installation der Etherpad Software vornimmt. Darin können beliebig viele einzelne Pads oder auch Teamsites angelegt werden. Die Partei DIE LINKE hat für ihre Mitglieder eine Etherpad-Installation unter www.linkspad.de angelegt, die auch von Nicht-Mitgliedern verwendet werden kann. Aus Gründen der Datensicherheit oder des Datenschutzes, sollte Etherpad in größeren Organisationen allerdings auf einem eigenen Server installiert werden.

Mailinglisten

Die Nutzung von E-Mails zur Kommunikation gehört zum Standard und auch nahezu alle Bürger_innen besitzen mindestens eine private E-Mailadresse. Die E-Mail ist die am meisten verbreitete Kommunikationsform im Internet. Schon seit vielen Jahren sind Mailinglisten eine etablierte Form, die Kommunikation einer größeren Gruppe von Menschen umzusetzen.

Eine Mailingliste ist ein Verteilsystem für E-Mails, das eine Mail an alle Mitglieder einer Mailingliste verschickt. Einmal eingerichtet, kann man gemeinsam kommunizieren und braucht dazu jeweils nur eine E-Mail an die E-Mailadresse der Liste schicken. Alle Mitglieder erhalten diese E-Mail über die Liste zugesendet.

Mailinglisten bieten gegenüber dem manuellen Versand von E-Mails an mehrere Empfänger einige Vorteile. Zum einen brauchen Absender_innen nicht alle E-Mailadressen der Gruppenmitglieder zu kennen und einzugeben, sondern schicken die E-Mail lediglich an die Adresse der Liste. Darüber hinaus haben Listenmitglieder die Möglichkeit, ihre in der Liste eingetragene E-Mailadres-

se selbstständig zu bearbeiten, sollte sich die Adresse einmal ändern. Es muss also nicht jedem Mitglied einzeln die geänderte E-Mailadresse mitgeteilt werden. In der Regel besitzen alle Mailinglisten-Anwendungen auch die Funktion, E-Mails, die über die Liste gesendet wurden, zu archivieren. Damit können Mitglieder auch später nachschauen, welche Mails in der Vergangenheit versendet wurden.

Die beliebteste Software für Mailinglisten ist »Mailman«, als freie Software kostenfrei im Internet verfügbar. Die Installation muss auf einem eigenen Server erfolgen. Viele Organisationen und Parteien bieten ihren Mitgliedern auf Anfrage die Einrichtung einer Mailingliste an.

Wikis

Wikis (hawaiianisch für »schnell«) ist eine Online-Software, die wie ein Lexikon vor allem für gemeinsame Wissensdatenbanken genutzt wird. Das prominenteste Beispiel für ein Wiki ist die Online-Enzyklopädie Wikipedia, die sicher jede_r schon einmal genutzt hat. Solche Wikis können in Organisationen sowohl für die interne Arbeit, als auch als ein nach außen gerichtetes Wissensportal eingesetzt werden.

In einem Wiki wird für einen bestimmten Begriff automatisch eine eigene Seite (Artikel) angelegt. Durch Links innerhalb von Wiki-Seiten auf andere Begriffe können direkt weitere Seiten aufgerufen werden. Damit lassen sich einzelne Artikel in Beziehung zueinander setzen und Querverweise innerhalb des genutzten Wikis erstellen.

Als Werkzeug zum Wissensmanagement können Wikis in Organisationen dazu beitragen, dass jede_r Einzelne an der Sammlung von Wissen und Informationen teilhat. Einzelne Artikel können ebenfalls von allen bearbeitet, verbessert oder aktualisiert werden. In die Artikel eines Wikis können wie auf einer normalen Website auch Bilder, Videos etc. eingebunden werden. Daneben gibt es die Möglichkeit, zu einzelnen Inhalten Quellenangaben in Form von Fußnoten anzugeben. Die Artikel des Wikis können zur besseren Strukturierung in Kategorien und Unterkategorien einsortiert werden.

Möchte man ein Wiki in einer Organisation verwenden, sind verschiedene Fragen zu klären. Handelt es sich um ein internes Wiki, das nicht für Außenstehende erreichbar sein soll, so kann man es mit einem Passwort schützen. Dies bietet sich an, wenn vor allem interne Dokumente, Prozesse oder Informationen gesammelt werden sollen. Eine Alternative zur kompletten Sperrung eines Wikis nach außen kann durch verschiedene installierbare → Plug-Ins so gestaltet werden, dass nur akkreditierte Benutzer_innen Artikel erstellen oder ändern können. So kann der Autor_innenkreis genau bestimmt werden, die Inhalte aber dennoch für alle Internetnutzer_innen öffentlich sichtbar sein. Die-

ser Fall bietet sich beispielsweise an, um die Arbeit einer kommunalpolitischen Fraktion zu dokumentieren oder zu einzelnen Sachthemen Positionen zu sammeln und nach außen darzustellen.

4.4 Rechtliche Aspekte der Online-Kommunikation

Urheberrecht

Das Internet lebt vom Teilen von Wissen und Information. Allerdings gibt es gerade in Bezug auf das Urheberrecht von kreativen Werken einiges zu beachten. Grundsätzlich unterliegen alle Werke (wie Bilder, Texte, Musik und Videos) einem urheberrechtlichen Schutz, der die Kontrolle von Urheber_innen über die Verwendung ihres Schaffens sicherstellen soll. Daher sollten diese Werke nicht »einfach so« weiterverwendet und kopiert werden. Sonst drohen rechtliche und finanzielle Folgen wie beispielsweise die bekannten Abmahnungen im Internet.

Um die Verbreitung von digitalen Medieninhalten rechtssicher zu gestalten und alternative einfach anzuwendende Nutzungslizenzen zu entwickeln, hat sich die Non-Profit Organisation Creative Commons (CC) gebildet. Diese Creative-Commons-Lizenzen gliedern sich in sechs verschiedene Varianten. Dabei können die Schöpfer_innen kreativer Werke selbst entscheiden, was andere mit diesen anstellen dürfen. Dies reicht von einer einfachen Namensnennung, also der Möglichkeit, Werke zu verändern, zu verbreiten und sogar kommerziell zu nutzen, solange die Urheber_innen genannt sind, bis hin zur Beschränkung der Weitergabe auf nicht-kommerzielle Zwecke und nur zu gleichen Lizenzbedingungen wie beim Original.

Im Internet finden sich eine Reihe von Quellen für Medieninhalte unter Creative-Commons-Lizenzen, die bei Einhaltung der Lizenzbedingungen auch für die politische Kommunikation rechtssicher genutzt werden können. Der Foto-dienst Flickr (www.flickr.com) bietet die Möglichkeit, Bilder zur Nutzung unter CC-Lizenz zu suchen. Die Wikimedia Foundation bietet im Projekt »Wikimedia Commons« einen Katalog unzähliger digitaler Medien, die unter freien Lizenzen wie CC genutzt werden können (<http://commons.wikimedia.org>). Auch die Creative-Commons-Initiative bietet eine Suchmaschine für CC-lizenzierte Inhalte an (<http://search.creativecommons.org>).

Alle Informationen über die Hintergründe sowie Nutzung und angebotene Inhalte unter Creative-Commons-Lizenzen gibt es auf der CC-Website: <http://de.creativecommons.org>

Darüber hinaus gibt es umfassende und laufend aktuelle Informationen zum Thema Urheberrecht bei irights.info, einer Informationswebsite zu Urheberrecht und kreativem Schaffen in der digitalen Welt: www.irights.info

Datenschutz

Neben urheberrechtlichen Aspekten darf der Datenschutz in der Online-Kommunikation nicht vergessen werden. Recht auf informationelle Selbstbestimmung bedeutet, dass Menschen selbst darüber entscheiden können müssen, wer personenbezogene Daten von ihnen kennen und verarbeiten darf und zu welchem Zweck. Wenn online öffentlich kommuniziert wird, wenn eine Kommunalfraktion regelmäßig Informationen in einem Blog betreibt oder wenn soziale Netzwerke genutzt werden, muss darauf geachtet werden, dieses Recht nicht zu verletzen. Es sollten also ohne vorherige Nachfrage keine Fotos veröffentlicht werden, die z.B. Personen gut erkennbar in bestimmten Kontexten (z.B. Demonstrationen) zeigen. Ebenso sollten keine personenbezogenen Daten (Namen, Adresse, Telefonnummer, E-Mailadressen, etc.) ohne vorherige Erlaubnis öffentlich gemacht werden.

Ausführliche Informationen unter anderem zu Urheberrecht sowie Datenschutz im Internet bietet folgende Broschüre von irights.info und der Initiative klicksafe.de: »Spielregeln im Internet – Durchblicken im Rechtsdschungel« www.klicksafe.de/irights

4.5 Bewusst und mutig kommunizieren

Politische Kommunikation im Internet bietet diverse Möglichkeiten mit Bürger_innen und Initiativen in einen Dialog zu treten. Eigene Standpunkte können vermittelt und Kritik und Anregung eingeholt werden. Politische Diskussionen finden deshalb zunehmend auch im Netz statt. Sich diesen Diskussionen zu stellen, kann die Arbeit von linken Kommunalpolitiker_innen spannender und besser machen. Online-Kommunikation ist zugleich trotz aller technischen Erleichterungen zeitaufwändig. Nutzer_innen erwarten zu Recht, dass ihre Rückmeldungen, Fragen und Kritiken aufgegriffen und beantwortet werden. Gerade in sozialen Netzwerken wird zudem erwartet, dass diese Antworten zeitnah erfolgen und nicht erst nach vielen Tagen. Daher sollten sich Kommunalpolitiker_innen in ihren Fraktionen oder Gruppen vergewissern, wie viel Zeit neben der politischen Arbeit in die Online-Kommunikation fließen kann.

Da kommunale Mandatsträger_innen oft ehrenamtlich Politik machen und nicht mit zusätzlichen Mitarbeiter_innen oder Geld für externe Zuarbeit ausgestattet sind, sollte genau überlegt werden, welche Dialogformen genutzt und betreut werden können. Im Zweifel sollte man sich auf ein grundständiges Informationsangebot beschränken, das regelmäßig über die politische Arbeit im Rat oder im Kreistag berichtet. Dies kann am einfachsten über Weblog geschehen, das zudem noch die Funktionalität von öffentlichen Kommentaren oder Rückmeldungen bietet.

Die Nutzung sozialer Netzwerke wie Facebook oder Kurznachrichtendienste wie Twitter kann ein solches Basisangebot sinnvoll ergänzen, sofern die zeitlichen und personalen Kapazitäten vorhanden sind. Im Zweifel ist es besser, ein gut betreutes Basisangebot zu betreiben, als mehrere Kanäle nur unzulänglich bespielen zu können.

Linke Alternativen – Netz für alle!

Noch einmal: Für eine gleichberechtigte Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben ist das Internet unerlässlich. Zugang zum Netz und Nutzungskompetenzen sind Faktoren, die über die Partizipationsmöglichkeiten in einer digitalisierten Gesellschaft mitentscheiden. Linke (Netz-)Politik sollte dies in den Fokus ihrer Arbeit nehmen, um eine Spaltung in Teilhabende und Abgehängte zu verhindern. Dazu zählt vor allem ein Breitbandinternetanschluss, der allen Menschen unabhängig von ihrem Wohnort mit stabiler Qualität zur Verfügung steht.

Entgegen der Strategie der großen Internetprovider und Mobilfunkunternehmen kann eine flächendeckende Bereitstellung von schnellen Internetzugängen nur über kabelgebundene Leitungen realisiert werden. Funklösungen wie LTE sind zwar bei der Überbrückung weißer Flecken kurz- bis mittelfristig hilfreich, mit all ihren technischen Herausforderungen aber kein gleichwertiger Ersatz für stabile Verbindungen wie Glasfaserkabel. Dies müssen linke Politiker_innen deutlich machen und so die Entwicklung hin zu gleichwertigen Teilhabevoraussetzungen antreiben. Neben dem Eintreten für Veränderungen auf Bundesebene kann auch in Städten und Kommunen aktiv dafür gestritten werden.

5.1 Breitbandausbau aktiv gestalten

In vielen Regionen ist ein Breitbandausbau allein durch kommerzielle Anbieter oft nur über Mobilfunktechnologien möglich. Der Ausbau von Breitbandkabelnetzen ist vor allem wegen der baulichen Maßnahmen verhältnismäßig teuer. Angesichts der Probleme, die für die ausschließliche Internetnutzung über das Mobilfunknetz skizziert wurden, sollten Gemeinden und Kommunen daher aktiv Möglichkeiten suchen, den kabelgebundenen Breitbandausbau zu fördern. Dazu sind verschiedene Wege und Prozesse denkbar.

Linke Kommunalpolitiker_innen können die Notwendigkeit flächendeckender Breitbandverfügbarkeit in ihre Parlamente tragen und die Befassung mit diesem wichtigen Thema einleiten. Am Anfang sollte eine Analyse der aktuellen Versorgungsstände eingefordert werden. Ihr folgt der politische Auftrag, die Bedingungen für eine Internetversorgung aller Menschen in der Region zu definieren und die Verwaltung zur Vorlage von Konzepten und Alternativen aufzufordern.

Die Fraktion DIE LINKE im Kreistag Sächsische Schweiz – Osterzgebirge hat dazu einen Antrag eingebracht, mit dem sie sowohl eine Analyse des Ist-Standes als auch die Forderung nach einer Breitband-Initiative einfordert. Im Antrag wird die Forderung nach 1Mbit/s für alle Anschlüsse erhoben, diese ist angesichts der Entwicklungen im Netz und der gestiegenen Anforderungen an schnelle Internetanschlüsse allerdings zu niedrig angesetzt. Um den Anschluss an die Verfügbarkeiten in Ballungszentren nicht zu verlieren und alle zeitgemäßen Dienste des Internets nutzen zu können, sollte heute eine Mindestbandbreite von 6MBit/s Standard sein.

Der Kreistag beauftragt den Landrat:

1. eine Breitbandoffensive Sächsische Schweiz – Osterzgebirge zu initiieren. Ziel ist es, im Landkreis Sächsische Schweiz – Osterzgebirge flächendeckend sicherzustellen, dass sowohl für alle Privathaushalte als auch Unternehmen kostengünstige Breitbandzugänge mit mindestens 1 Megabit pro Sekunde zum Internet möglich sind.

2. eine detaillierte Analyse über die derzeitige Versorgung mit Breitbandinternetzugängen im Landkreis Sächsische Schweiz – Osterzgebirge, sowohl Privathaushalte, als auch Unternehmen berücksichtigend vorzulegen.

3. eine Übersicht der technischen Möglichkeiten im Verhältnis zu den anfallenden Kosten für die Einrichtung von Breitbandinternetzugängen darzustellen.

4. die Breitbandoffensive durch einen Finanzierungsvorschlag zu unterstützen, der die vorhandenen Fördermöglichkeiten berücksichtigt.

5. gemeinsam mit den Städten und Gemeinden des Landkreises eine Strategie zur Umsetzung bis 31.12.2009 zu erarbeiten.

Begründung: Der Zugang zum schnellen Internet kann gerade in ländlichen Gegenden die Teilnahme am kulturellen oder auch politischen Leben erleichtern. Für Unternehmen abseits der Ballungszentren ist ein moderner Internetanschluss notwendig, um wirtschaftlich tätig zu sein. Nur wenn Kommunen eine zeitgemäße Telekommunikations-Infrastruktur anbieten, können sie den Wegzug von qualifizierten, jungen Menschen verhindern und haben die Chance auf Ansiedlung neuer Unternehmen. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit muss die Jobsuche im Internet oder die Online-Bewerbung möglich sein.

Die Möglichkeit für einen Zugang auf einen bezahlbaren Breitband Internetanschluss ist in diesem Sinne als Mindeststandard aufzufassen.

Es gibt weitere Beispiele, die zeigen, wie kommunale Politik den Breitbandausbau fördern kann. Zum Beispiel können sich verschiedene Gemeinden in gemeinsamen Planungsgesellschaften zusammenschließen und die nötigen Ausbauarbeiten selbst vorantreiben. Dabei ist zu Beginn durch Befragung der Bürger_innen der tatsächliche Bedarf festzustellen. Nach Möglichkeit sollten dafür bereits Verhandlungen mit potenziellen Internetanbietern (Telefon/Fernsehen/Internet) erfolgt sein.

Dies müssen im Übrigen nicht immer die großen Konzerne wie die Telekom sein. Fast überall gibt es auch kleine lokale oder regionale Internetanbieter, die eine Internetversorgung über die neu geschaffenen Infrastrukturen anbieten können.

Durch die Bedarfsabfrage können den Bürger_innen schon bei der Befragung konkrete Angebote in Aussicht gestellt werden. Wichtig ist anschließend eine möglichst effektive Planung für die Verlegung von Breitbandkabeln. Um eine zukünftige Leistungssteigerung zu ermöglichen, sollte von Beginn an mit der Verlegung von Glasfaserkabeln geplant werden. Diese bieten die derzeit besten Übertragungsgeschwindigkeiten und die möglichen Datenraten werden für diese modernen Leitungen durch die technische Entwicklung noch steigen. Da in der Regel alle Siedlungen und Ortsteile bereits mit einfachen Telefonleitungen versorgt sind, können die jeweiligen Knotenpunkte, die die einzelnen Häuser mit dem Telefonnetz verbinden, auch für die Anbindung von Breitbandinternet genutzt werden.

In einem ersten Schritt muss die Verlegung von Breitbandkabeln also zu den Knotenpunkten des Telefonnetzes geplant werden. Von dort aus sind die Entfernungen zu den Hausanschlüssen überschaubar und können in einem späteren Schritt ebenfalls mit leistungsfähigen Breitbandkabeln erschlossen werden. Bis es soweit ist, können durch entsprechende technische Aufrüstung die bisherigen Telefonkabel für einen Anschluss mit (A)DSL genutzt werden.

In Baden-Württemberg haben sich mehrere Gemeinden im »Zweckverband Breitbandversorgung« im Landkreis Ravensburg zusammengeschlossen, um den Ausbau mit schnellen Internetanschlüssen selbst in die Hand zu nehmen. Dort fand sich kein privater Anbieter, der diesen Ausbau selbst leisten wollte. Zusammen mit einem regionalen Telekommunikationsanbieter wurde ein Konzept entwickelt, das den gemeinsamen Ausbau der Region mit Glasfaserkabeln unter Beteiligung der verschiedenen Gemeinden vorsieht. Die Infrastruktur wurde von den Gemeinden und mit Hilfe eines Förderprogramms des Landes Baden-Württemberg finanziert. Sie wird anschließend an einen Internetanbieter verpachtet, der dadurch Privathaus-

halte und Unternehmen mit schnellem Internet versorgen kann. Hintergründe und Informationen unter www.oberschwaben.net

Die größte Herausforderung und den größten Kostenfaktor stellt die Verlegung von leistungsfähigen Kabelleitungen in dünn besiedelten Regionen dar. Vor allem das Aufreißen von Straßen schlägt hier zu Buche. Eine mittelfristige Lösung besteht in der Verlegung von so genannten Leerrohren. Gemeinden sollten bei erforderlichen Bauarbeiten an Versorgungsleitungen oder Straßen auch noch nicht genutzte Rohre mit verlegen lassen. Ist ein Graben für eine neue Stromleitung oder für Abwasser einmal ausgehoben, können mit wenig finanziellem Aufwand weitere Rohre für eine spätere Breitbandverkabelung eingebaut werden. Zu einem späteren Zeitpunkt müssen dann nur noch an wenigen Punkten entlang der Strecke kleinere Löcher gegraben werden, um Kabel durch die Leerrohre zu verlegen. Je nach Gegebenheit können auch Abwasserkanäle für die Nutzung mit Datenkabeln genutzt werden.

Sollten diese Voraussetzungen nicht gegeben sein, bleibt den Gemeinden die Möglichkeit, Breitbandkabel auf dem herkömmlichen, das heißt dem teureren Wege, in Eigenregie zu verlegen. Es existieren diverse regionale, nationale und europäische Förderprogramme, deren Nutzung angestrebt werden sollte, um die hohen Kosten für die Kommunen zu mindern. Eine erste Anlaufstelle für Förderprogramme ist das Breitbandbüro des Bundes, das den Kontakt zu regionalen und Länderprogrammen ermöglicht (www.breitbandbuero.de).

5.2 Internet in öffentlichen Gebäuden und Räumen

Neben großen und kostspieligen Anstrengungen wie einer kommunalen Förderung des Ausbaus von Breitbandkabeln gibt es andere Maßnahmen, um die Verbreitung von (schnellem) Internet kommunal zu fördern und allen Menschen gleiche Nutzungs- und Teilhabemöglichkeiten zu ermöglichen. Gerade in Gebieten, in denen kommerzielle Telekommunikationsanbieter keine schnellen Internetanschlüsse über DSL oder Fernsehkabel für Privathaushalte anbieten, können kommunal betriebene freie Funknetze zur (Teil-)Versorgung der Bevölkerung beitragen. Die WLAN-Technologie (→ WLAN) wird seit vielen Jahren privat wie kommerziell eingesetzt. Ein WLAN wird durch einen so genannten WLAN-Access Point aufgebaut, der an eine Internetleitung angeschlossen werden kann. So können Nutzer_innen mit einem WLAN-fähigen Computer oder Smartphone (internetfähiges Mobiltelefon) eine Verbindung ins Internet aufbauen.

Städte und Gemeinden können über den Aufbau eigener WLAN-Netze den Zugang zum Internet für Bürger_innen bereitstellen. Dabei bietet es sich an, die vorhandene öffentliche Infrastruktur zu nutzen. So können öffentliche Gebäude, aber auch Ampeln und Laternen genutzt werden, um → WLAN-Access-Points zu errichten. Die Anbindung ans Internet erfolgt über kabelgebundene Internetanschlüsse, die von der Gemeinde gezahlt und für Bürger_innen geöffnet werden. Ähnlich wie bei Mobilfunktechnologien kann die Reichweite von WLANs allerdings durch Wetter, Bebauung etc. beeinträchtigt werden. Bei optimalen Bedingungen haben WLANs heute Reichweiten von wenigen hundert Metern, in geschlossenen Gebäuden sind diese deutlich geringer.

Antrag der Fraktion DIE LINKE im Leipziger Stadtrat, mit dem ein kostenloser WLAN-Zugang in der Leipziger Innenstadt für Einwohner_innen und Gäste gefordert und ausführlich begründet wird.

Kostenloses Internet in der Leipziger Innenstadt

Beschlussvorschlag

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie ein kostenloses mobiles Internet (WLAN) für Bürgerinnen und Bürger sowie Gäste unserer Stadt bereitgestellt werden kann.
2. Dem Stadtrat wird bis zum 31. Oktober 2012 eine Vorlage zur Realisierung des kostenlosen mobilen Internets vorgelegt mit dem Ziel, dass diese in der Ratsversammlung im Januar 2013 votiert werden kann.
3. Die Vorlage soll neben der Prüfung und Beschreibung der rechtlichen, technischen und finanziellen Umsetzungsbedingungen auch eine Zeitplanung enthalten, die die Realisierung zunächst in der Innenstadt und dann schrittweise in allen Stadtteilen vorsieht.

Begründung

Das Internet ist nicht nur ein weiterer Empfangskanal, wie Radio oder Fernsehen, sondern ermöglicht die aktive Beteiligung an Debatten und politischen Prozessen und generelle gesellschaftliche Teilhabe. Diese den Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen, soll durch ein kostenloses Angebot einer Internetzugangsmöglichkeit mittels WLAN, einer drahtlosen Internetverbindung, geschehen. Damit kommt Leipzig seinen Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge auch im Bereich der Internetteilhabe nach, reduziert die digitale und soziale Kluft, vereinfacht und verallgemeinert die Internetnutzung.

Die Digitalisierung der Gesellschaft verändert unsere Arbeits- und Lebensbedingungen. Der Zugang zum Internet ist weiterhin von wachsender Bedeutung in fast allen Lebensbereichen: Arbeitssuche, Kommunikation per E-Mail oder in sozialen Netzwerken, Zugang zu Informationen und Wissen, Kontakt mit Behörden, Gestaltung von Freizeit und Urlaub, Beteiligung an öffentlichen Debatten – all das findet heutzutage Online statt –, teils auf einfachere Weise als auf dem konventionellen Weg. Zugang zum Internet ist somit in der heutigen Welt mitentscheidend und weiterhin an Bedeutung wachsend für das Ausmaß des Einzelnen an gesellschaftlicher Teilhabe.

Gleichzeitig ist die Möglichkeit, das Internet zu nutzen, keine Selbstverständlichkeit. Die mit dem Internet verbundenen Kosten für Endgeräte und Datentransfer sind immer noch beträchtlich und dadurch sozial selektiv. Der (N)Onliner Atlas 2011 des gemeinnützigen Vereins Initiative D21 – Deutschlands größte Partnerschaft von Politik und Wirtschaft für die Informationsgesellschaft – belegt: Die vorhandene digitale Spaltung beruht im Wesentlichen auch auf einer sozialen Spaltung der Gesellschaft. Ohne Zugang zum Internet zu sein, beschränkt sich immer deutlicher auf Menschen in prekären Lebenslagen: Bei Haushaltseinkommen unter 1.000 Euro sind es 47%, zwischen 1.000 und 2.000 Euro 44,3% und zwischen 2.000 und 3.000 Euro 16,9% der Menschen.

Allen Menschen die gleichen Zugangs- und Teilhabebedingungen durch ein möglichst niederschwelliges Angebot an Internetzugangsmöglichkeiten zu gewähren, stellt in der heutigen Welt einen Teil kommunaler Daseinsvorsorge dar. Von vielen Kommunen und Städten ist diese Aufgabe bereits erkannt worden. Die im Hunsrück gelegene Stadt Kastellaun bietet ihren Bürgerinnen und Bürgern kostenloses mobiles Internet (WLAN) im Innenstadtbereich, die Stadt Renchen bietet es um das Freizeitbad und den Rathausplatz.

Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) hat am 12. Januar Pläne für ein stadtweites kostenloses WLAN in Berlin verkündet, nachdem dies auch im abgeschlossenen Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU enthalten ist. Die Stadt London will bis März Europas größte kostenlose WLAN-Zone bereitstellen.

Die Stadt Leipzig sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen. Dies wäre auch für den Fremdenverkehr und die Gastronomie förderlich.

Kommunen können mit dem Aufbau eigener WLANs die Versorgung mit (freien) Internetzugängen fördern. Gemeinden können so die Internetversorgung ganz praktisch als Teil der Daseinsvorsorge begreifen und umsetzen. Daneben kommen nicht nur die Anwohner_innen in den Genuss des Internetzugangs, sondern auch Tourist_innen. Durch ein freies öffentliches WLAN kann die Attraktivität für Besucher_innen gesteigert werden. Bereits heute setzen viele gastronomische Betriebe wie Restaurants oder Hotels auf freies WLAN für ihre Gäste. Gerade wenn man die rasante Verbreitung von Smartphones betrachtet, kann so der touristische Wert von Gemeinden und Regionen gesteigert werden. Viele Menschen möchten auch im Urlaub nicht auf einen regelmäßigen Internetzugang verzichten, zumal das Internet gerade dann hilfreiche Dienste leisten kann. Diese reichen von Internet-Kartendiensten, über touristische Informationen bis hin zur Hotel- oder Restaurantsuche.

Möchte eine Gemeinde eine schrittweise Errichtung von öffentlichen WLANs realisieren, muss sie sich häufig entscheiden, ob zuerst touristische oder Wohnorte versorgt werden sollen. Hier sollten linke Politiker_innen darauf achten, die Versorgung mit kostenfreiem WLAN nicht vorrangig als »Leuchtturmprojekte« zu behandeln, sondern die Aspekte der Daseinsvorsorge für die Einwohner_innen in den Vordergrund zu rücken. Wenn dies der Fall ist, kann eine gute Mischung beider Aspekte dazu beitragen, für politische Mehrheiten zu werben.

Neben selbstbetriebenen öffentlichen WLANs greifen einige Gemeinden auch auf private Anbieter zurück. Einige Unternehmen bieten kostenfreie Internetzugänge per WLAN in Kommunen an. Diese unterliegen allerdings oft Beschränkungen, wie limitierter Nutzungsdauer, limitierter Datenmenge oder Zwangsregistrierung mit Angabe persönlicher Daten.

Beim Betrieb offener WLANs sollten immer auch Datenschutz- und Sicherheitsaspekte berücksichtigt werden. Nutzer_innen müssen über mögliche Gefahren informiert werden. So können im schlimmsten Fall Nutzer_innen auf die Daten anderer angeschlossener Computer zugreifen, wenn diese nicht ausreichend gesichert sind und sie ebenfalls mit dem öffentlichen WLAN verbunden sind. Außerdem muss die Kommunikation mit dem WLAN grundsätzlich nach dem aktuellen Stand der Technik verschlüsselt werden. Andernfalls könnten Dritte den Funkverkehr »abhören« und Passwörter oder andere sensible Daten abfangen. Kommunale Entscheidungsträger_innen sollten bei solchen Projekten den Rat von Datenschutzbeauftragten und/oder zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich mit Datenschutz und sicherer Kommunikation beschäftigen (z.B. Freifunk-Initiativen oder Chaos Computer Club), suchen.

Außerdem sollte darauf geachtet werden, dass die Nutzung öffentlicher WLANs ohne Registrierungszwang erfolgen kann. Eine Registrierung mit persönlichen Daten wie Name, Anschrift oder die Beantragung eines persönlichen

Zugangspassworts führt dazu, dass große Mengen an personenbezogenen Daten bei öffentlichen Stellen gesammelt würden. Diese Informationen ließen theoretisch Rückschlüsse auf die Nutzung des Internets durch einzelne Personen oder ihr Surfverhalten im Netz zu, wenn eine Überwachung des Internetverkehrs, die technisch durchaus möglich ist, erfolgen sollte. Darüber hinaus stellt eine solche Registrierung möglicherweise auch eine Hürde für die Nutzung dar, da eben nicht alle Menschen bereitwillig ihre persönlichen Daten angeben möchten.

Außerdem muss ein öffentliches WLAN tatsächlich auch dem vollen Leistungsumfang des Internets entsprechen. Für das Internet als einem offenen Netzwerk ist es charakteristisch, dass verschiedenste Dienste und Anwendungen von E-Mail über Internettelefonie bis hin zu Filesharing (→ Filesharing) möglich und nutzbar sind. Eine Einschränkung oder das Unterbinden einzelner Dienste durch den Betreiber des WLANs sollte unzulässig, ein Eingriff in den Datenverkehr von Nutzer_innen muss ausgeschlossen sein.

Zu beachten sind bei einem offenen WLAN mit Internetzugang auch rechtliche Rahmenbedingungen. In Deutschland gibt es das durch die Rechtsprechung geschaffene Konstrukt der so genannten Störerhaftung. Für Privatpersonen, die ihren eigenen Internetanschluss per WLAN für andere nutzbar machen wollen, gilt, dass sie im Zweifel für Rechtsverletzungen, die Dritte mittels des angebotenen WLANs begehen, selbst haften müssen, auch wenn sie selbst nicht an der Rechtsverletzung beteiligt waren. Diverse Landgerichte und der Bundesgerichtshof haben diese Vorgaben in ihren Urteilen gesetzt (z.B. Urteil des BGH vom 12. Mai 2010, Az I ZR 121/08). Wer sein privates WLAN für andere zugänglich macht, kann im Zweifel als Störer haftbar gemacht werden. Es ist allerdings bundespolitisch Bewegung in die Debatte gekommen. Diverse Parteien und einzelne Bundesländer arbeiten an neuen Gesetzentwürfen, die die Mitnutzung von privaten WLANs möglich machen sollen. Inwieweit die Vorgaben der Störerhaftung auch für Gemeinden, die öffentliche WLANs anbieten, gelten, ist bisher nicht abschließend geklärt. Linke Politiker_innen sollten sich davon aber nicht in ihren Vorhaben abschrecken lassen. Wichtig ist der politische Wille zu mehr Teilhabegerechtigkeit für alle. Dieses Thema gehört auf die kommunalpolitische Agenda, auch lokal sollten sich Linke dafür stark machen und zugleich auf Landes- oder Bundesregierungen gemeinsam mit der Bevölkerung Druck erzeugen.

5.3 Lokale Freifunk-Initiativen unterstützen

Auch jenseits der politischen Ebene setzen sich zivilgesellschaftliche Akteure für eine Verbreitung des Internets, die Zugangsmöglichkeiten für alle Menschen und die Bedeutungen von digitaler Vernetzung abseits des Kommerziellen ein. Eine dieser Initiativen nennt sich Freifunker: Die → Freifunk-Initiative ist ein loser Zusammenschluss von Bürger_innen, die eigene Bürgernetze aufbauen wollen. Auf der Internetseite der Freifunker wird der Charakter von Freifunk wie folgt beschrieben: »Freie Netze werden von immer mehr Bürgern in Eigenregie aufgebaut und gewartet. Jeder Nutzer im Freifunk-Netz stellt seinen WLAN-Router für den Datentransfer der anderen Teilnehmer zur Verfügung. Im Gegenzug kann er oder sie ebenfalls Daten, wie zum Beispiel Text, Musik und Filme über das interne Freifunk-Netz übertragen oder über von Teilnehmern eingerichtete Dienste im Netz chatten, telefonieren und gemeinsam On-linegames spielen. Viele Teilnehmer stellen zudem ihren Internetzugang zur Verfügung und ermöglichen anderen den Zugang zum weltweiten Netz. Freifunk-Netze sind Selbstmach-Netze.« (<http://start.freifunk.net>)

Auch wenn der (kostenfreie) Zugang zum Internet nicht der zentrale Gedanke hinter der Freifunk-Initiative ist, können Freifunknetze durchaus auch einen Internetzugang für Nutzer_innen bieten. Alle aktiven Freifunker_innen können ihren Internetanschluss mit Nutzer_innen in der Umgebung teilen, müssen es aber nicht zwingend. Mitunter werden Freifunk-Netze auch ohne Internetverbindung als Bürger_innen- oder Nachbarschaftsnetzwerke betrieben, die einen lokalen Austausch von Interessierten ermöglichen sollen. Über die verschiedenen Aspekte der Freifunker kann man sich umfassend auf der Internetseite informieren.

Gemeinden können Freifunk-Initiativen, sofern sie in ihrer Region existieren, aktiv unterstützen, indem sie ihnen einerseits gestatten, öffentliche Gebäude für das Anbringen von speziellen Freifunk-Stationen und -Antennen zu nutzen. Zusätzlich können kommunale Einrichtungen auch ihre Internetanschlüsse für die Nutzung in Freifunknetzen zur Verfügung stellen. Dabei kann diese Freigabe mit der Limitierung von Übertragungsgeschwindigkeit verbunden werden, sodass die Nutzung des Internets für die Aufgaben der jeweiligen Einrichtung gewährleistet bleibt.

Die Freifunk-Initiative als ein zivilgesellschaftlicher Akteur lebt von der Aktivität interessierter Mitmacher_innen. Eine Übersicht über die bisher aktiven Freifunk-Gruppen findet man unter: www.freifunk.net/community. Eine von linken Politiker_innen angestoßene lokale Freifunk-Initiative wäre zudem sicherlich ein spannendes Projekt.

Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg in Berlin zur Unterstützung der Freifunk-Initiative (April 2010):

Das Bezirksamt wird beauftragt, die Errichtung bzw. Ausweitung von Freifunk-Netzen in Friedrichshain-Kreuzberg im Rahmen seiner Möglichkeiten zu unterstützen. Dabei ist zu prüfen:

- öffentliche Gebäudedächer für Antennen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, um bestehende Freifunk-Knoten (Access Points) zu vernetzen,
- in den bezirklichen Dienstgebäuden, vordringlich den Einrichtungen mit viel Publikumsverkehr wie etwa den Bürgerämtern, durch Access Points einen freien Internetzugang per WLAN anzubieten,
- diese WLAN-Router und Teile der bezirklichen Internetanbindung für freie Funknetze gemäß dem Pico-Peering-Agreement zur Verfügung zu stellen.
- Wer trägt die Kosten für die Ausrüstung, Wartung und Elektrizität?
- Entstehen Opportunitätskosten durch notwendigen Verzicht, dieselben Flächen kommerziell an Mobilfunk- oder andere Anbieter zur Aufstellung von Sendern zu vermieten?

Begründung: Die Bestrebungen des Senats, die Berliner Innenstadt mit WLAN auszustatten, sind dem Vernehmen nach gescheitert. Desto mehr Unterstützung verdienen zivilgesellschaftliche Bestrebungen, ein öffentliches WLAN als Freifunk-Netz zu etablieren, und damit der Vision eines nicht-kommerziellen Zugangs zum weltweiten Netz für alle, ein Stück näher zu kommen.

Im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg ist die Freifunk-Community besonders aktiv und eine Selbst-Vernetzung von Bürger_innen bereits weit fortgeschritten. Der Bezirk sollte im Rahmen seiner Möglichkeiten die vorhandenen Strukturen mit dem Ziel einer Ausweitung der freien Funknetze unterstützen. So ist eine Hilfestellung bei der Vernetzung bestehender Freifunk-Knoten durch die Bereitstellung von Antennen-Plätzen ohne zusätzliche Kosten und großen Verwaltungsaufwand realisierbar. Denkbar wäre aber auch die aktive Teilnahme an der Etablierung eines flächendeckenden »Freifunks Friedrichshain-Kreuzberg«, indem die Internetzugänge der bezirklichen Verwaltung in das Freifunk-Netz integriert werden. Voraussetzung wäre die Einrichtung von Access-Points und ein freies WLAN innerhalb der Verwaltungsgebäude selbst. Ein solches Angebot entspricht aber auch unabhängig von der Teilnahme an freien Funknetzen den zeitgemäßen Anforderungen an eine moderne, bürgerinnenfreundliche Verwaltung.

5.4 Transparente und offene Politik

Das Internet kann dazu beitragen, Politik transparenter und offener zu gestalten: Was bisher z.T. in dunklen Ratskellern verhandelt wurde, kann auf die öffentliche Bühne gezogen werden. Linke Politik sollte diese Prozesse unterstützen und aktiv gestalten, auch auf den Ebenen von Kommune und Region. Dazu müssen gesellschaftliche Debatten angestoßen werden, um mit der Bevölkerung über Vor- und Nachteile von transparenter Politik zu sprechen. Schließlich können die Offenheit und die öffentliche Einsicht in politische Prozesse zu mehr Einmischung der Betroffenen und zu einem lebendigeren Gemeinwesen beitragen.

Linke Kommunalpolitiker_innen sollten die Möglichkeiten des Internets für mehr Transparenz nutzen. Dabei können sie auf bisherigen Beispielen der verschiedenen politischen Ebenen aufbauen, die vor allem durch den Druck und das Engagement zivilgesellschaftlicher Initiativen entstanden sind: transparent aufbereitete Haushaltsdaten, Verwaltungsdienstleistungen im Internet, Online-Bürger_innenbeteiligungen, proaktive Veröffentlichung politischer Informationen und Dokumente und viele andere Anwendungen sind eine Grundlage für die Weiterentwicklung von Politik und mehr (kommunal-)politischer Teilhabe. Linke Politik sollte sie aufgreifen und weiterentwickeln.

5.5 Gegenöffentlichkeiten erzeugen

Politik sollte von öffentlicher Debatte über Ideen, Vorschläge und Alternativen leben. Zu einer lebendigen Demokratie gehört, dass diese in der Öffentlichkeit dargestellt werden. Doch gerade linke Politik hat es oft schwer, dort wahrgenommen zu werden. Dies liegt sicher auch an den politischen Akteuren selbst, die sich noch erfolgreicher um eine originelle und verständliche Vermittlung ihrer Schlussfolgerungen und Forderungen bemühen müssen. Zum Teil liegt es aber auch daran, dass die »alten« Medien wie Fernsehen, Rundfunk und Presse zum Teil privatwirtschaftlich organisiert und so oder so nicht frei von politischen Interessen sind. Beispielhaft sei auf die monatlichen Analysen der Auftritte deutscher Politiker_innen in den Fernsehnachrichten des Instituts für empirische Medienforschung verwiesen. Diese zeigen, dass die Partei DIE LINKE, gemessen an ihrem Zuspruch bei Wahlen und Umfragen, deutlich unterrepräsentiert ist (vgl. www.ifem.de). Ähnlich verhält es sich beim Rundfunk- und in der Presselandschaft. Will man es jedoch nicht nur bei einer Medienschelte belassen, gilt es, alternative Möglichkeiten der eigenen Politikvermittlung zu finden und zu entwickeln.

Hierfür bietet das Internet gute Voraussetzungen. Linke Politiker_innen sollten dessen Möglichkeiten neugierig und engagiert nutzen. Die regelmäßig durchgeführte Onlinestudie von ARD und ZDF (www.ard-zdf-onlinestudie.de) hat für das Jahr 2012 ergeben, dass 59% der Befragten angaben, sich häufig oder mindestens gelegentlich über aktuelle Nachrichten (Geschehen in Deutschland/Ausland) zu informieren. Für den Bereich aktueller Regionalnachrichten- und Informationen sind es immerhin noch 51% der Befragten. Über das Internet informieren sich also bereits heute viele Bürger_innen.

Auch für linke Kommunalpolitiker_innen kann das Internet bei der Kommunikation der eigenen Arbeit hilfreich sein. Deshalb sollten sie sich offensiv mit den verschiedenen Formaten beschäftigen. Ein eigenes Blog einzurichten, braucht kein Expertenwissen mehr, eignet sich aber besonders für eine regelmäßige politische Berichterstattung aus erster Hand. Auch soziale Netzwerke sollten mutig genutzt werden. Mit dem gezielten Einsatz von Blogs oder der Nutzung sozialer Netzwerken kann durch kontinuierliche Kommunikation eine Gegenöffentlichkeit geschaffen werden, die die eigenen Ideen und Forderungen auch jenseits der klassischen Medien zu verbreiten hilft.

5.6 Zivilgesellschaft einbeziehen

Ziel linker Kommunalpolitik ist es, politische Entscheidungen gemeinsam mit den Menschen zu entwickeln und zu gestalten. Sie findet nicht in einem abgeschirmten Raum statt, deshalb sind Kommunalpolitiker_innen auch und vor allem Partner_innen von lokalen Initiativen, Vereinen und Aktivist_innen. Im Feld der Netzpolitik arbeiten viele zivilgesellschaftlichen Akteur_innen, mit denen linke Politiker_innen in einen befruchtenden Austausch treten können. Lokale Freifunk-Initiativen für den Aufbau nichtkommerzieller Nachbarschaftsnetzwerke, Gruppen des Chaos Computer Clubs oder Projekte zur Förderung von Medienbildung in freier Trägerschaft sollten aktiv angesprochen werden, um sich nicht nur selbst schlauer zu machen, sondern vor allem Forderungen an eine moderne Netzpolitik kommunal gemeinsam zu erarbeiten. Auch überregionale Akteur_innen sind fast immer bereit, mit Enthusiasmus ihre Expertise und ihre Erfahrungen zu teilen und in die politischen Entscheidungen einzubringen. Linke Kommunalpolitiker_innen sollten diese Expertise nutzen und sie bei der Erarbeitung netzpolitischer Inhalte als Partner_innen fordern.

Zu solchen überregionalen netzpolitischen Initiativen gehören:

- Das *Open Data Network*, das sich der Förderung von offenen Daten auf allen politischen Ebenen verschrieben hat. Es möchte Transparenz und Beteiligung auf die politische Agenda setzen: www.opendata-network.org

- Die *Open Knowledge Foundation Deutschland* entwickelt Anwendungen und Werkzeuge für den Umgang mit freiem Wissen (z.B. Visualisierungen für offene Haushaltsdaten für Bund, Länder und Gemeinden): www.okfn.de
- Der *Chaos Computer Club* ist eine seit über 30 Jahren aktive Vereinigung von Hacker_innen und Computerspezialisten. Er sieht sich als ein Vermittler zwischen technischen und sozialen Entwicklungen und will auch als Politikberater fungieren: www.ccc.de
- Der *Verein Digitale Gesellschaft e.V.* sieht sich als Vertreter von Nutzer_inneninteressen im Internet. Er betreibt Lobbying für ein freies, offenes und unzensuriertes Internet und entwickelt netzpolitische Kampagnen. Die Digitale Gesellschaft möchte auf politische Entscheidungen Einfluss nehmen (z.B. mit der Broschüre »Wie das Internet funktioniert« unter: <http://gleft.de/7D>): www.digitalegesellschaft.de
- *Digitalcourage* ist ein Verein für Bürgerrechte und Datenschutz, der unter dem Namen FoeBuD bereits 1987 gegründet wurde. Er streitet für eine lebenswerte Welt im digitalen Zeitalter. Der Verein richtet jährlich den Big-BrotherAward aus, mit dem Datensünder »ausgezeichnet« werden und die Diskussion um Privatsphäre und Datenschutz gefördert werden soll: www.digitalcourage.de
- *Wikimedia Deutschland e.V.* ist ein Verein zur Förderung des freien Wissens. Das bekannteste Projekt ist die freie Online-Enzyklopädie Wikipedia. Darüber hinaus bietet der Verein Wettbewerbe, Workshops und Dialog mit politischen Akteuren: www.wikimedia.de
- Die *Free Software Foundation Europe (FSFE)* ist eine gemeinnützige Organisation, die sich der Förderung Freier Software und der Arbeit für Freiheit in einer sich entwickelnden digitalen Gesellschaft widmet: <http://fsfe.org/index.de.html>

5.7 Medienbildung unterstützen

Netzpolitik ist mehr als das Eintreten für mehr Datenschutz, intensiveren Breitbandausbau oder Netzneutralität. Neben einem qualitativen Zugang zum »Netz für alle« gehört zu einer wirklichen Teilhabegerechtigkeit mehr als ein Computer und ein Internetanschluss.

Das Internet wurde auch so erfolgreich, weil es Anwendungen für fast alle Lebensbereiche gibt. Von Unterhaltung über Arbeit bis hin zur Bildung bestehen im Netz mannigfaltige Angebote. Um diese auch nutzen zu können, muss linke Netzpolitik die Voraussetzungen schaffen, dass alle Menschen sich informiert und selbstbestimmt im Netz bewegen können.

Linke Kommunalpolitiker_innen können etwa im Bereich der Jugend- oder Seniorenfreizeiteinrichtungen, der Bibliotheken und Kindertagesstätten auf aktuelle Medienbildungsangebote hinwirken. Dazu gehört neben einer guten Ausstattung mit modernen Computern vor allem Aufklärungsarbeit über die Möglichkeiten und Herausforderungen im Internet. Menschen aller Altersklassen können so lernen, wie sie das Internet für ihr Privatleben, für die eigene (Weiter-)Bildung und für gesellschaftliche und politische Teilhabe nutzen können.

Kommunale Einrichtungen, die Angebote der Medienbildung unterbreiten, sollten auf alle Aspekte der digitalen Welt eingehen. Dabei sollte die Beschäftigung mit offener und freier Software nicht zu kurz kommen. Mit dem Einsatz freier Software in der Medienbildung können Vor- und Nachteile am besten vermittelt werden. Menschen sollten letztlich für die verschiedenen Bereiche des Netzes sensibilisiert und in die Lage versetzt werden, etwa den sicheren Umgang mit persönlichen Daten oder den Einfluss großer Internetkonzerne wie Google auf die Netzwelt selbstständig erkennen und bewerten zu können.

5.8 Netzpolitik auf allen Ebenen entwickeln

Netzpolitik ist als junges Phänomen in einer stetigen Entwicklung und nicht abgeschlossen, neue Auseinandersetzungen, die in das Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft hineinreichen, werden entstehen, die heute noch nicht absehbar sind. Der Breitbandausbau, der nötig ist, um allem Menschen gleichwertige Zugangsbedingungen zum Netz zu ermöglichen, ist längst nicht erreicht, vielmehr werden die Auseinandersetzungen mit privatwirtschaftlichen Telekommunikationskonzernen zunehmen. Für linke Netzpolitik gehören schnelle und uneingeschränkte Internetzugänge zur Daseinsvorsorge, bei deren Durchsetzung man sich nicht auf einen freien Markt verlassen kann. Die sich entwickelnden Internettechnologien wie das Cloud-Computing werden die Art und Weise, wie Privatpersonen und Organisationen das Internet nutzen, weiter verändern. Die Frage, wie der Schutz personenbezogener Daten in einer völlig vernetzten Welt nachhaltig gewährleistet werden kann, ist ebenfalls noch nicht beantwortet. Das neutrale Internet, mit gleichen Bedingungen für alle Menschen muss auch in Zukunft gegen die Profitinteressen von Telekommunikationskonzernen verteidigt werden.

Je mehr das Internet unser Leben bestimmt, desto mehr werden auch Kommunalpolitiker_innen mit netzpolitischen Themen konfrontiert werden. Dieses Buch hat hoffentlich einen Eindruck davon vermittelt, was Netzpolitik auf kommunaler Ebene erreichen sollte, müsste, könnte und welche Möglichkeiten das Internet dafür eröffnet. Die Grundlage jedoch ist und bleibt bei aller Faszina-

tion über die schon bisher erreichten und auch zukünftigen technischen Entwicklungen soziale Gerechtigkeit, d.h. für unser Thema Zugangs- und Teilhabegerechtigkeit. Kurz gesagt: Netz für Alle!

Anhang

Glossar

Backend: Administrationsoberfläche zur Bearbeitung von Inhalten einer Internetseite. Das Backend ist – im Gegensatz zum Frontend – nur von den Administrator_innen der Seite einsehbar.

Bandbreite: Die Bandbreite gibt die Geschwindigkeit an, mit der Daten aus dem Internet herunter- oder hochgeladen werden können. Sie wird in der Regel in MBit/s (Megabit pro Sekunde) angegeben.

Breitband: Unter Breitband versteht man schnelle Internetzugänge in Abgrenzung zu alten Zugangstechniken wie analogem Modem oder ISDN. Je nach Definition besitzen Breitbandanschlüsse eine Geschwindigkeit von mindestens 1MBit/s oder mehr.

Browser: Ein Computerprogramm mit dem Internetseiten im World Wide Web (WWW) betrachtet werden können.

Cloud-Computing: Nutzung von Rechenkapazitäten (Hardware) oder Software auf fremden Servern, die über das Internet erfolgt, also nicht auf dem Computer der Nutzer_innen läuft.

Content-Management-Systeme (CMS): Software, die auf einem Server im Internet läuft und mit der Aussehen und Inhalte großer Internetseiten verwaltet werden.

EDGE (Enhanced Data Rates for GSM Evolution): Datenübertragungsstandard für mobile Internetnutzung mit verhältnismäßig geringen Datenübertragungsraten.

Filesharing (englisch für Dateien teilen): Gemeinsame Nutzung von Dateien zwischen Benutzern des Internets, in der Regel unter Verwendung eines File-sharing-Netzwerks. Dafür sind spezielle Computerprogramme, Browser oder Browser-Add-ons erforderlich.

Flickr: Eine Foto-Seite im Internet, bei der Nutzer_innen eigene Fotos hochladen und teilen können (www.flickr.com).

Freie Software: Computerprogramme deren Quellcode einsehbar ist und von Nutzer_innen selbst verändert und weiterverbreitet werden darf.

Freifunk: Initiative von Aktivist_innen, die Nachbarschaftsnetze per WLAN aufbauen und teilweise auch eigene Internetzugänge mit Freifunk für andere nutzbar machen.

Frontend: Der Teil von Content-Management-Systemen, der für Nutzer_innen als Internetseite sichtbar ist.

GPRS (General Packet Radio Service): Früher Datenübertragungsstandard für mobile Internetnutzung mit verhältnismäßig geringen Datenübertragungsraten.

GSM (Global System for Mobile Communications): Standard für volldigitale Mobilfunknetze auf der ganzen Welt.

HTML (Hypertext Markup Language): Textbasierte Auszeichnungssprache zur Strukturierung von Texten, Bildern und Hyperlinks in Dokumenten im Internet. HTML-Dokumente sind die Grundlage des World Wide Web und werden von Browsern dargestellt.

Hyperlinks: Auch Links genannt; Verknüpfungen innerhalb von Internetseiten, die per Klick zu weiteren Seiten oder Inhalten führen.

Liquid-Feedback: Eine Beteiligungssoftware mit der Diskussionen und Abstimmungen online mit vielen Nutzer_innen realisiert werden können.

Livestream: Die Übertragung von Ton und Bild in Echtzeit über das Internet.

LTE: Neuester Standard für schnelle Internetverbindungen von mobilen Geräten wie Smartphones oder Tablets über das Mobilfunknetz.

Netzneutralität: Prinzip, nach dem Daten im Internet neutral, also unabhängig von Sender_in, Empfänger_in oder Inhalt, gesendet und empfangen werden können.

Open Access: Freier Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen und Veröffentlichungen im Internet. Wird vor allem im Zusammenhang mit staatlich (also aus Steuergeldern) finanzierter Forschung gefordert.

Open Data: Proaktive Veröffentlichung von staatlichen Daten und Informationen in offenen Formaten und für die uneingeschränkte Nutzung für jedermann.

Plug-In: Zusatzsoftware, mit der Computerprogramme um weitere Funktionen erweitert werden können.

Postings: Beiträge in sozialen Netzwerken werden als Postings bezeichnet. Der Ursprung liegt im englischen Wort »post« (deutsch: abschicken).

Server: Rechner/Computer, der Inhalte oder Anwendungen über ein Netzwerk bereitstellt.

Social Web: Überbegriff für aktuelle Technologien, die das Erstellen, Teilen und Weiterverbreiten von Informationen möglich machen (z.B. Blogs oder soziale Netzwerke).

UMTS: Standard für die Datenübertragung in Mobilfunknetzwerken, der erstmals breitbandige Internetnutzung auf mobilen Geräten möglich machte.

Vimeo: Videoplattform, auf der Nutzer_innen eigene Videos hochladen und teilen können (www.vimeo.com).

Viralität: Prinzip, nach dem sich Inhalte im Internet durch Teilen oder Weiterleiten schnell verbreiten.

Web 2.0 (synonym Social Web): Überbegriff für Technologien, die das Erstellen, Teilen und Weiterverbreiten von Informationen möglich machen (z.B. Blogs oder soziale Netzwerke).

Weblogs: Internetseiten, die in chronologischer Reihenfolge Beiträge automatisch sortiert verfügbar machen. Weblogs besitzen in der Regel eine Funktion für Nutzer_innenkommentare und sind auch ohne tiefes technisches Wissen nutzbar.

WLAN (Wireless Local Area Network): drahtloses lokales Funknetz, in manchen Ländern auch als Wi-Fi bezeichnet.

WLAN-Access Points: Schnittstelle für kabellose Kommunikationsgeräte, über die Smartphones, Notebooks und andere mobile Endgeräte über ein Funknetz mit einem kabelgebundenen Datennetz verbunden werden.

Youtube: Videoplattform, auf der Nutzer_innen eigene Videos hochladen und teilen können (www.youtube.com). Youtube gehört mittlerweile zu Google.

Literatur

- Beckedahl, Markus/Lüke, Falk (2012): Die digitale Gesellschaft – Netzpolitik, Bürgerrechte und die Machtfrage, Deutscher Taschenbuch Verlag dtv, München
- Digitale Gesellschaft e.V. (2012): Wie das Internet funktioniert – Eine Anleitung für Entscheidungsträger und Interessierte, www.digitalegesellschaft.de
- Dobusch, Leonhard/Forsterleitner, Christian/Hiesmair, Manuela (Hrsg.) (2011): Freiheit vor Ort – Handbuch kommunale Netzpolitik, Open Source Press, München, www.opensourcepress.de
- Emmer, Martin/Vowe, Gerhard/Wolling, Jens (2011): Bürger Online – Die Entwicklung der Online-Kommunikation in Deutschland, UVK Verlagsgesellschaft, Konstanz
- Irights.info und klicksafe.de (2012): Spielregeln im Internet – Durchblicken im Rechte-Dschungel, www.klicksafe.de/irights
- Ramelow, Bodo/Sitte, Petra/Wawzyniak, Halina/Nitz, Christoph (2011): It's the Internet, stupid! – Die Linke und die Schienennetze des 21. Jahrhunderts, VSA: Verlag, Hamburg
- Verbraucherzentrale Bundesverband (2010): Meine Daten gehören mir – Datenschutz im Alltag, Ratgeber, www.verbraucherzentrale.de
- Wirtz, Bernd W. (2010): E-Government: Grundlagen, Instrumente, Strategien, Gabler Verlag, Wiesbaden
- Zerfuß, Ansgar/Pfeil, Thomas (Hrsg.) (2012): Handbuch Online-PR – Strategische Kommunikation in Internet und Social Web, UVK Verlagsgesellschaft, Konstanz

Links

#PB21 – (Bundeszentrale für politische Bildung und DGB Bildungswerk):
www.pb21.de

Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit:
www.bfdi.bund.de

Chaos Computer Club:
www.ccc.de

Digitalcourage e.V.:
www.digitalcourage.de

Digitale Gesellschaft e.V.:
www.digitalegesellschaft.de

Digitale Linke (netz- und medienpolitisches Blog aus linker Sicht):
www.digitale-linke.de

Free Software Foundation Europe:
www.fsfe.org/index.de.html

Freifunk Initiative für freie Funknetzwerke:
<http://start.freifunk.net>

Government 2.0 Netzwerk Deutschland:
www.gov20.de

Netzpolitik.org (netzpolitisches tägliches Weblog):
www.netzpolitik.org

(N)Onliner-Atlas (regelmäßige Studie zur Internetnutzung in Deutschland):
www.initiaved21.de

Open Data Network:
www.opendata-network.org

Open Knowledge Foundation Deutschland:
www.okfn.de

Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein:
www.datenschutzzentrum.de

Wikimedia Deutschland:
www.wikimedia.de

VSA: Crashkurs Kommune



Felicitas Weck/Gerd Siebecke

Lokal ankommen

Kommunale und regionale
GegenÖffentlichkeit

Crashkurs Kommune 7

Kommunalakademie der

Rosa-Luxemburg-Stiftung

104 Seiten | € 7.50

ISBN 978-3-89965-506-3

Lokale (Gegen)Öffentlichkeit hilft Transparenz und Akzeptanz dafür zu erreichen, was geht und was eben noch nicht.



Petra Leuschner
Jens-Peter Heuer

Lokal kann sozial sein!

Felder und Spielräume
kommunaler Sozialpolitik

Crashkurs Kommune 4

Petra Leuschner/Jens-Peter Heuer

Lokal kann sozial sein!

Felder und Spielräume kommunaler
Sozialpolitik

Crashkurs Kommune 4

Kommunalakademie der

Rosa-Luxemburg-Stiftung

104 Seiten | € 7.50

ISBN 978-3-89965-341-0

Die Autor_innen konzentrieren sich auf die Erfahrungen in den wichtigsten Feldern der Sozialpolitik: Grundsicherung für Arbeitssuchende, Kinder- und Jugendhilfe sowie Sozialhilfe. Es werden linke Alternativen vorgestellt und gezeigt, dass soziales Handeln, die Organisation von Teilhabe aller überall möglich ist.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag

St. Georgs Kirchhof 6

20099 Hamburg

Tel. 040/28 09 52 77-10

Fax 040/28 09 52 77-50

Mail: info@vsa-verlag.de

VSA

www.vsa-verlag.de

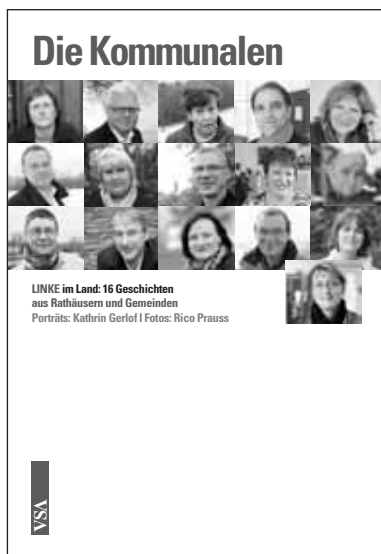
VSA: Crashkurs Kommune & mehr



Steffen Bockhahn/Katharina Weise
Wasser, Strom und Straßenbahn
Die öffentlichen Unternehmen
aus linker Sicht
Crashkurs Kommune 3
Kommunalakademie der
Rosa-Luxemburg-Stiftung
104 Seiten | € 7.50
ISBN 978-3-89965-370-0
In welchen Bereichen sind öffentliche
Unternehmen aus Sicht linker Kommu-
nalpolitik sinnvoll und wie müssen sie
aufgestellt werden?

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de



Kathrin Gerlof

Die Kommunalen

LINKE im Land: 16 Geschichten
aus Rathäusern und Gemeinden
192 Seiten | mit vielen Farbfotos
von Rico Prauss und einem Vorwort
von Gesine Löttsch | € 12.80
ISBN 978-3-89965-495-0
LINKE sind präsent. Mit alltäglicher
KärnerInnenarbeit in Rathäusern und
Gemeinden. Sie setzen sich ein für
mehr Kindergärten, für bürgernähere
Verwaltungen, aber auch für die Dinge
in der Nachbarschaft. LINKE haben
Geschichten zu erzählen. Die Journalistin
und Schriftstellerin Kathrin Gerlof hat sie
ihnen entlockt und aufgeschrieben. Und
LINKE sind selbstbewusst und kritisch,
Rico Prauss hat sie fotografiert. Leben-
dige Porträts von Menschen, die sich
engagieren: Die Kommunalen.

www.vsa-verlag.de